

Protokoll der 28. Sitzung

der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am Freitag, dem 12. Februar 1993, 09.00 Uhr; in Bonn, Bundeshaus, Sitzungssaal F 214; Vorsitz: Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU), Abg. Margot von Renesse (SPD); einziger Punkt der Tagesordnung: Öffentliche Anhörung zu dem Thema

„Marxismus-Leninismus und die soziale Umgestaltung in der SBZ/DDR“

Inhalt

Eröffnung:

Rainer Eppelmann 12

Einführung

Roswitha Wisniewski 13

Hermann Weber 17

Vorträge:

Konrad Löw 21

„War der SED-Staat marxistisch?“

Wolfgang Leonhard 33

„Marxismus-Leninismus und die Umgestaltung in der SBZ/DDR“

Wilhelm Ernst 45

„Die Zerstörung personaler und sozialer Werte im Sozialismus“

Diskussion 55

Anhörung von Zeitzeugen:

Wolfgang Thierse 75

Karlheinz Gutmacher 78

Udo Haschke 81

Wolfgang Ullmann 85

Dietmar Keller 89

Schlußwort:

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse 92

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich eröffne die 28. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ zum Thema „Marxismus-Leninismus und die soziale Umgestaltung in der SBZ/DDR“.

Wir können mit gerade noch entschuldbarer Verspätung beginnen. Alle, die von hier vorn etwas sagen wollen, sind da. Wir sind aber im Augenblick noch nicht ganz vollzählig, das liegt daran, daß im Augenblick noch Abstimmungen im Plenum sind. Wir müssen leider unsere öffentliche Anhörung so gegen 11.30 Uhr unterbrechen, weil dann alle Bundestagsabgeordneten, wenn ich richtig informiert bin, für vier namentliche Abstimmungen den Raum verlassen müssen. Ich vermute, daß sie so innerhalb von 20–25 Minuten wieder hier sein werden. Die Nichtabgeordneten des Deutschen Bundestages mögen dies bitte entschuldigen, aber das läßt sich leider nicht anders machen.

Die heutige 28. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, die als öffentliche Anhörung durchgeführt wird, wendet sich einem Thema zu, dessen Formulierung zunächst etwas gezwungen klingen mag: „Marxismus- Leninismus und die soziale Umgestaltung in der SBZ/DDR.“ Werden hier nicht die Höhen der reinen Theorie auf problematische Weise mit den Niederungen der gesellschaftlichen Praxis zusammengebracht? Um diese Frage zu beantworten, erinnere ich an die elfte Feuerbachthese von Karl Marx, die, über lange Jahre hinweg unübersehbar, das Foyer der Humboldt-Universität in Berlin schmückte. Dort stand oder steht: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern“. Das war ernst gemeint, der Marxismus-Leninismus will bewußt die Welt verändern, will die Brücke zwischen Theorie und Praxis schlagen, und sich daran messen lassen, in welcher Weise er die gesellschaftlichen Verhältnisse umzugestalten vermag. Diesen Anspruch äußerten die Väter des Marxismus-Leninismus, ja mir fällt kein besseres Wort ein, mit den Worten einer Pseudo-Religion. Bereits jedes Kind in der DDR, jedes Schulkind, kannte Lenins Feststellung aus dem Jahre 1913: „Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist“. Auch dieser Satz zierte so manche Wand in öffentlichen Gebäuden der DDR und verkündete das Selbstverständnis des Marxismus-Leninismus. Dessen Vertreter und Interpreten traten gegenüber den ihnen ausgelieferten Menschen wie allwissende Überväter oder wie Messiasse auf. Gegenüber ihrer Botschaft konnte es keine Halbherzigkeiten geben, sie verlangten unbedingten Glauben und dogmatische Standfestigkeit.

In der heutigen Anhörung, so hoffe ich, werden wir zunächst etwas davon erfahren, was nun wirklich der wissenschaftliche Kern des Marxismus-Leninismus war. Wichtiger scheint mir aber die Frage nach den Auswirkungen zu sein, die die Pseudo-Religion des Marxismus-Leninismus auf die alltägliche

Praxis in der Gesellschaft der DDR hatte. In den Vorträgen der Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die der Einladung der Enquete-Kommission gefolgt sind, und den Schilderungen der Zeitzeugen am Ende der heutigen öffentlichen Anhörung, die ich gleichfalls herzlich begrüße, wird wahrscheinlich schnell erkennbar werden, daß das Scheitern der marxistisch-leninistischen Theorie in der Praxis vor allem in seinem falschen und unrealistischen Menschenbild begründet ist. Marx und Lenin entwarfen meiner Meinung nach einen künstlichen Menschen, mit dem sie die Welt verändern wollten. Das mußte schief gehen, weil reale Menschen diesem Kunstgebilde zwanghaft angepaßt werden sollten. Auch der SED-Staat vermochte es von Anfang an nicht, den Ansprüchen der marxistisch-leninistischen Theorie zu entsprechen und mußte ständig neue Kompromisse mit einer Wirklichkeit schließen, die sich der Theorie des Marxismus-Leninismus einfach nicht anpassen wollte. Trotzdem gestaltete der Versuch der Weltveränderung, der von den Regierenden, z. B. in der DDR, unternommen wurde, die sozialen Bedingungen der Menschen auf grundlegende Weise um. Und diese Veränderungen der sozialen Rahmenbedingungen bewirkten zwangsläufig die Zerstörung personaler und bewährter ethischer Werte der Menschen. Das gesellschaftliche Elend produzierte zunehmend das ökonomische und schließlich auch das ethische Elend. Am Ende dieser Entwicklung brach die allein nicht lebensfähige und ungeliebte SED-Diktatur zusammen. Es trat das ein, was Lenin einmal so ausdrückte: „Erst dann, wenn die Unterschichten das Alte nicht mehr wollen und die Oberschichten in der alten Weise nicht mehr können, erst dann kann die Revolution siegen.“ Die Wahrheit dieses Wortes erwies sich in den Herbsttagen des Jahres 1989, als zuletzt Hunderttausende auf die Straßen gingen, um ihre Menschenwürde zurückzuerobern und damit einen neuen Typ von Revolution praktizierten, nämlich die friedliche Revolution, den die Klassiker des Marxismus-Leninismus nicht vorgesehen hatten.

Ich darf nun Frau Kollegin Wisniewski und danach Herrn Professor Weber bitten, uns ihre Einführung in die heutige Anhörung zu geben. Bitte Frau Wisniewski.

Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Wir wissen es alle, der Kommunismus und der real existierende Sozialismus sind Verwirklichungen der philosophisch-politischen Theorie des Marxismus. Dieses politische System stieß bei den Menschen nicht auf freiwillige Zustimmung, sondern konnte nur durch Zwang eingeführt und erhalten werden. Die Verwirklichung des Marxismus-Leninismus in den politischen Systemen der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten hat Leid, Tod und Armut über sehr viele Menschen gebracht, bis dann der große Zusammenbruch nach über siebzig Jahren kam.

Die Auseinandersetzung mit der philosophisch-politischen Theorie des Marxismus muß auch im Rahmen dieser Enquete-Kommission geschehen. Ich

möchte einleitend drei Fragenkomplexe kurz ansprechen, die mir für unsere Arbeit besonders wichtig zu sein scheinen:

- 1) Liegt die Ursache des Scheiterns des Kommunismus bzw. des real existierenden Sozialismus in der marxistischen Theorie begründet?
- 2) Wurde die Theorie bei ihrer Verwirklichung über die bekannten Enteignungsmaßnahmen hinaus im alltäglichen Leben der Menschen in der DDR wirksam?
- 3) Befördert der Marxismus das Entstehen von Diktaturen?

Zu 1) Wo also liegen die Gründe für den Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus der DDR? Liegen sie in der marxistischen Theorie selbst? Wurde diese also durch das sozialistische Experiment als nicht der Wirklichkeit entsprechend erwiesen, als der menschlichen Natur widersprechend? Wurde sie insofern als bloße Ideologie durch die Wirklichkeit entlarvt? Oder waren es nur Fehler bei der Verwirklichung, die zum Zusammenbruch der DDR führten?

Diese Fragen sind alt. Ein unverdächtig Zeuge ist Hans-Werner Richter, selbst einst Kommunist. Er schreibt in seinen „Erfahrungen mit Utopien. Briefe an einen jungen Sozialisten“ (1. Aufl. 1990) über die Wirkung der Massenaufmärsche der Nationalsozialisten im Jahr 1933 auf die kommunistischen Gruppen: „Wo aber lagen die Fehler, was war zu revidieren? Das marxistische Lehrgebäude? Nein, es war in seiner in sich geschlossenen Logik für uns fast unantastbar. Wir klopfen es Nacht für Nacht ab, aber wir fanden nichts. Gewiß, es tauchten Zweifel auf, aber es waren nur Zweifel. Doch etwas anderes wurde uns bewußt. In dieser Theorie, in diesem Lehrgebäude, zu dem wir uns bekannten, fehlte etwas, fehlte vielleicht eine ganze Seite des Lebens, die mit der uns immer noch unverständlichen Reaktion der Massen zusammenhängen mußte, die wir gerade erlebt hatten. Die einen nannten es den irrationalen Faktor, die anderen den subjektiven, die dritten den psychologischen. ...“

Das Fazit dieser Überlegungen: Der Mensch ist nicht allein ein ökonomisches Wesen. Ökonomische Prozesse geben Anstöße zu Massenbewegungen, aber sie bestimmen sie nicht. Wohin sich die Masse bewegt, das hängt von ganz anderen Faktoren ab, von psychologischen vielleicht, aber mehr noch von irrationalen, die schwer zu analysieren und fast nie vorherzuberechnen sind, von Atavismen unter Umständen, die weit in der Menschheitsgeschichte zurückliegen und die in solchen Situationen mit der Gewalt eines Vulkanausbruchs zum Vorschein kommen. Was aber war mit jenen, die in diesen Diskussionen, monatelang geführt, von subjektiven Faktoren sprachen? Sie sahen alle Fehler bei den Interpreteten... nicht die Lehre war falsch, sondern ihre Auslegung. Wirklich verantwortlich war nur die Führung, und sie hatte versagt. Lenin statt Thälmann, das wäre der Sieg gewesen.“ (S. 30 f.)

Die zuletzt genannte Position gibt es auch heute noch. In einem Tagungsbericht der FAZ über eine Tagung zur Marxismus-Forschung des Jahres 1992 wird vermerkt, daß die Forderung nach einer strikten Trennung von staatstragendem „Marxismus-Leninismus“, marxistischer Philosophie und Marx selbst erhoben wurde, und daß die marxistische ökonomische Entwicklungstheorie zu retten versucht wurde. (Mark Siemons, FAZ 1992)

Wenn man Hans-Werner Richter zustimmt und die Fehler in der marxistischen Theorie sucht, stellt sich die Frage, was daran falsch ist.

Der Kern des Marxismus liegt bekanntlich in der Auffassung, daß das Kapital die Welt bestimmt, daß also die Menschen und insbesondere die Gruppe der Besitzenden vorwiegend, ja sogar letztlich ausschließlich durch Besitzgier und Gewinnstreben geprägt ist, so daß die Abschaffung des Privateigentums (später fügt Marx hinzu: an Produktionsmitteln) eine grundsätzliche moralisch-sittliche Läuterung des Menschen bewirkt. Nikolaus Lobkowicz spricht von einer „systemimmanenten Naivität des Marxismus“, denn nur da dieser den Menschen in gesellschaftliche Verhältnisse aufgelöst und diese auf Eigentumsverhältnisse reduziert hat, können – nach den Vorstellungen von Karl Marx – alle wesentlichen Konflikte unter Menschen durch die Regelung der Eigentumsverhältnisse überwunden werden.

In dieser Reduzierung des Menschen auf ein ökonomisches Wesen, wie Hans-Werner Richter sagt, liegt offensichtlich der anthropologische Hauptirrtum des Marxismus, der künstliche Mensch. Aus ihm folgen aber nun eine Reihe anderer, ähnlich gravierender Irrtümer.

Zu 2) Das zeigte sich – und damit komme ich zum zweiten von mir angesprochenen Fragenkomplex – z. B. bei der Analyse der sozialistischen Wirtschaftsform in der Anhörung der Enquete-Kommission zum Wirtschaftssystem der DDR. Auch der Idee der Planwirtschaft liegt eine anthropologische Fehlannahme zugrunde, denn die in vielen Einzelköpfen gespeicherten Billionen von Informationen und Entscheidungsvorgängen können nicht zentral zusammengefaßt werden, so Professor Gutmann. Die zugrundeliegende Idee des Karl Marx von der Notwendigkeit der Teilnahme jedes einzelnen Menschen am, wie er sagt, „gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozeß“ – denn nur dadurch wird nach Marx der Mensch zum Menschen – erweist sich damit in ihrer Brüchigkeit.

Eine andere anthropologische Fehldeutung liegt offenbar darin, daß Karl Marx die bürgerliche Gesellschaft seiner Zeit insgesamt auf ökonomische Besitzgier reduzierte. Darin sah er alle menschlichen Beziehungen und Institutionen des Bürgertums gegründet und verseucht: das Privateigentum, die Betriebe, aber auch Ehe und Familie, den Staat mit seinen „Handlangern“, mit seinem Recht und seinen Gesetzen, das Bildungswesen, das Volk und die Nation. Aus diesen Voraussetzungen folgte bekanntlich für ihn die Forderung nach den, wie er sagte, „Aufhebungen“, also der totalen Beseitigung der

gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen. Darin gründet die Vorstellung von der Andersartigkeit der kommunistischen Staaten gegenüber allen anderen politischen Gebilden. Günter Schabowski sprach in der Anhörung in Berlin von dem „total anderen gesellschaftlichen Modell“, das die DDR verwirklichen wollte.

Natürlich zeigten sich bei der Verwirklichung solcher totalen Andersartigkeit bereits in der Sowjetunion Grenzen des Machbaren. Aber ansatzweise wurde durch innenpolitische Maßnahmen durchaus versucht, die vermeintlich bürgerlichen, in Wirklichkeit aber offenbar zur Existenz des Menschen notwendigen Strukturen, wie Ehe und Familie, Privatbetrieb, Selbständigkeit, Nation, Recht, Gesetz und Staat zu zerstören oder zumindest zu begrenzen und umzudeuten. So läßt sich sicherlich die Familie nicht „aufheben“, aber man kann durch Ausweiten der staatlichen Erziehung, durch Arbeitszwang für alle, durch Unmöglichmachen der Eigenverantwortung, etwa bei der Wohnraumbeschaffung, bei der Vorsorge vor Krankheit und Alter, bei der Urlaubsgestaltung, bei der Ausbildungs- und Arbeitsplatzwahl die Familie als privaten Faktor der Lebensgestaltung teilweise „aufheben“.

Nun kommen wir zum dritten angedeuteten Fragenkomplex. Wird durch die Beseitigung der eben genannten gesellschaftlichen Strukturen die Befreiung des einzelnen aus Zwängen der verschiedensten Art befördert – wie Karl Marx nahelegte – oder wird dadurch nicht Freiheit, Verantwortungsbereitschaft des einzelnen für sich und für das soziale Ganze zerstört und deshalb der Diktatur der Zugriff auf den einzelnen erleichtert?

Es war, so scheint es, ein gravierender Irrtum des Karl Marx zu glauben, daß durch eine allgemeine Emanzipation der Gesellschaft und des Menschen die „Pfeiler des Hauses“ eingerissen werden können, so daß die institutionelle Verfaßtheit der politischen Welt überhaupt mit ihren Regelungen der Vermittlung zwischen Einzelwillen und Gesamtwillen über Bord geworfen werden können.

Diese Vorstellung von einer allgemeinen Emanzipation des Menschen wird bei Karl Marx mit einer weiteren anthropologischen Grundvorstellung kombiniert, nämlich der, daß an dieser radikalen emanzipatorischen Revolution mit der möglichst vollständigen Beseitigung der bis zu seiner Zeit gültigen bürgerlichen Strukturen keineswegs der Mensch als Individuum teilhaben kann, sondern nur als Glied des Proletariats. (Karl Marx, Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie.) Der Mensch bedarf zu seiner Emanzipation – so Karl Marx – der Leitung durch die Diktatur des Proletariats. Vehement wird daher die liberal-rechtsstaatliche Gewaltenteilung – bekanntlich unabdingbar für die Erhaltung der Freiheit – von Karl Marx abgelehnt. Er fordert „nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit“ („Der Bürgerkrieg in Frankreich“). Es ist kein Zufall, daß Lenin in seinem Werk „Staat und Revolution“ gerade diese Forde-

rungen des Karl Marx aufgriff und ihnen zu verhängnisvoller Verwirklichung verhalf (dazu: Klaus Hornung: Emanzipation ist nicht Freiheit. Bemerkungen zum Umschlag der Emanzipation in den Despotismus bei Karl Marx, S. 155 und 161).

Die Aufarbeitung solcher Fragenkomplexe, die – wenn man so will – die kritische Durchleuchtung der marxistischen Theorie von ihren anthropologischen Grundlagen her und in den Folgen ihrer Verwirklichung im politischen System, muß eine der Aufgaben der Enquete-Kommission sein, damit die Lehren der Geschichte bewußt werden.

Ich denke, daß wir bei unseren Referenten, die heute zu uns sprechen werden, allen Anlaß haben zu hoffen, dazu wichtiges zu erfahren. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich teile Ihre Hoffnung, liebe Kollegin, und möchte Ihnen herzlich danken für das, was Sie uns einfürend gesagt haben. Bevor ich Herrn Professor Weber ums Wort bitte, möchte ich Ihnen noch mitteilen, daß Sie heute zumindest in der ersten Hälfte dieses Vormittages jeweils drei oder vier Minuten, das zweimal oder dreimal, sich vielleicht in einen Konzertsaal versetzt fühlen. D.h., wir werden nachher zur geistigen Auflockerung etwas Musik hören. Zunächst aber Herr Professor Weber bitte.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Marxismus-Leninismus und die soziale Umgestaltung der SBZ/DDR. Die Instrumentalisierung des Marxismus-Leninismus

Verehrte Anwesende! In der DDR galt der Marxismus-Leninismus als herrschende Ideologie, wie es offiziell hieß. Deshalb stützten sich nicht nur Konzeptionen und Strategien, sondern die gesamte Politik der SED auf den Marxismus-Leninismus. Auch die soziale Umgestaltung wurde in dieser Sicht als „Anwendung“ des Marxismus interpretiert. Ziel der SED war es, eine Gesellschaft der Gleichheit und sozialen Gerechtigkeit zu errichten. Zu prüfen wäre daher zweierlei:

Erstens, war der Marxismus-Leninismus die von der Führung angewandte Theorie, deren Vorgaben die Politik bestimmten, wie das hier gesagt wurde? Oder aber diente er als Instrument, als Rechtfertigung der SED-Politik?

Zweitens, waren die durch dogmatische Schulung verbreiteten Inhalte der Ideologie Grundlage politischer Einsichten und Motivation oder waren sie Glaubensdoktrinen zur Disziplinierung der Anhängerschaft?

Nach dem, was wir bisher gehört haben, nach dem, was auch die SED offiziell sagte, könnte man meinen, die Sache sei klar. Die DDR-Gesellschaft war der Versuch, die Theorie von Marx zu verwirklichen und dieser Versuch ist mißglückt. Nur, es käme wohl niemand auf die Idee, bloß deshalb, weil sich die DDR Deutsche **Demokratische** Republik nannte, auch zu sagen: das war eine Demokratie und der Fall ist abgehakt. Offensichtlich müssen wir etwas

vorsichtiger sein mit den Selbsteinschätzungen dieser Herrschaften. Und was Marx angeht: ich will mich hier auf ihn gar nicht beziehen, sondern am Schluß sagen, worauf meines Erachtens der Schwerpunkt liegen sollte. Es gibt natürlich auch andere Vorstellungen. Bei einem großen Philosophen sind die Aussagen nicht immer eindeutig und neben dem, was gesagt wurde, wird man auch manches andere finden. Sie kennen vermutlich das Zitat, was ich Ihnen hier zum Besten geben will: „Die Freiheit ist das Wesen des Menschen, die Unfreiheit ist daher die eigentliche Todesgefahr für den Menschen“. Das stammt auch von Marx. Ich will damit sagen: mit Zitaten allein ist das Problem nicht anzugehen, sondern, so scheint mir, ist zu prüfen, welche Funktionen der Marxismus-Leninismus hatte. Daß die SED-Funktionäre in ihrer ideologisch dogmatisierenden Ausrichtung der Meinung waren, ich erinnere an die Ausführungen von Schabowski, daß sie bei aller Diktatur eine bessere Gesellschaft im Sinne von Marx errichten wollten, ist natürlich noch kein Beweis dafür, daß dies so stimmt. Im Gegenteil, wenn man prüft, was passiert ist, könnte man es auf den Kern der folgenden These bringen.

Maßgeblich für die Umgestaltung der DDR erwiesen sich nicht etwa theoretische Positionen (und schon gar nicht die Wert- und Zielvorstellung der – ja auch von Marx geprägten – deutschen Arbeiterbewegung und ihrer Traditionen), was ja die SED behauptete, sondern die strikte Befolgung der Vorgaben und „Erfahrungen“ des stalinistischen Machtsystems. Meine These wäre also genau entgegengesetzt: der Marxismus diene der kommunistischen Bewegung in erster Linie als Rechtfertigungs- und Verschleierungsideologie und zwar ganz im Sinne der Marxschen Definition. Die ideologischen Konzeptionen waren auf Legitimation reduziert, zum Hauptziel wurden Machterringung und dauerhafte Machterhaltung.

Mit den politischen (Übernahme der Diktatur) und sozialen (Übernahme der Staatswirtschaft) Umgestaltungen erfolgte nach 1945 in der SBZ/DDR in erster Linie die Übertragung des sowjetischen Modells. Also müßte man einen Schritt weiter zurückgehen und prüfen, welchen Einfluß der Marxismus und später der Leninismus auf die dortige Entwicklung hatten.

Die Partei hat natürlich die Notwendigkeit gesehen, eine Ideologie zu haben, die ihren Anhängern Siegesgewißheit vermittelte. Daher die These, daß die Partei in Kenntnis der „historischen Gesetzmäßigkeiten“ dem „Rad der Geschichte“ folge. Daraus folgte dann die Einbeziehung des historischen Materialismus. Die Ideologie hat die Gläubigkeit gegenüber der Parteiführung auch dadurch befördert, daß sie ihre Hauptthese „die Partei hat immer Recht“ durchsetzte. Das geschah bei gleichzeitiger Berufung auf den Mann, dessen Wahlspruch bekanntermaßen war: „An allem ist zu zweifeln“. Auch hier wird also deutlich, daß wir es uns nicht so einfach machen können, eine direkte Verbindung herzustellen zwischen dem, was Marx gesagt hat und dem, was die Herrschaften versucht haben zu „verwirklichen“. „Es ist mißglückt, und

damit haben wir den Faden in der Hand, d. h. die Ideologie ist schuld.“ Ich glaube, man wird hier sehr viel finden, was in diese Richtung deutet. Man muß aber auch die Instrumentalisierung des Ganzen sehen, weil eine funktional angewandte Ideologie der SED-Politik diente, und zwar mit dem Axiom, daß diese in Kenntnis der „historischen Gesetzmäßigkeit“ eben objektiv richtig sei.

Ich möchte an einem Beispiel zeigen, wie die „Berufung“ auf theoretische Aussagen lediglich zur Scheinbegründung jeweiliger Politik benutzt wurde. In der Politik mußten „Klassiker“-Zitate stets dazu herhalten, als vorgegebene dogmatische Leitsätze die „Richtigkeit“ der Politik zu „belegen“. Als drastischer Nachweis für solchen „Marxismus-Leninismus“ sei hier die Verwendung zweier entgegengesetzter Lenin-Zitate angeführt. Es ging um die Diskussionen nach 1945 in der kommunistischen Bewegung zu der Frage, ob es besondere Wege der einzelnen Länder zum Kommunismus gäbe oder ob alle das sowjetische Modell nachzuvollziehen hätten. Bei Gründung der SED hatten Anton Ackermann und andere kommunistische Ideologen als „Beweis“ für „verschiedene“, also auch für einen **deutschen** Weg zum Sozialismus, Lenins These von 1916 zitiert. Das Leninzitat hieß: „Alle Völker werden zum Sozialismus gelangen, das ist unausweichlich, aber sie werden dahin nicht auf ganz dem gleichen Wege gelangen, jedes Volk wird dieser oder jener Form der Demokratie, dieser oder jener Abart der Diktatur des Proletariats, diesem oder jenem Tempo der sozialistischen Umgestaltung, der verschiedenen Seiten des gesellschaftlichen Lebens, seine Eigenart verleihen!“¹ Das heißt, Lenin hat gesagt: es gibt verschiedene Wege zum Sozialismus. Weil wir Marxisten-Leninisten sind, richten wir unsere Politik danach aus.

Als nach 1948 „besondere Wege“ zum Sozialismus von der stalinistischen Führung für ketzerisch erklärt und ihre Verfechter verfolgt wurden, galt ein anderes Lenin-Wort, diesmal aus dem Jahre 1920: die „Grundzüge“ der bolschewistischen Revolution hätten keine „spezifisch russische“, sondern „internationale Bedeutung“, ihre „internationale Wiederholung“ sei unvermeidlich.²

Doch 1956, auf dem 20. Parteitag der KPdSU, konzedierte Chruschtschow wieder „verschiedene Wege“ zum Sozialismus – und stellte das erstgenannte Lenin-Zitat von 1916 als richtungweisend in den Mittelpunkt. Kurze Zeit später, nach dem ungarischen Aufstand, rückte indes das zweite Lenin-Zitat von 1920 wieder zum „Beweis“ der Politik auf und dieses Spiel mit gegensätzlichen Belegen wiederholte sich mehrmals. Das geht dann bis zum Schluß so weiter, man denke nur an den durch die SED verkündeten Slogan vom „Sozialismus in den Fahnen der DDR“. Es sind also keineswegs falsche

1 Wladimir Iljitsch Lenin, Sämtliche Werke, Bd. 19, Wien – Berlin 1930, S. 281.

2 Wladimir Iljitsch Lenin, Aus den Schriften 1895–1923, München 1967, S. 236.

Zitate aus der Schublade gezogen worden, vielmehr sollte durch sie der Anschein erweckt werden, die kommunistische Politik lasse sich von einer „Wissenschaft“, dem Marxismus-Leninismus, leiten.

Hier zeigt sich eine wichtige Funktion dieser Ideologie. Lenin- und Marx-Zitate wurden in erster Linie zur ideologischen Verschleierung aktueller Politik benutzt. Durch Berufung auf Koryphäen wollte man die eigene Politik „wissenschaftlich begründen“ und nachweisen, daß „wir siegen müssen“.

Man könnte das Gleiche, ich erspare mir das, anhand der Geschichtsschreibung der DDR nachweisen, die auch von sich behauptete, „marxistische“ Geschichtsschreibung gewesen zu sein. Ich habe an anderer Stelle versucht nachzuweisen, daß die Reihenfolge in Wirklichkeit umgekehrt war. Zuerst wurde Politik betrieben und anschließend versucht, sie zu rechtfertigen. Ich möchte also davor warnen, es sich zu einfach zu machen und zu sagen: die Gesellschaft in der DDR ist der Versuch gewesen, eine Theorie zu realisieren, sondern wir müssen auch der Tatsache Rechnung tragen, daß diese Theorie eine wesentliche Rolle als Rechtfertigungsideologie spielte.

Zusammenfassend möchte ich festhalten, daß die Politik wie auch die Umgestaltung der DDR sich in erster Linie nach dem sowjetischen Modell zu richten hatten. Vorbild war die russische Entwicklung. Von den programmatischen Vorstellungen von Marx hatte die SED lediglich jene Forderungen dogmatisiert und übernommen, die diesem Ziel dienten. Der Aufbau der „neuen Gesellschaft“ wurde stets unter dem Gesichtspunkt der Machterhaltung und Machterweiterung vorangetrieben. Daher sollte die Ideologie die SED befähigen, politisch verbindliche Verhaltensnormen zu setzen, die Integration und Geschlossenheit der Führungsschicht zu erreichen sowie das soziale und politische Handeln mobilisierend anzuleiten, vor allem aber die tatsächlichen Machtverhältnisse zu rechtfertigen und gleichzeitig zu verschleiern. Der Marxismus-Leninismus war das Instrument, mit dem die Führung ihre Macht zu legitimieren beabsichtigte. Andererseits wurden seine Inhalte dogmatisiert und instrumentalisiert, um mit „Zukunftsversprechungen“ Anhänger zu gewinnen und an das SED-System zu binden.

Mir scheint, daß die Enquete-Kommission sich nicht so sehr auf diesen ganzen theoretischen Bau, die Systematisierung, wie sie dann im Marxismus-Leninismus erfolgte, konzentrieren sollte, sondern daß sie vielmehr im Sinne dessen, wie ich mein Thema formuliert habe, die Instrumentalisierung untersuchen sollte. Die Frage ist also, ich komme auf meinen Ausgangspunkt zurück: war der Marxismus-Leninismus in erster Linie ein Rechtfertigungsinstrument oder war er in erster Linie Motivation für Politik? Ich plädiere dafür, seine Rolle als Rechtfertigungsinstrument nicht aus dem Auge zu verlieren.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Professor Weber. Ich habe den Reaktionen angemerkt, daß es Sie reizen würde, jetzt darüber zu reden. Die Planung dieses Tages sieht aber anders aus. Wir hören zunächst

noch weitere Referate. Damit Sie aber Ihre Frage festhalten können, über das nachdenken können, was wir jetzt gehört haben, nun Musik von Vivaldi aus den „Jahreszeiten“.

(Musik, Musik, Musik. . .)

Wir hören nun den nächsten Referenten. Ich bitte Herrn Professor Konrad Löw von der Universität in Bayreuth ums Wort. Sein Thema lautet: **„War der SED-Staat marxistisch“?**

Prof. Dr. Konrad Löw:

I. Einige begriffliche und persönliche Vorbemerkungen

SED-Staat meint die sogenannte Deutsche Demokratische Republik in den Jahren 1949 bis zur Wende.

„Marxistisch“ wird im folgenden für Theorien und Maximen gebraucht, die auf Karl Marx und, wie er selbst sagt, sein alter ego, Friedrich Engels, zurückgehen. Was sich sonst als marxistisch ausgibt oder angesprochen wird, kann schon aus zeitlichen Gründen nicht berücksichtigt werden. Verwiesen sei auf das dreibändige Werk „Die Hauptströmungen des Marxismus“, Verfasser der polnische Philosoph Leszek Kolakowski.

Im Wintersemester 1967/68, also vor genau 25 Jahren, begann ich an der Hochschule für Politik, München, mit Vorlesungen über das politische System der DDR. Dem gingen Lehrveranstaltungen über die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland voraus. Für letztere war ich durch meine juristische Ausbildung, insbesondere meinen öffentlich-rechtlichen Schwerpunkt, gut vorbereitet. Die Darstellung der politischen Gegebenheiten stellte mich vor eine neue, für den bundesdeutschen Juristen atypische Aufgabe.

1968 trat in der DDR eine Verfassung in Kraft, die schon auf den ersten Blick erkennen ließ, daß sie eine ideologische Basis hatte, eine Verfassung, die sich ausdrücklich zum Marxismus-Leninismus bekannte. Daher wurde die Auseinandersetzung mit dieser Ideologie zur Voraussetzung einer sachgerechten Interpretation. In der gebotenen Eile bediente ich mich der einschlägigen Taschenbücher. Dazu zählten insbesondere „Sowjetideologie heute“ Bd. 1, verfaßt von Gustav Wetter, Bd. 2, von Wolfgang Leonhard. Diesen Autoren verdanke ich sehr viel, wenngleich ich in manchen, keineswegs unwichtigen Punkten die damals gewonnene Sicht aufgrund des späteren Quellenstudiums korrigieren mußte.

Die wichtigsten Merkmale des SED-Staates waren: 1. Diktatur; 2. führende Rolle einer Partei; 3. Gewaltmonopol; 4. Terror; 5. Leugnung der Menschenwürde als vorrangigem Verfassungswert, 6. Leugnung der Menschenrechte; 7. keine Grundrechte im traditionellen Sinne; 8. Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln; 9. der große Plan.

Haben Marx und Engels diese Themen angesprochen und, falls ja, wie?

Um nicht bloß Schlagworte zu servieren, beschränkt sich der Hauptteil auf das erste Stichwort, doch kommen in diesem Zusammenhang auch die meisten anderen Charakteristika des SED-Staates zur Sprache. Die gesonderte Abhandlung aller Punkte bleibt der schriftlichen Expertise vorbehalten.

II. Die „Diktatur des Proletariats“ als Herrschaft der von der Geschichte Berufenen

Die DDR nannte, anders als die Sowjetunion, ihre „sozialistische Demokratie“ bis zur Wende eine Diktatur, eine „Diktatur des Proletariats“. Daß eine Diktatur keinen Pluralismus, keine politische Opposition dulde, sei doch wohl selbstverständlich. Aber es sei kein Geringerer als Marx gewesen, der die „Diktatur des Proletariats“ als unausweislich vorausgesagt habe.

Berief sich Lenin, berief sich die DDR bei der Propagierung ihrer Diktatur zu Recht auf Marx? Das wird sowohl von Vertretern des demokratischen Sozialismus wie auch von Bürgerlichen entschieden bestritten, so von Karl Kautsky, Otto Bauer, Max Adler, Leszek Kolakowski, Wolfgang Leonhard, Hermann Weber, Werner Maihofer und Günther Wagenlehner.³

Welche der beiden Positionen ist wissenschaftlich fundierter? Darauf gibt es eine klare, wenngleich wenig erfreuliche Antwort: die DDR/SED-amtliche!

1. Das verbale Bekenntnis zur Diktatur

In der umfangreichen literarischen Hinterlassenschaft von Marx und Engels wird die Wortkombination „Diktatur des Proletariats“ nicht häufig benützt. Im Kommunistischen Manifest, 1848, ist nur von „despotischen Eingriffen in das Eigentumsrecht“ die Rede.⁴ Im Jahre 1850 begegnet uns „Diktatur der Arbeiterklasse“.⁵

Ziemlich zeitgleich unterzeichnen Marx und Engels ein Dokument mit der Überschrift: „Weltgesellschaft der revolutionären Kommunisten“, in dessen Art. 1 von „Diktatur der Proletarier“ die Rede ist: „Das Ziel der Assoziation ist der Sturz aller privilegierten Klassen, ihre Unterwerfung unter die Diktatur der Proletarier, in welcher die Revolution im Permanenz erhalten wird bis zur Verwirklichung des Kommunismus, der die letzte Organisationsform der menschlichen Familie sein wird.“⁶

Wenig später heißt es: „Die Klassendiktatur des Proletariats“ sei ein „notwendiger Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt.“⁷

In einem sehr aufschlußreichen Brief schreibt Marx 1852: „Was ich tat war 1. nachzuweisen..., daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats

3 Siehe Konrad Löw „Die Lehre des Karl Marx – Dokumentation – Kritik 2. Aufl. Köln 1989 S. 244 ff.

4 MEW (Karl Marx/Friedrich Engels „Werke“ Berlin (Ost) 1956 ff.) 4,481.

5 MEW 7,33.

6 MEW 7, 553.

7 MEW 7, 89.

führt;... 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet.“⁸)

Zwanzig Jahre lang wird dann der Ausdruck in schriftlichen Äußerungen offenbar nicht mehr verwendet. Aber, wie Leonhard⁹, daraus zu schließen, Marx und Engels hätten den Begriff während dieser Zeit nicht verwendet, ist nicht möglich.

„The World“ druckte am 15. Oktober 1871 die Aufzeichnungen eines Korrespondenten über Marxens Rede anlässlich der Feiern zum 7. Jahrestag der Internationalen Arbeiterassoziation am 25. September 1871 in London. Darin heißt es: „... Aber bevor eine solche Änderung vollzogen werden könnte, sei eine Diktatur des Proletariats notwendig...“¹⁰

Auch eine Äußerung Engels' aus dem Jahre 1872 läßt auf den häufigen Gebrauch von „Diktatur des Proletariats“ durch Marx schließen. Denn er behauptet: „Ebenso haben die sogenannten Blanquisten... die Anschauung des deutschen wissenschaftlichen Sozialismus von der Notwendigkeit der politischen Aktion des Proletariats und seiner Diktatur als Übergang zur Abschaffung der Klassen und, mit ihnen, des Staates – wie solche bereits im 'Kommunistischen Manifest' und seitdem unzählige Male ausgesprochen worden“,¹¹ proklamiert. In einem Brief vom 4. September 1872 schreibt Eugène Vermersch: „Im Abstand von einer halben Stunde gab er [Marx] dann auch die beiden folgenden charakteristischen Sätze von sich, von denen man glauben möchte, daß sie für sein politisches Vorgehen bezeichnend sind: 'Die proletarische Diktatur ist ein notwendiges historisches Durchgangsstadium der Geschichte!...“¹²) 1874 verteidigt Engels die Diktatur des Proletariats gegen Blanquis „Diktatur eines oder einiger weniger.“¹³

1875 ist es dann Marx, der mit größter Selbstverständlichkeit den Gedanken erneut ausspricht. „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, in der der Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“¹⁴

2. Demokratische Diktatur?

Nur Kautsky und Leonhard geben eine nähere, auf Marx- und Engelszitate fußende Begründung, warum sie mit einem entschiedenen Ja antworten.

Kautsky: „Daß dieser Ausdruck (Diktatur des Proletariats) keineswegs die Verwerfung der Demokratie, noch auch den Anspruch auf die absolute Macht

8 MEW 28, 508.

9 Wolfgang Leonhard „Sowjetideologie“ II, Frankfurt 1965 S. 159.

10 MEW 17, 433.

11 MEW 18, 266; Nur 2 Seiten später nochmals.

12 Nach Mangus Enzensberger „Gespräche mit Marx und Engels“ Frankfurt 1973 S. 413.

13 MEW 18, 529.

14 MEW 19, 28.

im Staate bedeuten sollte, geht schon allein aus der Tatsache klar hervor, daß Marx in eben demselben Schreiben 'die demokratische Republik' als die Regierungsform bezeichnete, in deren Rahmen der Klassenkampf definitiv auszufechten ist."¹⁵

Im Zusammenhang gelesen ist die von Kautsky zitierte Stelle – wie nahezu jeder Satz der Marxschen „Kritik des Gothaer Programms“ – eine heftige Schelte der Verfasser des „verwerflichen und die Partei demoralisierenden Programms“ der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, das nichts taue.¹⁶

Die Stelle lautet: „Selbst die vulgäre Demokratie, die in der demokratischen Republik das Tausendjährige Reich sieht und keine Ahnung davon hat, daß gerade in dieser letzten Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft der Klassenkampf definitiv auszufechten ist – selbst sie steht noch berghoch über solcher Art Demokratentum innerhalb der Grenzen des polizeilich Erlaubten und logisch Unerlaubten.“¹⁷

Das ist kein Bekenntnis zur bürgerlichen Demokratie, eher ihr vorweggenommener Grabgesang. Die demokratische Republik ist für Marx die letzte Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft. Die sozialistische Gesellschaft während der Diktatur des Proletariats ist der bürgerlichen Gesellschaft wesensfremd, und entsprechend offenbar das demokratische Element. Kautsky zitiert noch eine weitere Stelle, die aber nur zum Ausdruck bringt, daß Marx kein Anbeter eines starken, viele Generationen überdauernden Staates gewesen ist.¹⁸ Ob für die Übergangszeit eine despotische Diktatur notwendig sei, kann daraus nicht beantwortet werden.

Wertvoll im Sinne Kautskys ist meines Erachtens nur jenes seiner Zitate, wonach, wie Engels sich ausdrückt, unsere Partei unter der Form der demokratischen Republik zur Herrschaft kommen kann, was „die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats“ sei. Eindeutig sind auch diese Worte nicht. Der Schwerpunkt liegt auf Republik. Für ihn ist es „undenkbar, daß unsere besten Leute unter einem Kaiser Minister werden sollten.“¹⁹

Noch weit wichtiger aber scheint mir folgender Gesichtspunkt: Die Äußerung datiert aus dem Jahre 1891, wurde also acht Jahre nach Marxens Tod gemacht. Nun ist es unbestreitbar, daß Engels den toten Marx an mehreren wichtigen Stellen korrigiert hat. Engels' geistiges Testament, wenige Monate vor seinem Tode verfaßt, besteht weitestgehend in Selbstkritik an früher gemeinsam vertretenen Ansichten. Da heißt es mehrmals, wörtlich fast übereinstimmend: „Die Geschichte hat uns und allen, die ähnlich dachten, Unrecht gegeben.“²⁰

15 Karl Kautsky „über Sozialdemokratie und Kommunismus“ München 1948 S. 25.

16 MEW 19, 13 f.

17 MEW 19, 29.

18 Siehe dazu Löw (wie Anm. 1) S. 286 ff.

19 MEW 22, 235.

20 MEW 22, 515.

Und dann die geradezu klassische Stelle: „Die Ironie der Weltgeschichte stellt alles auf den Kopf. Wir, die 'Revolutionäre', die 'Umstürzler', wir gedeihen weit besser bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz. Die Ordnungsparteien, wie sie sich nennen, gehen zugrunde an dem von ihnen selbst geschaffenen gesetzlichen Zustand. Sie rufen verzweifelt..., 'die Gesetzlichkeit ist unser Tod', während wir bei dieser Gesetzlichkeit pralle Muskeln und rote Backen bekommen und aussehen wie das ewige Leben.“²¹

Das ist doch nichts anderes als wenn er gesagt hätte: Wir wollen legal an die Macht kommen, weil wir legal an die Macht kommen können und weil das der sicherste Weg ist.

Kein Geringerer als der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale Willy Brandt räumte ein: „Der späte Engels bemüht sich nun auch, dem Wort von der 'Diktatur des Proletariats' eine neue Deutung zu geben.“²² Freilich, zum eindeutigen Demokraten mauserte Engels sich nicht.²³ – Damit ist das Wesentliche auch schon gegen die Argumentation von Leonhard gesagt, soweit er sich auf den späten Engels, d. h. auf Engels post Marx, beruft.

Engels' Bemerkung aus dem Jahre 1891, wonach die Pariser Kommune ein lebendiges Modell der Diktatur des Proletariats gewesen sei, kann schwerlich ohne Schmunzeln registriert werden. Denn schon zehn Jahre zuvor hat Marx zutreffend festgestellt: „Sie werden mich vielleicht auf die Pariser Kommune verweisen, aber abgesehen davon, daß dies bloß die Erhebung einer Stadt unter ausnahmsweisen Bedingungen war, war die Majorität der Kommune keineswegs sozialistisch...“²⁴

Die Arbeitervertretung war in der Kommune eine Minderheit. Auch war sie nicht organisiert und hatte nachweislich kein einheitliches Bewußtsein.

Marxens Lob auf die Kommune entspringt nicht geschichtlichen Tatsachen, sondern dem unstillbaren Verlangen, eine seine zahllosen Revolutionsprognosen möge sich irgendwo und irgendwie erfüllen.

3. Histomat und Demokratie

Um der Wahrheit näherzukommen, müssen wir weiter ausholen, über die verlesenen Zitate hinausgehen, eine Antwort aus dem Ganzen der marxistischen Ideologie zu geben versuchen.

Der Histomat, das Herzstück der marxistischen Lehre, basiert auf folgender Annahme: Ausgangspunkt ist die Urgesellschaft. Sie wird abgelöst durch antagonistische Gesellschaftsformen, in denen jeweils eine Minderheit die Mehrheit ausbeutet. Die historische Mission der Arbeiterklasse ist, Arbeitsteilung,

21 MEW 22, 525.

22 Willy Brandt „Friedrich Engels und die soziale Demokratie“ Bonn 1970 S. 16.

23 Siehe z. B. MEW 37, 326: „Daß das Proletariat seine politische Herrschaft, die einzige Tür in die neue Gesellschaft, nicht erobern kann ohne gewaltsame Revolution, darüber sind wir einig.“

24 MEW 35, 160.

Entfremdung, Ausbeutung für immer zu beseitigen, also Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes, aber auf höherer Ebene, d. h. zusätzlich Freiheit von Furcht, Freiheit von Not, Freiheit von Aberglauben zu erlangen.

Die bösen Ausbeuter würden, so glaubte man ursprünglich, ihre Herrschaft mit Zähnen und Klauen verteidigen. Deshalb sei jedes Mittel recht, um sie zu stürzen. Aber siehe, sie schaffen – zunächst in England, wo Marx und Engels lebten – das allgemeine, gleiche Wahlrecht und schaufeln sich damit selbst ihr Grab. Denn die Mehrheit wird letztlich einsehen, wer ihre Interessen vertritt, und dementsprechend vom Stimmrecht Gebrauch machen. Unter der gerade selbstverständlichen Voraussetzung, daß sich die Mehrheit bei den Wahlen ihrer geschichtlichen Aufgabe würdig erweist, stehen Wahlen nicht im Widerspruch zur erstrebten Diktatur des Proletariats (noch irgend einer historischen Form totalitärer Herrschaft!). So kann gewaltlos die eigentliche Menschheitsgeschichte anbrechen.

Wenn wir, wie Marx und Engels, an die historische Mission des Proletariats, an die heilsgeschichtliche Notwendigkeit einer weltweiten kommunistischen Ordnung glaubten (die von ihnen geführte Arbeiterklasse handelt „im vollen Bewußtsein ihrer geschichtlichen Sendung“²⁵), insbesondere auch, daß jedes Mittel recht sei, um sich die Macht zu verschaffen, würden wir es dann erdulden, daß mit Hilfe von Stimmzetteln das Räderwerk der Geschichte blockiert, ja zurückgedreht werden kann? Ob Marx und Engels überhaupt je an die Möglichkeit gedacht haben, daß Liberale, Konservative oder andere Bürgerliche mit dem Stimmzettel eine kommunistische Mehrheit gefährden könnten, weiß ich nicht. Aber alles spricht dafür, daß sie dann die Opposition gewaltsam unterdrückt hätten. Eine Übertragung der Macht auf Nichtkommunisten wäre Preisgabe der leidenschaftlich verfochtenen Ideologie, Preisgabe des Histomat!

Eindeutige Belege für die Richtigkeit dieser Annahme sind unter anderem jene Ausführungen, die klarstellen, daß Einsichten, die sich gegen den vorausgesagten historischen Prozeß aussprechen, unbeachtlich sind, gleichgültig, ob sie von den geborenen Reaktionären oder von Proletariern vertreten werden: „Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen vorstellt. Es handelt sich darum, was es ist und was es diesem Sein gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird.“²⁶ „..., denn mit Ausnahme derjenigen, die nicht zählen, sind im Jahre 1846 alle europäischen Demokraten mehr oder weniger klare Kommunisten.“²⁷ „Habe ich recht, wenn ich sage, daß die Demokratie heutzutage der Kommunismus ist?“²⁸)

25 MEW 17, 343.

26 MEW 2, 38.

27 MEW 2, 613.

28 MEW 2, 624.

Sollten jene, die allein zählen, die Macht erlangen, dürften eben jene, „die nicht zählen“, entweder nicht wählen, oder die „Wahlen“ würden, wie in allen sozialistischen Staaten, so ausgerichtet, daß überhaupt nur eine im kommunistischen Sinne geschichtskonforme Stimmabgabe möglich wäre.

4. Merkmale der Diktatur nach Marx

„Marx und Engels haben niemals erklärt, warum sie diesen Zustand als ‚Diktatur‘ bezeichnet hatten, obgleich er doch aus der Demokratie erwachsen sollte“²⁹ – meint Kautsky.

Bestand für sie Veranlassung zu sagen, was sie unter Diktatur verstanden? Nein, wenn sie mit „Diktatur“ das zum Ausdruck bringen wollten, was man damals allgemein darunter verstand: Ausschaltung jeder gefährlichen Meinung und Opposition. Beide waren sehr wortgewandt und hätten ihre Leser nicht im unklaren gelassen, falls sie mit „Diktatur“ eine freiheitliche Demokratie hätten bezeichnen wollen.

Im Zweifel ist davon auszugehen, daß jemand gängige Worte im üblichen Sinne verwendet. Aber haben wir es überhaupt mit einem Zweifelsfall zu tun? Marx und Engels nennen ausdrücklich die Merkmale ihrer Diktatur, ihrer, wie Marx betont, energischen Diktatur;³⁰ keine Gewaltenteilung, keine Grundrechte,³¹ kein Pluralismus,³² Niederhaltung der Gegner, straffe Umerziehung. Daß die Teilung der Staatsgewalt im Falle einer Revolution ohne ein besonderes Gesetz aufhört, stellt Marx ausdrücklich fest.³³

Anerkennende Worte über Parlamentarismus und Gewaltenteilung finden sich nirgendwo, jedoch recht despektierliche: „parlamentarischer Kretinismus“,³⁴ „die Hunde von Parlamentskretins“³⁵, „wurmstichige... Teilung der Gewalten, mit abgetragenen Phrasen und längst durchschauten Fiktionen“³⁶, „bemooste Weisheit“³⁷, „Verfassungsunsinn“³⁸.

Was mit Oppositionellen zu geschehen habe, beantwortet Engels: „Da nun der Staat doch nur eine vorübergehende Einrichtung ist, deren man sich im Kampf, in der Revolution bedient, um seine Gegner gewaltsam niederzuhalten, so ist es purer Unsinn, vom freien Volksstaat zu sprechen: Solange das Proletariat den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner...“³⁹

29 Kautzky (wie Anm. 13) S. 27.

30 MEW 5, 402.

31 Siehe Georg Brunner „Karl Marx und die Grundrechte“ in: Konrad Löw „Karl Marx und das politische System der DDR“ Heidelberg 1982 S.?

32 MEW 17, 339.

33 MEW 5, 194.

34 MEW 8, 37.

35 MEW 30, 382.

36 MEW 5, 041.

37 MEW 5, 196.

38 MEW 7, 498.

39 MEW 34, 129.

Mit Rousseau fordert Marx die Erziehungsdiktatur: „Die Abstraktion des politischen Menschen schildert Rousseau richtig also: 'Wer den Mut hat, einem Volke eine Rechtsordnung zu geben, muß sich fähig fühlen, die menschliche Natur zu ändern, jedes Individuum, das in sich selbst und für sich allein ein vollkommenes Ganzes ist, in den Teil eines größeren Ganzen umzuwandeln, von dem dieses Individuum in gewisser Weise sein Leben und Sein empfängt, an die Stelle einer physischen und unabhängigen eine moralische Teilexistenz zu setzen. Er muß dem Menschen seine eigenen Kräfte nehmen, um ihm fremde dafür zu geben, die er nur mit Hilfe anderer gebrauchen kann.'“⁴⁰

Schließlich läßt sich die mehrmals erhobene Forderung nach „Revolution in Permanenz“⁴¹ mit unseren Vorstellungen von einer rechtsstaatlichen Demokratie ebensowenig in Einklang bringen wie die Verabscheuung „nur gesetzlicher Mittel... gegenüber einem Feind, der solche Bedenken nur verachtet“.⁴² Auch die ausdrückliche Billigung der „Volksrache“⁴³ muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden.

Doch was besagt schon das Wort Revolution? Engels definiert es mit bestürzender Deutlichkeit: „Haben diese Herren nie eine Revolution gesehen? Eine Revolution ist gewiß das autoritärste Ding, das es gibt; sie ist der Akt, durch den ein Teil der Bevölkerung dem anderen Teile seinen Willen vermittels Gewehren, Bajonetten und Kanonen, also mit denkbar autoritärsten Mitteln aufzwingt; und die siegreiche Partei muß, wenn sie nicht umsonst gekämpft haben will, dieser Herrschaft Dauer verleihen durch den Schrecken, den ihre Waffen den Reaktionären einflößen.“⁴⁴

„In der Praxis werden wir wie immer darauf reduziert sein, vor allem auf resolute Maßregeln und absolute Rücksichtslosigkeit zu drängen.“⁴⁵

Auch jene feindseligen, verächtlichen Äußerungen gegen die Demokraten und die Demokratie verdienen in diesem Zusammenhang bedacht zu werden, ebenso die Betonung, daß die Kommunisten „für den Augenblick... als Demokraten“ auftreten.⁴⁶

5. Demokratiefeindliche Kritik des Zeitgeschehens

Die Juni-Revolution in Paris 1848 war ein Arbeiteraufstand gegen die vom Volk gewählte Nationalversammlung und ihre Exekutivorgane. Marx und Engels stellen sich vorbehaltlos auf die Seite jener, die sich gegen die demokratisch legitimierte Macht erheben. Marx' Artikel „Die Juni-Revolution“ – ein demagogisches Meisterwerk voller Entstellungen und

40 MEW 1, 370.

41 MEW 7, 254.

42 MEW 8, 71.

43 MEW 7, 249.

44 MEW 18, 308.

45 MEW 28, 580.

46 MEW 4, 317.

Gehässigkeiten – meint abschließend, es sei das Recht der demokratischen Presse, den Rebellen Lorbeer um die Stirne zu winden.⁴⁷

Die demokratisch legitimierte „sog. Deutsche Nationalversammlung“ war für ihn „eine Körperschaft, so abnorm, so lächerlich schon durch die Stellung, die sie einnahm, und dabei so erfüllt von ihrer eigenen Wichtigkeit, daß die Geschichte höchstwahrscheinlich nie ein Gegenstück dazu liefern wird.“⁴⁸

Seine völlig undifferenzierte Beschimpfung des „bloßen Debattierclubs“, der „Versammlung leichtgläubiger Tröpfe“, der „Marionetten“⁴⁹ hat Schule gemacht und sowohl dem demokratischen Gedanken allgemein als auch den Lebenschancen der ersten deutschen Demokratie erheblich Abbruch getan.

Die Pariser Kommune erhob sich im März 1871 gegen die vom Volk gewählte Französische Nationalversammlung. Es ist hinlänglich bekannt, daß Marx zugunsten der Kommune Partei ergriffen hat. Nicht die Demokratie erschien ihm schutzwürdig, sondern die Rebellion. Noch eine, recht aufschlußreiche Feststellung sei erwähnt. Marx und Engels bejahen die Demokratie dort, wo die Proletarier die Mehrheit bilden, weil es so zur Proletokratie kommt. Demokratie ist auch dann gut, wenn sie monarchische Herrschaft ablöst. Aber was dann, wenn die Proletarier in der Minderheit sind, wie im Deutschen Reich des Jahres 1875?

Marx schreibt in seiner Kritik des Gothaer Programms: „Erstens besteht 'das arbeitende Volk' in Deutschland zur Majorität aus Bauern und nicht aus Proletariern...“⁵⁰ Für diesen Fall lautet die Antwort, die er eine Seite später gibt und die uns schon begegnet ist: „... revolutionäre Diktatur des Proletariats.“⁵¹

Deutlicher kann es kaum noch gesagt werden. Selbstverständlich Diktatur des Proletariats auch dann, wenn die Proletarier in der Minderheit sind. Als die Forderung zuerst aufgestellt wurde, betrug der Anteil der Arbeiter in Deutschland 4,5 bis 6 Prozent.⁵²

Diese Beispiele zeigen: Vor die Alternative gestellt, Demokratie oder, mangels Mehrheit, Diktatur der Revolutionäre, haben sie sich stets für letztere ausgesprochen.

Ganz folgerichtig zum eben Gesagten die Weisungen von Marx und Engels in der „Ansprache der Zentralbehörde an den Bund“ vom März 1850: „Während die demokratischen Kleinbürger die Revolution möglichst rasch und unter Durchführung höchstens der obigen Ansprüche zum Abschluß bringen wollen,

47 MEW 5, 137.

48 MEW 8, 45.

49 MEW 8, 79.

50 MEW 19, 27.

51 MEW 19, 28.

52 E. Weis „Der Durchbruch des Bürgertums“ Bd. IV Propyläen Geschichte Europas, Frankfurt 1978 S. 405.

ist es unsere Aufgabe, die Revolution permanent zu machen, so lange, bis alle mehr oder weniger besitzenden Klassen von der Herrschaft verdrängt sind, die Staatsgewalt vom Proletariat erobert“ ist.⁵³

6. Keine Demokratie ohne Demokraten

Woran erkennt man den Demokraten? Der Demokrat wird die demokratische Staatsform wesentlich höher schätzen als jede andere Staatsform, die nicht durch das Volk legitimiert ist. Doch Engels ist anderer Ansicht. Mit Blick auf das demokratische Frankreich äußert er: „Ihr könnt also den Monarchien eure bürgerliche Republik nicht mehr als etwas gegenüberstellen, was die anderen Nationen erstreben sollten. Eure Republik und unsere Monarchien – das ist ein und dasselbe gegenüber dem Proletariat...“⁵⁴

Ganz unvereinbar mit demokratischer Gesinnung ist die oben beschriebene Kampftaktik, die Marx und Engels für die Auseinandersetzung mit den legitimierten Volksvertretern empfehlen.

Ganz unvereinbar mit demokratischer Gesinnung ist auch die Fürsprache für „absolute Rücksichtslosigkeit“,⁵⁵ „revolutionären Terrorismus“, „Volksrauche“.⁵⁶

War Marx nach seinem Naturell, Lebensstil und Umgang ein Demokrat? 1896, also dreizehn Jahre nach dem Tode von Marx, äußert Wilhelm Liebknecht: „Marx selbst war – versteht sich innerhalb des Rahmens der kommunistischen Anschauungsweise – der toleranteste aller Menschen.“⁵⁷

Doch der Nimbus von Marx hatte noch nicht ganz die Erinnerung verklärt. Schon im nächsten Satz heißt es: „Er konnte Widerspruch vertragen, wenn er auch nicht selten darob in argen Zorn geriet.“ Weit zuverlässiger sind jene Urteile, die zu Lebzeiten von Marx zu Papier gebracht worden sind. Selbst jene Leute, die der politischen Linken angehörten, stimmen darin überein, daß Marx nur sich selbst würdigte, keinen Widerspruch duldete, bedingungslose Unterwerfung forderte, kurz, diktatorische Neigungen in ungewöhnlicher Konzentration offenbarte. Ich erwähne Pavel Annenkov,⁵⁸ Wilhelm Weitling,⁵⁹ Heinrich Beta,⁶⁰ August Willich,⁶¹ Gustav Adolf Techow,⁶² Giuseppe Mazzini,⁶³ Michail Bakunin.⁶⁴ Aus dem Munde von Marx und Engels begegnen

53 MEW 7, 247.

54 MEW 39, 90.

55 MEW 27, 580.

56 Dazu ausführlich Konrad Löw „Warum fasziniert der Kommunismus“ München 1985 S. 109 ff.

57 Siehe Enzensberger (wie Anm. 10) S. 161.

58 Siehe Enzensberger (wie Anm. 10) S. 59.

59 Siehe Enzensberger (wie Anm. 10) S. 67.

60 Siehe Enzensberger (wie Anm. 10) S. 108.

61 Siehe Enzensberger (wie Anm. 10) S. 166.

62 Siehe Enzensberger (wie Anm. 10) S. 185.

63 Siehe Enzensberger (wie Anm. 10) S. 296.

64 Nach Enzensberger (wie Anm. 10) S. 366 u. 425.

uns immer wieder Äußerungen wie: „demokratisches Gesindel“,⁶⁵ „demokratisches Lumpenpack“,⁶⁶ „das ganze demokratische hiesige Geschmeiß“,⁶⁷ „demokratisches Lumpengesindel“.⁶⁸ „Die Betriebsamkeit dieser kleinen aus der demokratischen Pißjauche ausgebrüteten Flöhe ist rührend.“⁶⁹ Gemeint waren Blind, Bronner, Hecker, drei angesehene tapfere Freiheitskämpfer. „Es wäre vielleicht gut, wenn es noch einige Jahre ruhig bliebe, damit diese gesamte Demokratie von 1848 Zeit fände zu verfaulen.“⁷⁰ „Die Hunde von Demokraten und liberalen Lumpen werden sehn, daß wir die einzigen Kerls sind, die nicht verdammt sind in der schauerhaften Friedensperiode.“⁷¹

III. Ein Wegbereiter des Totalitarismus

1959 wurde das Godesberger Programm der SPD verabschiedet. Es machte damals Schlagzeilen, insbesondere deshalb, weil sich die SPD, vormals „Erbe- und Willensvollstreckerin von Marx und Engels“,⁷² in augenfälliger Weise vom Marxismus trennte und statt dessen die christliche Ethik, der Humanismus und die klassische Philosophie als Nährboden des demokratischen Sozialismus gewürdigt wurden. Die SPD erteilte damals jeder Form des Totalitarismus eine entschiedene Absage, nicht nur dem Nationalsozialismus, sondern auch dem Sowjetsystem, der politischen Wirklichkeit im SED-Staat.

Was aber hat das Sowjetsystem, die Sowjetideologie, der in der DDR manifeste Totalitarismus mit Marx zu tun? Im Schoße der SPD ist während der vorbereitenden Sitzungen des Godesberger Parteitags diese Frage lebhaft erörtert worden, wobei ausweislich des Protokolls Marx immer stärker belastet wurde.

Prof. Dr. Gerhard Weisser: „Seid ihr ganz sicher, daß wir mit der These vom ‚vergewaltigen Marx‘ Recht haben? Hat nicht die Haßkomponente bei Marx und sein Verlangen nach Rechtgläubigkeit mindestens objektiv-geschichtlich so gewirkt, daß ein konformistisches Denken von da aus seinen Ausgang genommen hat?“

Borinski: „Zu Marx: Wenn wir die Wirkung von Marx gerade heute im Totalitarismus sehen, scheint es mir richtig zu sein, was Weisser sagt... Das Menschenbild von Marx ist ein für unsere heutige Zeiterfahrung vereinfachtes und verharmlostes. Gewisse Punkte wurden dabei verabsolutiert und von daher Ansatz zum Totalitarismus...“

65 MEW 27, 183.

66 MEW 27, 501.

67 MEW 27, 565.

68 MEW 28, 490.

69 MEW 29, 376.

70 MEW 27, 560.

71 MEW 29, 401.

72 Nach Susanne Miller „Das Problem der Freiheit im Sozialismus“ Berlin 1974 S. 19.

Dr. Christian Gneuss: „Ich bin auch der Meinung, daß die Formel vom vergewaltigten Marx nicht ausreicht. Auch schon beim jungen Marx waren Ansätze zum Totalitarismus...“

Stammer: „Auch ich glaube, daß wir am Marx-Bild selber und an der Marx-Lehre und -Ideologie etwas zu korrigieren haben.“⁷³

Die vorstehende Untersuchung hat, wie ich meine, die Richtigkeit dieser Annahme mehr als bestätigt. Alle wesentlichen Merkmale des Totalitarismus werden von seinem Postulat einer Diktatur des Proletariats erfüllt.

Wie ist es möglich, daß Marx von so vielen in diesem Punkt bis heute verkannt wird? Die einen wollen die Fakten nicht zur Kenntnis nehmen, weil ihnen Marx von Jugend an als verehrungswürdig nahegebracht wurde. Die anderen schreiben und sprechen über Marx ohne intensives Quellenstudium. Anfang November hielt ich in Bayreuth ein Referat über „Marx und der Terrorismus – War die Begünstigung der terroristischen Roten Armee Fraktion durch die DDR ideologisch zu begründen?“ In der auf das Referat folgenden Diskussion machte mir ein junger Privatdozent, G. H., Bonn, unter dem Beifall von schätzungsweise einem Drittel der Zuhörer, den Vorwurf, meine Beweisführung sei einseitig und es gäbe auch gegenteilige Marxinterpretationen.

Nun, der Hörer konnte selbst beurteilen, ob ich Marx und Engels interpretiert oder nicht vielmehr – ohne nennenswerte Interpretation – schlicht beim Wort genommen hatte.

Daß G. H. die behauptete Einseitigkeit nicht aus dem Stegreif belegen konnte, ist selbstverständlich. Also bat ich ihn, dies schriftlich nachzuholen. Dazu erklärte er sich bereit. Doch der Absicht sind bis heute keine entsprechenden Taten gefolgt, obgleich ich nochmals schriftlich darauf hinwies, daß mein Text veröffentlicht werden wird und ich seine Kritik berücksichtigen möchte.

Dieses Verhalten überrascht nicht, entspricht vielmehr einschlägigen Erfahrungen. Bereits 1980 habe ich den engen Konnex zwischen Marx und Terror anhand von Zitaten aufgezeigt. Damals kündigte ein Hamburger Kollege, U. B., an, er werde allen Teilnehmern der Veranstaltung schriftlich das Gegenteil nachweisen. Trotz Reklamation steht dieser Nachweis immer noch aus. Ganz offenbar sind viele ebenso unwillig, die Marx und den Marxismus belastenden Fakten zu akzeptieren, wie sie unwillig waren, die DDR-Wirklichkeit der Jahre 1949–1989 zur Kenntnis zu nehmen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Professor Löw. Ich habe den Eindruck, wir werden um die Mittagszeit eine sehr interessante, möglicherweise auch kontroverse, Diskussion haben. Ich möchte Sie herzlich bitten, daß wir dann auch erst anfangen miteinander zu diskutieren. Jetzt

haben wir Gelegenheit, über das Gehörte noch einmal kurz nachzudenken. Ein kleines Stück Vivaldi bitte.

(Musik, Musik, Musik. . .)

Als nächstes kündige ich an und bitte, das Wort zu ergreifen: Herrn Professor Wolfgang Leonhard.

Prof. Wolfgang Leonhard: Marxismus-Leninismus und die Umgestaltung in der SBZ/DDR

Im Mittelpunkt meines Interesses stehen folgende Fragenkomplexe: Seit wann gibt es „Marxismus-Leninismus“? Wie wurde er verspätet 1949 in der damaligen Sowjetzone eingeführt? Wie hat sich die Marxismus-Leninismus-Schulung in der DDR entwickelt? Was war die Funktion des Marxismus-Leninismus? Welches waren seine Stärken und Schwächen? Ist der Marxismus-Leninismus bereits total zusammengebrochen – oder vielleicht nicht ganz?

Sowjetunion 1938: Plötzlich „Marxismus-Leninismus“

Am 14. November 1938 – ich war damals ein siebzehnjähriger Schüler in Moskau – veröffentlichten alle Zeitungen der Sowjetunion eine Resolution des Zentralkomitees der KPdSU. Thema: Einführung des Marxismus-Leninismus. In dieser Resolution wurde erklärt: es sei falsch, den Marxismus vom Leninismus zu trennen. Dies sei nicht mehr gestattet. Marxismus und Leninismus seien eine untrennbare Einheit. Von nun an erfolge die gesamte Schulung nach dem sechs Wochen zuvor veröffentlichten „Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU“. In dieser Resolution, die, nach der Diktion zu urteilen, offensichtlich von Stalin selbst formuliert worden ist, wurde ferner erklärt:

Der Marxismus-Leninismus bestehe aus vier Hauptbestandteilen: Philosophie (dialektischer Materialismus), Geschichtsbetrachtung (historischer Materialismus), Wirtschaftslehre (marxistische politische Ökonomie) und den politischen Konzeptionen – für die es zunächst noch keine Bezeichnung gab. Erst 1962 wurde dafür der Name „Wissenschaftlicher Kommunismus“ eingeführt.

Wenige Tage nach jenem 14. November 1938 gab es in allen Fachschulen, Fachhochschulen, Hochschulen und Universitäten der Sowjetunion plötzlich das neue Fach „Marxismus-Leninismus“. Alle früheren ideologischen Fächer wurden durch den neuen offiziellen Begriff „Marxismus-Leninismus“ ersetzt. Nun warteten wir alle, daß die Lehrbücher erscheinen würden – für den dialektischen und historischen Materialismus, für die marxistische Politische Ökonomie und für die politischen Konzeptionen. Aber sie erschienen nicht. In den Hochschulen mußten wir damals (1940) nach Lehrplänen arbeiten, da es gedruckte Lehrbücher noch nicht gab. Es ist anzunehmen, daß Stalin deren Erscheinen hinauszögerte, um nicht durch eine zu fest gefügte detaillierte Ideologie an der eigenen Handlungsfreiheit gehindert zu sein. Die entsprechenden

ideologischen Lehrbücher erschienen alle erst 1958 bis 1962, d. h. nach Stalins Tod.

Die Einführung des Marxismus-Leninismus in der Sowjetzone

Während in der Sowjetunion seit November 1938 der Marxismus-Leninismus im Mittelpunkt stand, wurde er in der damaligen Sowjetzone nicht sofort eingeführt. Der Gründungsauftrag der KPD vom 11. Juni 1945 enthält keinen entsprechenden Hinweis. Die „Grundsätze und Ziele“ der SED, die auf dem sogenannten Vereinigungsparteitag am 21. April 1946 verkündet wurden, nehmen ebenfalls nicht auf ihn Bezug. In den damaligen Schulungsheften, den sogenannten „Sozialistischen Bildungsheften“, die seit April 1946 alle zwei Wochen für die Parteischulung in der Sowjetzone erschienen, gab es auch keine Hinweise auf den Marxismus-Leninismus. Achtzehn dieser Schulungshefte habe ich 1946 noch selbst verfaßt. Fred Oelßner sagte damals verschmitzt lächelnd: „Über Marxismus-Leninismus reden wir nicht.“ Nach 1945 gab es nur die Begriffe „wissenschaftlicher Sozialismus“ und „Marxismus“, aber nicht den Begriff „Marxismus-Leninismus“ – auch nicht nach dem wichtigen Beschluß vom 25. Oktober 1946 über die Intensivierung der Parteischulung, darunter der Schaffung der 120 Kreisparteischulen. Selbst im Anfang 1947 herausgegebenen „Lehrbuch der SED-Kreisparteischulen“ wurde nachweislich der Begriff „Marxismus-Leninismus“ nicht benutzt. Sogar in der SED-Parteihochschule, 1946 in Liebenwalde gegründet, gab es keine Fakultät für Marxismus-Leninismus. Stattdessen wurde – Hermann Weber erinnert sich sicher daran genau wie ich – der entsprechende Bereich ironischerweise „Lehrmittelabteilung“ genannt. Frida Rubiner leitete diese „Lehrmittelabteilung“ und lehrte einen etwas abgeschwächten Marxismus-Leninismus – ohne den Begriff zu benutzen.

Im Frühjahr 1948 setzte die drastische politische Verschärfung ein (Prager Putsch, Berliner Blockade, Ausschluß Jugoslawiens und, in der damaligen Sowjetzone, der berüchtigte SED-Beschluß vom 28. Juli 1948 über die Säuberung der Partei von „entarteten und feindlichen Elementen“). Am 16. September 1948 wurde die Zentrale Partei-Kontroll-Kommission eingeführt sowie die Landespartei-Kontroll-Kommissionen. Am 20. September 1948 folgte der wichtige Ideologie-Beschluß: Alle Parteimitglieder sollten den „Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU“ studieren. Am 24. September 1948 kam es zur Abkehr vom eigenen deutschen Weg zum Sozialismus. Damit waren die Weichen gestellt.

Auf der I. Parteikonferenz der SED vom 25. bis 28. Januar 1949 wurde die Angleichung der SED an die stalinistischen Parteien vollzogen und damit auch der Marxismus-Leninismus in der Sowjetzone Deutschlands eingeführt. Wörtlich: „Verpflichtung zum Studium des Marxismus-Leninismus, vor allem anhand des 'Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU' und der Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin“.

Der Marxismus-Leninismus wurde damit in der Sowjetzone Deutschlands am 28. Januar 1949 eingeführt.

Der Marxismus-Leninismus in der DDR

Danach ging alles sehr schnell. Das Wichtigste war der Beschluß der SED-Führung vom 3. Juni 1950 (während der Waldheimer Prozesse) „Zur Verbesserung der Parteipropaganda“ mit der Einführung des hierarchischen Schulungssystems und des „Parteilehrjahres“.

Auf der untersten Stufe dieses Schulungssystems befanden sich die „Politischen Grundschulen“ für die Anfänger – sogar Parteilose durften daran teilnehmen. Auf der nächsten Stufe gab es die „Zirkel zum Studium der Biographie Stalins“ und der „Geschichte der KPdSU“. Als nächst höhere Stufe wirkten die „Kreisabendschulen“ für SED-Funktionäre von Grundorganisationen bis hin zur Kreisleitung. Auch hier standen im Zentrum die „Geschichte der KPdSU“ und „Marxismus-Leninismus“. Die Spitze dieser „Schulungs-Säule“ bildeten die „Abenduniversitäten“ für verantwortliche Parteifunktionäre aus Partei, Wirtschaft und Verwaltung, die bereits Kreis- bzw. Landesparteischulen besucht hatten. Schulungsdauer: zwei Jahre mit mündlichem und schriftlichem Abschlußexamen.

Besonders wichtig waren die – ebenfalls hierarchisch gegliederten – vier Internatsparteischulen: Es begann mit den Betriebsparteischulen (fünfzehn Tage), gefolgt von den Kreisparteischulen (zunächst sechs Wochen, bald auf drei Monate verlängert), dann die Landesparteischulen (seit 1952 Bezirksparteischulen genannt; zunächst sechs Monate, bald auf ein Jahr verlängert) – auch hier überall das Hauptfach: „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“.

An der Spitze stand dann die SED-Parteihochschule „Karl Marx“ mit den Ein-Jahres-Lehrgängen für die Qualifizierung und den Zwei- Jahres-Lehrgängen für die Ausbildung, später auf drei bzw. fünf Jahre verlängert, sowie die „Akademie der Gesellschaftswissenschaften“. Dies nur als kurzer Überblick. Für Interessenten verweise ich auf meinen ausführlichen Beitrag „Die Parteischulung der SED (1945 bis 1956)“ in „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Beilage zum „Parlament“ vom 31. Oktober 1956 (Nr. 56).

Aber der Beschluß vom 3. Juni 1950 verkündete nicht nur den Ausbau des hierarchischen Parteischulungssystems, sondern auch einen verschärften ideologischen Kampf und zwar „gegen die bürgerliche Ideologie“ und gegen die Überreste des Sozialdemokratismus. Ferner verlangte die SED-Führung die Widerlegung der falschen formalen Einstellung zur Demokratie, opportunistischer Auffassungen über die Blockpolitik und die Bekämpfung der Unterschätzung der Rolle der Sowjetunion. Dieser Kampf könne nur wirksam sein, „wenn es zugleich gegen alle liberalistischen und versöhnlerischen Tendenzen geführt wird“ (vgl. Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Band III, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 121).

Von 1951 bis 1956 wurde dieses riesige Schulungssystem ausgebaut. Das sogenannte „Parteilehrjahr“ wurde intensiviert, die ideologische Verschärfung immer deutlicher („Wachsamkeit“, Schauprozesse und zunehmende Stalin-Verherrlichung). Diese Entwicklung wurde 1956 unterbrochen – durch die Verunsicherung der SED-Führung nach dem 20. Parteitag vom 14. bis 25. Februar 1956 in Moskau, wo Stalin bekanntlich einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Die Entstalinisierung wurde von Ulbricht in der damaligen DDR deutlich abgeschwächt. Es erfolgte lediglich die Ausmerzung des Namens von Stalin – aber keine Kritik am Stalinismus. Die Veränderungen im Parteilehrjahr wurden auf das Mindestmögliche reduziert. Interessanterweise erfolgte gleichzeitig im Frühjahr 1956 die erste Verschiebung auf praktisch-ökonomische Fragen durch die neuen „Zirkel zum Studium der ökonomischen Politik der Partei“. Diese befaßten sich zum einen mit der Industrie und zum anderen mit der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft. Anschließend folgte die textliche Ausarbeitung durch die (zunächst aus dem Russischen übersetzten) Lehrbücher. Besonders wichtig waren dabei „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“ (russisch 1959, in der DDR 1960), das Lehrbuch, das eine Gesamtübersicht der Ideologie gab. Danach folgten die entsprechenden Lehrbücher für den dialektischen Materialismus, historischen Materialismus, für die marxistische Politische Ökonomie und den „wissenschaftlichen Kommunismus“, d. h. die politischen Konzeptionen. Seit 1963 erfolgte die programmatische Dokumentierung des Marxismus-Leninismus. Im SED-Programm von 1963 wurde erstmalig (angenommen auf dem 6. Parteitag der SED im Januar 1963) die SED als „marxistisch-leninistische Kampfpartei“ bezeichnet, die die „Reinheit des Marxismus-Leninismus gegen alle revisionistischen Bestrebungen“ hüte. Gleichzeitig gab das SED-Programm die folgende offizielle Definition des Marxismus-Leninismus: „Der Marxismus-Leninismus ist die Lehre von den allgemeinen Entwicklungsgesetzen der Natur, der Gesellschaft und des menschlichen Denkens, eine wissenschaftliche Weltanschauung, ein in sich geschlossenes harmonisches System philosophischer, ökonomischer, sozialer und politischer Anschauungen.“

Bedeutsam und nachdenkenswert erscheint mir, daß der Begriff „marxistisch-leninistisch“ in der neuen Verfassung der DDR vom 9. April 1968 eingeführt wurde. „Die Deutsche Demokratische Republik“, so hieß es, „ist ein sozialistischer Staat deutscher Nation“, der unter Führung der Arbeiterklasse „und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“ den Sozialismus verwirkliche. Diese Aussage im Art. 1 der Verfassung stellte meiner Auffassung nach den Versuch dar, den Marxismus-Leninismus weit über den engen Rahmen der eigenen Partei hinaus zu einer Staatsdoktrin der DDR aufzuwerten. Dafür scheint mir zu sprechen, daß dieses Anliegen in der zweiten DDR-Verfassung vom 7. Oktober 1974 noch klarer zum Ausdruck gebracht wird: Die DDR sei ein „sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern“ und stehe „unter

Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“. Das war, wohlgermerkt, in der DDR-Verfassung verankert.

Meine These ist, daß gleichzeitig mit dieser Forcierung (Lehrbücher, offizielles ideologisches Bekenntnis, Ausdehnung der Schulung, verfassungsmäßige Festschreibung) ein Rückgang des marxistisch-leninistischen ideologischen Einflusses in der Gesellschaft zu verzeichnen ist – auch innerhalb der SED.

Zunehmend, seit Anfang der siebziger Jahre, d. h. in der Honecker-Zeit, konzentrieren sich die Schulungsabende und Zirkel auf die jeweils letzte Tagung des Zentralkomitees der SED, und häufig wirkte das Ganze so, als ob die Ideologie nur noch eine Garnierung darstellt.

Die Funktion des Marxismus-Leninismus im SED-Regime

Welche Funktion hatte der Marxismus-Leninismus von 1949 bis 1989 in der DDR? Zweifellos ging es der DDR-Führung nicht in erster Linie um eine Gesellschaftstheorie zur Befreiung der Menschen von Ausbeutung und Unterdrückung, für die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft, sondern die Ideologie diente vor allem der Legitimierung des bürokratisch-diktatorischen Regimes.

Drei Funktionen standen im Vordergrund:

1. Die in der DDR verbreitete marxistisch-leninistische Ideologie sollte den Unterdrückungscharakter des Regimes verschleiern. Durch ideologische Behauptungen wie „realer Sozialismus“, „sozialistische Demokratie“ oder „sozialistischer Humanismus“ sollte der Unterdrückungscharakter gerechtfertigt und übertüncht werden. Mit der Behauptung, der Marxismus-Leninismus sei eine „wissenschaftliche Theorie“, sollte von den schwierigen ökonomischen Bedingungen und den ökonomisch-politischen Rückschlägen abgelenkt und ihre Auswirkungen im Denken der Menschen und dem Verhalten der Funktionäre und Mitglieder der SED verringert werden.
2. Der Marxismus-Leninismus hatte die Aufgabe, Beschlüsse der SED-Führung, die meist aus praktischer Notwendigkeit erfolgten, nachträglich zu begründen und zu rechtfertigen, um den Eindruck zu erwecken, die SED-Führung betreibe eine „wissenschaftliche Politik“.
3. Die Ideologie diente der Oktroyierung von Denkschablonen zur Disziplinierung der SED-Funktionäre und -Mitglieder. Diese ideologischen Denkschablonen beinhalteten nicht nur, was Mitglieder und SED-Funktionäre glauben sollten, sondern – darauf möchte ich besonders hinweisen – auch, was sie abzulehnen hatten. Durch die vorgeschriebenen, zeitweilig bis zu 29 Abweichungen, sollten die Funktionäre dazu erzogen werden, automatisch alle Auffassungen abzulehnen, die nicht in die vorgefaßte Parteilinie paßten. Mit diesem Ablehnungsmechanismus sollten kritische Gedanken, unliebsame Diskussionen vermieden werden.

Die Anziehungskraft des Marxismus-Leninismus

Trotz des Zusammenbruchs des Marxismus-Leninismus dürfen wir nicht übersehen, daß es in den 40 Jahren der DDR viele Mitglieder und Funktionäre der SED gegeben hat, die an den Marxismus-Leninismus geglaubt haben bzw. von einigen Lehren und Konzeptionen durchdrungen waren. In folgenden Bereichen war meiner Meinung nach der Glaubensfunke am meisten ausgeprägt:

1. Der Glaube an die angebliche Wissenschaftlichkeit des Marxismus-Leninismus. Der Marxismus-Leninismus, so glaubten die Anhänger, sei eine Wissenschaft, die alle Probleme aller Länder und Völker zu erkennen und lösen vermag, sowie Wege zu einer glücklicheren Zukunft aufzuzeigen imstande ist. Da der Marxismus-Leninismus eine Wissenschaft ist, muß er natürlich allen anderen politisch-ideologischen Auffassungen – Liberalen, Christdemokraten, Sozialdemokraten – und allen Religionen überlegen sein.
2. „Die Partei hat immer recht.“ Über diese selbstherrliche Behauptung wurde viel gelacht. Aber dahinter steckt ein ideologischer Aspekt, nämlich die Auffassung der damals Überzeugten, die marxistisch-leninistischen Parteien seien die einzigen politischen Parteien in der Welt, die ihre Politik aufgrund einer Wissenschaft ausarbeiten und verwirklichen. Alle anderen vertreten ja nur Interessen ohne wissenschaftliche Grundlage. Damit haben die marxistisch-leninistischen Parteien im Prinzip immer recht; selbst Fehler örtlicher Instanzen oder einzelner Funktionäre können die prinzipielle Unfehlbarkeit nicht in Frage stellen.
3. Die angebliche „Gesetzmäßigkeit der Geschichte“. Alle Völker der Menschheit durchschreiten fünf Gesellschaftsordnungen von der Urgemeinschaft, über den Sklavenhalterstaat und Feudalismus bis zum Kapitalismus. Dies sei ein gesetzmäßiger Vorgang. Seit der Oktoberrevolution von 1917 vollziehe sich der „gesetzmäßige weltweite Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus“. Man sei damit in Übereinstimmung mit den „Gesetzmäßigkeiten der Geschichte“.
4. Siegeszuversicht. Die historische Entwicklung habe die Richtigkeit des Marxismus-Leninismus bewiesen. Die Argumentationskette sah folgendermaßen aus: 1848, zu Zeiten von Marx und Engels, hatte der Bund der Kommunisten 100 Mitglieder,

1917 fand die siegreiche Oktoberrevolution in Rußland statt,

1936 erfolgte der „Sieg des Sozialismus“ in der UdSSR,

1945–49 gehen die volksdemokratischen Länder Ost- und Mitteleuropas zum Sozialismus über, Mitte der siebziger Jahre gab es eine kommunistische Weltbewegung mit 50 Millionen Parteimitgliedern in 94 kommunistischen Parteien der Welt. Die historische Entwicklung habe damit die Richtigkeit des Marxismus-Leninismus bewiesen.

5. Moralische Erhabenheit des Endziels. Die zukünftige „klassenlose Gesellschaft“ verwirkliche erhabene Ziele der Menschheit:
- Die Abschaffung des Geldes und die Verteilung der Erzeugnisse nach den Bedürfnissen der Menschen,
 - die Überwindung aller Klassenunterschiede und die Herstellung einer sozialen Einheit und sozialen Gleichheit,
 - das Absterben des Staates und seine Ersetzung durch eine gesellschaftliche Selbstverwaltung; es werde keine Gefängnisse, keinen Zwang, keine Unterdrückung mehr geben, – die Überwindung aller nationalen Konflikte und die Verschmelzung der Nationen –, harmonische zwischenmenschliche Beziehungen und Herausbildung eines neuen selbstlosen und bewußten Menschen der kommunistischen Zukunft.

Dabei wurde völlig verdrängt, daß dieses Endziel a) unerreichbar ist und b) von den herrschenden KP-Führungen in immer weitere Ferne verlegt wurde.

Diese und andere Faktoren trugen dazu bei, daß ein Teil der SED- Mitglieder und ein größerer Teil der Funktionäre an einige Konzeptionen bzw. den Marxismus-Leninismus insgesamt geglaubt haben, ja zum Teil sogar davon überzeugt und durchdrungen waren.

Die Schwächen des Marxismus-Leninismus

Viel deutlicher und krasser sind die Schwächen und Gegensätze im Marxismus-Leninismus. Ich beschränke mich auf einige entscheidende Widersprüche.

1. Ideologischer Anspruch und Realität. Zunächst der tiefe Widerspruch zwischen der offiziell proklamierten Überlegenheit des „realen Sozialismus“ und dem Zurückbleiben in der ökonomisch- technologischen Entwicklung, den ökologischen Mißständen, den Privilegien und dem Machtmißbrauch der Funktionäre. Hinzu kam der Widerspruch zwischen dem verkündeten „sozialistischen Humanismus“ bei gleichzeitigem Bestehen der Berliner Mauer und Tötungsanlagen an der Grenze, Willkür und Rechtlosigkeit. Die versprochene „sozialistische Demokratie“ stand im Gegensatz zum Fehlen demokratischer Freiheiten und Menschenrechte, der Ohnmacht des Parlaments, der Verhinderung freier fruchtbarer Diskussionen, der ständigen Kontrolle und Gängelung der Bevölkerung, Bespitzelung und Unterdrückung.
2. Verfälschte Parteigeschichte. Wichtige historische Ereignisse wurden verschwiegen, entscheidende Ereignisse „ausgeklammert“. Dazu gehörte die Vertuschung der Fehler der KPD vor 1933, die Verhaftung deutscher Kommunisten in der Sowjetunion und ihre Auslieferung an die Gestapo. Besonders kraß war die Verfälschung der SED-Geschichte. Verschwiegen wurde die Unterdrückung und Einschüchterung bei der Vereinigung von KPD und SPD im April 1946, die damals angewandten Methoden, z. B. Bespitzelung, Bruch von Versprechen und Geheimmitglieder in anderen

- Parteien. In der DDR-Geschichtsschreibung fehlten die Verfolgung von Sozialdemokraten als „Schumacher-Agenten“, die Unterordnung der Blockparteien, die Säuberungen kritischer SED-Mitglieder und Funktionäre, die fehlende demokratische Legitimation bei der DDR-Gründung im Oktober 1949, die verhängnisvolle Verkündung des „Aufbaus des Sozialismus“ auf der 2. Parteikonferenz im Juli 1952. Dazu gehören ferner die Verfälschungen über den Volksaufstand in der DDR im Juni 1953, über die Berliner Mauer im August 1961, die Rolle der SED-Führung bei der Bekämpfung des „Prager Frühlings“ von 1968 sowie die Kontroversen der SED-Führung mit der Reformführung in Moskau während der Perestrojka-Periode (1985–1989).
3. Die beschönigende Darstellung der Sowjetunion. Dazu gehörte die verfälschte Darstellung der Zwangskollektivierung, die Ermordung Kirows, die große Säuberung von 1936–38, die Auswirkungen des Hitler-Stalin-Paktes von 1939, die Ursachen der Niederlagen der sowjetischen Truppen in den ersten zwei Jahren des Krieges, die Entstalinisierung unter Chruschtschow, die Hintergründe seines Sturzes im Oktober 1964, die Stagnation während der Breschnew-Ära, das Wirken der sowjetischen Bürgerrechtler („Dissidenten“) und ihre Reformpläne – all das wurde verschwiegen. Hinzu kam das beschönigende Bild des sowjetischen Systems. Es gab keine Diskussionen über den Widerspruch zwischen dem sowjetischen Anspruch vom „Sozialismus“, „entwickelten Sozialismus“ und „Übergang zum Kommunismus“ einerseits und der Realität andererseits: die Diktatur Stalins, Massenterror, permanente Krise der Landwirtschaft, Zurückbleiben der Wirtschaft, Privilegien und Willkür der Funktionäre.
 4. Unwahre Darstellung moderner westlicher Industriestaaten – vor allem die wirklichkeitsfremde Schematisierung der „kapitalistischen Welt“. Die gewaltigen Unterschiede der einzelnen Länder in Tradition, ökonomischem Entwicklungsstand, Sozialstruktur und politischen Verhältnissen wurden nicht oder nur kaum erwähnt – alles war „Monopolkapitalismus“. Die These von der „führenden Rolle der Arbeiterklasse“ wurde beibehalten, obwohl viele wußten, daß die Zahl der Industriearbeiter in den letzten 30 Jahren in allen Industriestaaten zurückgegangen war. Die These vom Klassenkampf wurde ebenfalls beibehalten, obwohl es längst neue soziale Schichten, neue Widersprüche und Konflikte gab. Das breite politische Spektrum in den westlichen Industriestaaten wurde nie objektiv untersucht, sondern alle Nicht-Kommunisten wurden verächtlich gemacht und auf primitive Weise „widerlegt“. Es gab keine ernsthaften Analysen im DDR-Marxismus-Leninismus über die Bewegungen zum Schutz der Umwelt, die Frauen-Emanzipation, die neue Jugendproblematik, die Diskussionen auf den Kirchentagen und das Problem der Entfremdung.
 5. Widersprüche innerhalb des Marxismus-Leninismus. Die Behauptung, der

Marxismus-Leninismus sei eine einheitliche Zusammenfassung der Lehren von Marx, Engels und Lenin, ist unwahr. Die Ideen von Marx und Engels in den Marxismus-Leninismus-Lehrbüchern wurden auf weniger als 2 % des Textes zurückgestuft und lediglich einige „passende“ Zitate von Marx und Engels verwendet. Entscheidende Thesen von Marx und Engels wurden ausgeklammert: die Entfremdung des Menschen, die Befreiung der menschlichen Persönlichkeit, die Konzentration auf soziale Bewegungen (nicht auf eine Partei!), die Aussagen zur sozialen Umgestaltung (nicht: Machtübernahme!), zum Absterben des Staates (nicht: „sozialistischer Staat“), die Ausführungen von Marx und Engels zur Assoziation der freien Produzenten (nicht: Zentralplanung von Staatseigentum) in der zukünftigen klassenlosen Gesellschaft. Verfälscht wurde auch die Darstellung Lenins. Historisch unwahr war die These, daß Lenin der angeblich einzige legitime Fortsetzer von Marx und Engels sei. Aber auch Lenin wurde unwahr dargestellt. Seine Doktrinen von der revolutionären Elitepartei, die Organisationsstruktur des „demokratischen Zentralismus“, Lenins Eintreten für eine gewaltsame Revolution und die Errichtung einer Diktatur des Proletariats, seine Forderungen für die „Einheit der Partei“ und das Verbot von Fraktionen standen während der ganzen DDR-Periode im Mittelpunkt. Nicht erwähnt oder zurückgedrängt wurden Lenins eindeutige Ablehnung jeglicher Kollektivierung der Bauernschaft, sein Kampf gegen den russischen Nationalismus, sein Eintreten für die Interessen der nicht-russischen Völker, seine Ablehnung jeglicher Einmischung der Partei in Literatur und Kunst und jeglichen Personenkults (einschließlich seiner eigenen Person!) und schließlich seine offenen Eingeständnisse über schwerwiegende Fehler der Bolschewistischen Partei. Diese Dinge kamen im Marxismus-Leninismus der DDR kaum vor.

6. Marxismus-Leninismus und die moderne Industriegesellschaft. In der DDR wurde immer wieder behauptet, der Marxismus-Leninismus sei eine „Anleitung zum Handeln“. Aber dies war offensichtlich unwahr. Es gab keine Möglichkeit, aus den Texten des Marxismus-Leninismus die Probleme der modernen Industriegesellschaft zu erkennen, keine gedankliche Verbindung zur Kybernetik, Soziologie, Sozialpsychologie, Industriosociologie, zum modernen Management. Mit dem Marxismus-Leninismus – das erkannten vor allem Wirtschaftsfunktionäre – konnte man die neuen Probleme nicht lösen.
7. Das Fehlen ethisch-moralischer Problematik. Wenn man sich die DDR-Lehrbücher des Marxismus-Leninismus ansieht, erkennt man das Fehlen ethischer, moralischer Probleme. Es handelte sich um eine veraltete kalte Ideologie, gefühlsarm, starr. Die Probleme der zwischenmenschlichen Beziehungen, der Persönlichkeitsentfaltung, der Entfremdung, die Suche

nach sittlich-moralisch-ethischen Werten kamen im DDR-Marxismus-Leninismus kaum vor.

Die ideologische Indoktrination

Es waren aber nicht nur diese Schwächen, die zum Zusammenbruch des Marxismus-Leninismus geführt haben. Hinzu kamen die Methoden der Schulung, die Methoden der Verbreitung dieser Ideologie des Marxismus-Leninismus. Ich möchte das eine reglementierte Ausbildungsmethodik nennen. Die SED-Parteischulen waren keine Stätten der politischen Bildung und Überzeugung, sondern der Indoktrination. Diskussionen über Inhalte und Grundsätze waren nicht zugelassen. Die Parteilinie war sakrosankt. Diskutieren durfte man nur darüber, wie man diese Anweisungen durchführt. Damit trat eine geistige Verdorrung ein, denn auf die Dauer lassen Menschen so etwas nicht mit sich machen – eine Ideologie studieren zu müssen, ohne sie diskutieren zu dürfen. Jeder Versuch, ungehindert zu diskutieren, eine These in Frage zu stellen, wurde sofort als „Abweichung“ deklariert. Abweichungen waren nicht zugelassen. Der Betreffende wurde dann zurechtgewiesen, und falls er darauf nicht sofort „parteiliniengemäß“ reagierte, einer entwürdigenden Kritik und Selbstkritik unterzogen.

Diese Kritik und Selbstkritik brach den Willen der auszubildenden Funktionäre, brach ihr eigenständiges Denken, führte zu einer Psychose der Angst und Unsicherheit und zur Furcht, sich durch eigene Gedanken in Gefahr zu bringen. Die Zielsetzung war deutlich: Auf Parteischulen sollten SED-Mitglieder und Funktionäre zu willenlosen gefügigen Instrumenten der Parteiführung ausgebildet werden. Es blieb allerdings nicht aus, daß manche der intelligenteren Mitglieder und Funktionäre während der Schulung manche Widersprüche der Ideologie erkannten, aber darüber nur mit vertrauenswürdigen Freunden sprachen (die sogenannten „Unter-uns-Gespräche“), auf öffentlichen Veranstaltungen aber die Parteilinie zum Ausdruck brachten. Dies führte zu Lüge, Zwiespalt und Verlogenheit. Diese Verlogenheit, die Trennung von privaten Diskussionen und öffentlichen Veranstaltungen, führte zu einem dauerhaften Zwiespalt, einem tiefen Zwiespalt der eigenen Persönlichkeit mit ernststen psychologischen Konsequenzen.

Der Zusammenbruch des Marxismus-Leninismus in der DDR

Im Herbst 1989 folgte der Zusammenbruch des Marxismus-Leninismus. Dieser Zusammenbruch war weitreichend, verlief schnell, lautlos und, zumindest anfangs, ohne Widerspruch. Typisch für diesen Zusammenbruch waren:

- Alle Thesen, Konzeptionen, Begriffe, Lehrbücher des Marxismus-Leninismus verschwanden über Nacht aus Presse, Rundfunk, Fernsehen, aus der gesamten öffentlichen Diskussion – und zwar nicht, weil es befohlen wurde, sondern weil sich kein Mensch mehr dafür interessierte. Das war übrigens nicht nur in den fünf neuen Ländern der ehemaligen DDR so, sondern in allen Ländern des einstigen Warschauer Paktes.

- Das Schulungsimperium mit dem gewaltigen Netz von SED-Schulen und FDJ-Schulen brach schneller und lautloser zusammen als alle anderen Komponenten des Systems. Es gab keine Widerstände, keine Protestaktionen, keine protestierenden Leserbriefe, keine Demonstrationen. Ich habe einige ehemalige Schulungseinrichtungen nach der Wende besucht, darunter die SED-Parteihochschule „Karl Marx“ und die FDJ-Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“. Ich bin hingegangen, um das Ende nachzuprüfen. Keiner der Funktionäre in den Schulen hat versucht, diese Einrichtungen gegen die Umfunktionierung zu verteidigen, keine Presse-Protesterkklärungen „Wir lassen uns unsere Schulungsstätten nicht nehmen“. Nichts dergleichen. Der Schulungs-Zusammenbruch war total. – Alle politischen Nachfolgeparteien, nicht nur in der DDR, sondern in allen ehemaligen Ostblockstaaten, benutzen weder den Begriff „Marxismus-Leninismus“ noch die vier „Hauptbestandteile“, also dialektischer und historischer Materialismus, marxistische politische Ökonomie und den „Wissenschaftlichen Kommunismus“, keine Hinweise auf die Konzeptionen der Ideologie noch auf die entscheidenden Begriffe. Alle Nachfolgeparteien haben einfach das Hemd des Marxismus-Leninismus ausgezogen.

Neue Probleme, neue Aufgaben

Ich würde jedoch vor der Schlußfolgerung warnen, der Marxismus- Leninismus sei für immer zusammengebrochen, die Demokraten könnten sich jetzt beruhigt in ihren Sesseln zurücklehnen.

Im Gegenteil – und das ist vielleicht die wichtigste These, die ich heute vermitteln möchte: Ich glaube nicht, daß mit dem totalen Zusammenbruch des Marxismus-Leninismus alle ideologischen Probleme endgültig überwunden sind. Gewiß: es gibt in den fünf neuen Ländern, wie in allen anderen Warschauer-Pakt-Staaten, keine nennenswerte Gruppierung oder Strömung, die den Marxismus- Leninismus insgesamt wieder herstellen möchte. Wohl aber gibt es, vor allem in den letzten Monaten, und wie mir scheint in steigendem Maße, Versuche, einige Konzeptionen des Marxismus-Leninismus zu retten bzw. wieder herzustellen. Mich beunruhigen vor allem folgende Erscheinungen:

- Versuche, die Geschichte der SED-Diktatur zu beschönigen, einige ihrer Postulate und Maßnahmen zu rechtfertigen.
- Versuche, den bürokratischen Unterdrückungscharakter des SED- Regimes ausschließlich durch die internationale Situation und den kalten Krieg zu rechtfertigen.
- Versuche, den „realen Sozialismus“ in der DDR als sogenanntes „frühsozialistisches Experiment“ darzustellen, das aufgrund von Fehlern gescheitert sei, aber die Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit, enthält, daß später einmal ein verbesserter realer Sozialismus verwirklicht werde.

- Versuche, den Zusammenbruch des DDR-Systems nicht durch den Unterdrückungscharakter, nicht durch die gesellschaftlichen Widersprüche, nicht durch den Massenwiderstand der Bevölkerung zu erklären – was der Wahrheit entspräche – sondern durch einen angeblichen Verrat Gorbatschows oder „Verrat der Sowjets“.
- Versuche, eine objektive Aufarbeitung der DDR-Geschichte zu verwässern, indem man die gesamte deutsche Geschichte seit 1933 einbezieht, die gesamten internationalen Beziehungen seit 1933 mit gleichartiger Schuldzuweisung an beide deutsche Staaten (Bundesrepublik und DDR). Dies zeigte sich besonders kraß im ausführlichen Interview mit Wolfgang Harich im „Neuen Deutschland“ (16.-17. Januar 1993). Aber das Groteskeste, was ich je im „Neuen Deutschland“ gelesen habe, war ein Beitrag vom 18. Januar 1993. Ich bin Abonnent, lese diese Zeitung sehr aufmerksam und bin fair gegenüber dem „Neuen Deutschland“. Ich leugne nicht, daß das „Neue Deutschland“ auch einige interessante Aufarbeitungen der DDR-Geschichte veröffentlicht hat.

Was jedoch am 18. Januar 1993 im „Neuen Deutschland“ erschien, nämlich das programmatische Dokument der von Wolfgang Harich geleiteten „Alternativen Enquete-Kommission Deutsche Zeitgeschichte“, stellt alles bisher Gewesene in den Schatten. Da werden acht Fragen formuliert, die im Mittelpunkt der historischen Forschung über deutsche Zeitgeschichte stehen sollen. Alles wird erwähnt – nur die DDR und SED nicht. Keine einzige Frage zur Entwicklung des DDR-Systems! Alles wird verwässert, um von den Realitäten der DDR abzulenken. Da ich für Wahrheit und auch wahrheitsgetreue Bezeichnungen bin, schlage ich vor, daß die „Alternative Enquete-Kommission Deutsche Zeitgeschichte“ sich umbenennt in „Propaganda-Kommission zur Verhinderung der Aufarbeitung der DDR-Geschichte“.

Schlußfolgerungen

Der Marxismus-Leninismus ist mitsamt seinen Schulungseinrichtungen, Lehrbüchern, Konzeptionen und Thesen zusammengebrochen. Dies aber bedeutet noch keinen endgültigen Sieg demokratischer rechtsstaatlicher Prinzipien. Das Problem existiert weiter und stellt sich dar durch Versuche, die DDR-Vergangenheit zu beschönigen und einer Analyse der Geschichte und des Studiums des Systems der DDR auszuweichen. Dies bedeutet, daß die geistig-politische Auseinandersetzung weitergeht – gewiß nicht in der früheren Form einer Frontalkritik am Marxismus-Leninismus. Das ist längst passé. Wir haben vielmehr die Aufgabe, deutlich Stellung zu beziehen gegenüber allen Versuchen, die SED-Diktatur zu beschönigen, ihren Unterdrückungscharakter zu verharmlosen, den diktatorischen Charakter durch die angebliche internationale Situation zu rechtfertigen und uns vor allem gegen die Dolchstoßlegende zu wenden, wonach an allem Gorbatschow schuld gewesen sei. Wir stehen vor neuen Aufgaben. Demokratische Historiker, Politikwissenschaftler

und Publizisten haben neue Schwerpunkte mit neuen Zielsetzungen in der politisch-ideologischen Auseinandersetzung – vor allem die Analyse und Aufklärung über die Geschichte und das System der DDR.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Mein Kompliment denjenigen, die dafür gesorgt haben, daß diese beiden Referenten heute hier vorgetragen haben. Mir hat es ausgesprochen Spaß gemacht, dem letzteren zuzuhören. Ich glaube, wir können gleich übergehen zum Referat von Professor Wilhelm Ernst.

Prof. Dr. Wilhelm Ernst: Also, Spaß bei Seite, Ernst komm her. Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Zerstörung personaler und sozialer Werte im Sozialismus,

so heißt mein Thema. Ich würde gerne anfangen mit folgendem Gliederungspunkt:

1. Von der Schwierigkeit, die Vergangenheit zu bewältigen.

Es geht ja hier um die Frage der Vergangenheit, ihre Bewältigung und Aufarbeitung.

Wer vierzig Jahre lang oder mehr in dem System gelebt hat, das sich als Sozialismus bezeichnete und sich mit Stolz erster sozialistischer Staat auf deutschem Boden nannte, der war, und damit möchte ich einleiten, von diesem System auf mehrfache Weise betroffen und der ist es bis heute. Er ist objektiv davon betroffen durch die Tatsache, daß er in diesem System leben mußte und, ob er wollte oder nicht, daß er nicht aus ihm heraus konnte und er auch damit rechnen mußte, daß er in diesem System sterben würde. Ich habe dreißig Jahre lang Staatslehre gelesen am Philosophisch-Theologischen Studium in Erfurt, dreißig Jahre lang Staatslehre, das muß man sich in dem System einmal vorstellen, denn wir waren ja vom Staat völlig unabhängig. Anfang der achtziger Jahre kamen die Studenten zu mir und sagten: Herr Professor, warum lesen Sie das eigentlich noch? Wir werden es in unserem Leben überhaupt nicht mehr erleben, daß irgendeine Änderung kommt.

Hier sehen wir zunächst die objektive und existentielle Betroffenheit. Als nächstes stellen wir fest, daß jeder auch personal und in seinem ganzen Lebensentwurf von diesem System betroffen gewesen ist. Ich sehe hier viele von denen, die mit uns alles durcherlebt haben. Wir sind alle davon betroffen gewesen. Das heißt, jeder mußte auf irgendeine Weise zu diesem System Stellung nehmen. Er konnte sich mit dem System, mit dessen Ideologie, mit der erlebten Wirklichkeit, identifizieren, und Wolfgang Leonhard hat zu Recht gesagt, daß es eine ganz große Gruppe gab, die das tatsächlich getan hat, und das sogar alles mit Überzeugung. Man konnte aber auch sein Leben in diesem System als unausweichliches Schicksal verstehen und versuchen, sich in diesem System so einzurichten, daß man an der Schwelle von Beruf und Erfolg Kompromisse machte. Man mußte schließlich zum Teil sein Gewissen dabei aufgeben, auch das haben viele getan. Schließlich blieb als dritte Möglichkeit

noch, sich von diesem System zu distanzieren. Von denjenigen, die das getan haben, sind heute hier eine ganze Menge anwesend.

Ich bin in Erfurt aufgrund der Berufung von zwei Ministerien Mitglied, auch Vorsitzender, der Evaluierungskommission an der Medizinischen Hochschule und durch Berufung des Innenministeriums auch Mitglied des Polizeiüberprüfungsausschusses, der für die ganze Thüringer Landespolizei zuständig ist. Wir haben dort eine ganz große Zahl von Anhörungen gehabt, von Professoren, von hohen Polizeibeamten, bis herunter zu den kleinen Angestellten. Ich habe bis heute niemanden gehört, von dem ich sagen könnte, er habe ein Geständnis von Schuld abgelegt, nicht einen einzigen. Jede dieser persönlichen Stellungnahmen hatte ja Konsequenzen. Man wurde bewußt Mitarbeiter, dadurch auch Mittäter, man wurde Mitläufer und dadurch ebenfalls, mehr oder weniger, auch Mittäter, oder man wurde entschiedener Gegner und dadurch mehr oder weniger erklärter Feind des Sozialismus. Es versteht sich von selbst, daß es für diese Entscheidungen sehr unterschiedliche Motive gab, die vielfach bedingt waren durch Weltanschauung, durch soziale, durch politische Herkunft, durch gesellschaftliche Entwicklung. Diese sehr differenzierte Sachlage macht heute die Aufarbeitung und die Bewältigung der Vergangenheit, noch mehr die Gestaltung der Zukunft, so außerordentlich schwer, sowohl in den neuen Bundesländern wie auch zunehmend in den alten, zumal zwischen beiden Gesellschaften momentan die Verständigungsschwierigkeiten eher anwachsen als abnehmen.

Erstens. Bewältigung der Vergangenheit und Erneuerung auf die Zukunft hin haben immer etwas zu tun mit der Beseitigung von objektiven Übeln in der Wirtschaft, in der Ökologie, in der Industrie, der Gesellschaft, der Infrastruktur.

Zweitens. Bewältigung der Vergangenheit und Erneuerung auf Zukunft hin haben immer auch zu tun mit der Bewältigung von Schuld. Sie können sicher verstehen, daß ich als Moraltheologe und als Ethiker, als Priester natürlich auch, gerade darauf zu sprechen kommen möchte. Über Schuld kann ein äußerer Richter nicht richten.

De internis non judicat praetor. Diese Bewältigung ist nur durch Umkehr zu erreichen, die wir als Christen *metanoia* nennen.

Drittens. Bewältigung von Vergangenheit und Erneuerung auf Zukunft hin haben schließlich und endlich etwas zu tun mit der Verletzung von Recht und Gerechtigkeit, mit dem Antasten der Menschenwürde und der Menschenrechte.

Mehr und mehr erleben wir gegenwärtig, daß Recht und Rechtsprechung nicht in der Lage sind, Gerechtigkeit zu schaffen. Das haben die Menschen in den neuen Bundesländern, glaube ich, gegenwärtig am schmerzlichsten erfahren. Sie verstehen nicht, welchen Sinn es hat, daß Repräsentanten des Unrechts zwar nicht freigesprochen, aber in die Freiheit entlassen werden. Nicht selten

stehen sie fassungslos im Rechtsstaat denen gegenüber, von denen sie noch vor einigen Jahren unterdrückt worden sind und die jetzt schon wieder ihre Vorgesetzten sind, freilich weniger im öffentlichen Dienst als in der Wirtschaft, aber vielfach auch im Bereich von Wissenschaft und Bildung.

Wir haben uns in unserem Lande bisher viel Zeit genommen für die Bewältigung der ökonomischen und der ökologischen Schäden, die der Sozialismus hinterlassen hat; ich glaube, das war auch nötig, wir hatten fast gar keine Zeit etwas anderes zu tun. Aber in den tieferen Fragen der geistigen und der ethischen Dimensionen, in denen doch gerade die tiefsten Verwüstungen und Verwundungen geschehen sind, haben die Prozesse des Nachdenkens und der Bewältigung, glaube ich, gerade erst angefangen. Das trifft besonders auch für die Kirchen zu. Geht das Fressen, wie schon so oft, wieder vor die Moral?

Damit stehe ich nun mitten in dem Thema, mit dem ich mich hier befassen soll, was aber die beiden Herren, die vor mir gesprochen haben, von ihrer Seite schon sehr deutlich getan haben, nämlich mit der Frage nach der Zerstörung personaler und sozialer Werte im Sozialismus. Voraussetzung für das Nachdenken über diese Frage ist, das ist meine Grundthese, eine grundlegende Einsicht der Menschheitsgeschichte, eine Einsicht, aus der eine allgemeinmenschliche Überzeugung erwachsen ist, nämlich, daß ohne eine personal begründete Anthropologie und ohne eine dementsprechende Gesellschaftstheorie kein überzeugend begründeter Konsens über personale und soziale Grundwerte und Grundrechte zu erreichen ist. Ohne sie, das ist die Folge dieser These, kann es eine human gelingende Gestaltung des Lebens nicht geben: weder im Bereich des individuellen Lebens noch des Gemeinschaftslebens, auch nicht in den kleinen, mittleren und großen Institutionen, denn diese sollen ja zugleich entlastend und befreiend sein. Jegliche Mißachtung dieser Dimensionen führt zu schweren Rückschlägen und Verfehlungen im Humanum. Der gescheiterte marxistisch begründete Sozialismus ist dafür das schlagendste Beispiel. Er konnte nicht gelingen, dies ist eine weitere These, weil er in theoretischer Hinsicht ein Irrtum war und in der praktischen Realisierung notwendig zu verheerenden Konsequenzen führen mußte.

2. Marxismus im Sozialismus: Die Frage nach der Menschenwürde und den Menschenrechten

Wie steht es eigentlich im Marxismus mit der Menschenwürde und den Menschenrechten?

Es gibt, das ist heute schon mehrfach erwähnt worden, viele, die meinen, es sei müßig, sich heute noch mit dieser Frage zu befassen, denn der Marxismus sei

längst auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet und habe nichts anderes als einen Trümmerhaufen hinterlassen.⁷⁴

Es ist richtig, daß der Marxismus als Einseitigkeitslehre, als Ideologie über Mensch und Gesellschaft, entlarvt ist. Trifft das auch für seine Wirkungsgeschichte im Sozialismus zu? Ich erinnere an all das, was Wolfgang Leonhard hier gesagt hat. Es gibt heute immer noch oder schon wieder Versuche, den Marxismus dadurch zu retten, daß man erklärt, der real vergangene Sozialismus sei nur eine leninistisch-stalinistische Fehlentwicklung der an sich richtigen Lehre von Marx gewesen. Meiner Meinung nach sind solche Versuche fehlgeschlagen und schlagen fehl. Sie können nicht darüber hinwegtäuschen, daß Marx' Lehre vom Menschen bereits alle jene Möglichkeiten der Verletzung menschlicher Würde in sich enthält, die von den Herrschenden, als sie die Macht errungen hatten, auch vorgenommen wurden. Selbst heutige Marxisten, die Marx noch verteidigen, geben zu, daß Marx den „Einfluß des geistigen Lebensprozesses auf die Menschheitsentwicklung . . . marginalisiert“ und dadurch die Bedeutung der Menschenrechte unterschätzt habe.⁷⁵ Das sind sehr wohlwollende Interpretationen. Gegenüber diesen ist eindeutig festzuhalten, daß Marx die Menschenrechte keineswegs nur marginalisiert oder sie möglicherweise vergessen hat. Richtig ist vielmehr, daß sie sich aus seiner Theorie gar nicht ergeben. Es ist Marx in seiner Motivation immer um den Menschen gegangen. Seine Motive waren durchaus ehrenwert. Aber sein tragischer und folgenreicher Irrtum bestand darin, daß mit seinem Denkansatz die Idee der Menschenwürde und die Existenz von Menschenrechten, die jeder konkreten Gesellschaft vorgegeben und aufgegeben sind, nicht vereinbar ist. Das ist die Grundthese. Wenn, wie Marx behauptet, das menschliche Wesen in seiner Wirklichkeit nichts anderes ist als „das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“, dann ist es überflüssig, von menschlicher Person und menschlicher Würde zu sprechen, dann ist es aber auch überflüssig, vom Menschen als „Zweck an sich selbst“ (Kant) zu sprechen, denn dieses Verständnis von Person und von Menschsein gibt es bei Marx nicht. Wenn aber, wie Marx irrtümlicherweise behauptet, der Mensch nur das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse ist, dann konnten sich diejenigen, die seine Lehre in Anspruch nahmen als sie die Macht hatten, natürlich auch auf Marx berufen, und das haben sie fleißig getan. Das heißt also: die Theorie von Marx erlaubte es, den Menschen zu instrumentalisieren. Statt ihn, das ist die Grundaussage, als Subjekt anzuerkennen und zu respektieren, als Vorgegebenes, läßt sie ihn zum Objekt werden. Damit ist sie von ihrem ganzen Ansatz her im Grunde eine menschenfeindliche Theorie.

74 So P. Ehlen: Was ist von der Marxschen Lehre geblieben? Stimmen der Zeit 208 (1990) 816–826.

75 So H. Klenner: Was bleibt von der Marxistischen Rechtsphilosophie? In: W. Maihofer/G. Sprenger (Hrsg.): Praktische Vernunft und Theorien der Gerechtigkeit. XV. Weltkongreß der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie. Göttingen 18.-24. August 1991 (ARSP Beiheft Nr. 50), Göttingen 1992, 11–19, hier 12.

3. Umwertung und Zerstörung der Werte

Mit der Instrumentalisierung der Person – den Begriff Person gibt es im gesamten Philosophischen Wörterbuch der DDR übrigens nicht, sondern nur noch den Begriff der „sozialistischen Persönlichkeit“ – verbindet sich eine Instrumentalisierung und Umwertung auch der Werte. Wie nämlich die sozialistische Persönlichkeit sich erst auf der Grundlage und in Abhängigkeit von den gesellschaftlichen Verhältnissen entwickelt, so auch die sozialistische Moral, sie wird dann Überbau. Ich zitiere aus dem Philosophischen Wörterbuch von Klaus und Buhr: „Sozialistische Moral – das ist die Gesamtheit der sittlichen Werte und Normen (wollen Sie bitte die Häufigkeit des Wortes „sozialistisch“ beachten), die aus dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse, aus den Erfordernissen und Bedürfnissen des sozialistischen Aufbaus, insbesondere der sozialistischen Arbeit und des neuen sozialistischen Gemeinschaftslebens erwachsen sind und erwachsen und die auf die Festigung und ständige Höherentwicklung der sozialistischen Gesellschaft . . . gerichtet sind.“⁷⁶ Sittliche Grundsätze, die das Menschenbild des Sozialismus ausmachen, sind die bereits im Programm der SED von 1963 in bewußtem Gegensatz zur jüdisch-christlichen Überlieferung formulierten „Zehn Gebote der sozialistischen Moral.“ Im Vorfeld der Aufstellung dieser Prinzipien hatte Walter Ulbricht in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre erklärt, ich erinnere mich noch genau daran, wie er das gesagt hat, in der DDR sei das Wort von Goethe Wirklichkeit geworden: „Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein!“ War er wirklich davon überzeugt oder verschloß er nur die Augen vor der in dieser Zeit ständig steigenden Massenflucht, die bekundete, daß man eben in diesem Land doch wohl nicht so Mensch sein wollte oder konnte, wie man sich als Mensch verstand?

Von wesentlicher Bedeutung für das Verständnis der Indoktrination der sozialistischen Ideologie und ihrer Wertvorstellungen ist eine Reihe von Ereignissen, die alle von dem Ziel geleitet waren, eine materialistisch begründete einheitliche sozialistische Gesellschaft zu schaffen. Davon ist heute fast noch gar nicht gesprochen worden. Von diesem Ziel ist die Partei, obwohl es auch Krisen und Rückschläge gab, die wir alle miterlebt haben, niemals abgewichen. Zu nennen sind etwa: die Umgestaltung der Eigentumsordnung, die atheistische und antichristliche Propaganda, die Einrichtung der Jugendweihe, die Beschränkung der Elternrechte, das Herausdrängen des Religionsunterrichts aus den Schulen, die Errichtung des einheitlichen Erziehungs- und Bildungssystems, die Einschleusung der Stasi in die kirchliche Jugend und die wachsenden Repressionen gegen die ganze Bevölkerung bis zum Mauerbau. Von 1961 verschärfte sich die Gängelung und Bevormundung durch die Kulturpolitik (das „berühmte“ 11. Plenum von 1965); 1967 wurde, wozu hier schon etwas gesagt wurde, der Marxismus zur wissenschaftlichen Weltanschauung

⁷⁶ Philosophisches Wörterbuch (hrsg. von G. Klaus/M. Buhr) Bd. 2, Leipzig, 8. Aufl. 1971, 748.

erklärt, im gleichen Jahr erfolgte – gleichsam als Menetekel der atheistischen Weltanschauung – die Sprengung der Leipziger Universitätskirche; 1968 gab es eine neue Verfassung, die weit hinter die von 1949 zurückfiel, wie ja auch Leonhard schon bemerkt hat; 1974 wurde durch Verfassungsänderung festgeschrieben, daß die DDR jetzt nicht mehr nur eine „sozialistische“, sondern eine „entwickelte sozialistische Gesellschaft“ sei.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Entschuldigen Sie bitte, Herr Professor, meine Unhöflichkeit, aber mir bleibt nichts anderes übrig als die anwesenden Abgeordneten darauf hinzuweisen, daß die namentlichen Abstimmungen gerade eben eingeläutet worden sind. Ich unterbreche also diese Anhörung hier, warten Sie bitte ein paar Minuten. (Kurze Pause)

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Nun haben wir die Sitzung unterbrochen und, Herr Professor Ernst, ich hoffe, daß das dem Fortgang auch der Aufmerksamkeit nicht schadet. Sie erhalten das Wort.

Prof. Dr. Wilhelm Ernst: Schönen Dank. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hoffe, daß Sie eine gute Abstimmung hatten im Bundestag zum Wohl des Volkes, zum Gemeinwohl. Ich darf mir erlauben, einfach da fortzufahren, wo ich vor der Pause aufgehört habe.

Zunächst zu den äußeren Ereignissen, die zu unserem Thema wichtig sind.

Ich hatte zuletzt die Verfassung genannt. 1974 wurde durch Verfassungsänderung festgeschrieben, daß die DDR jetzt nicht mehr nur eine „sozialistische“, sondern eine „entwickelte sozialistische Gesellschaft“ sei. Zuvor war 1971 das Jugendgesetz erlassen worden, das zur Wehrerziehung verpflichtete; ihm folgte 1980 das Gesetz über den Wehrunterricht an den Schulen als Pflichtfach und etwas später, auf Initiative der SED, die Gründung der Freidenkerbewegung, die versuchte, sich sehr breit zu machen und den Menschen, die weltanschaulich nicht gebunden waren oder sich nicht binden wollten, eine Hilfe zu geben. Auf dem scheinbaren Gipfel der Macht, hier komme ich auf ein Gesetz zurück, das Herr Leonhard vorhin sehr deutlich herausgestellt hat, als die DDR schon innerlich zerrüttet war und die Wirtschaft völlig am Boden lag, verkündete Erich Honecker als ersten Satz der Parteitaglosungen: „Das Werden und Wachsen der DDR entspricht dem Gesetz der Weltgeschichte!“ Ich habe mir diese Losung damals ausgeschnitten und ein Jahr lang ans Bücherbord gehängt. Doch die Weltgeschichte verlief anders – oder waren es vielleicht doch die Menschen – sie erlaubten sich, die Weltgeschichte zu ändern oder nicht das als Gesetz anzusehen, was Honecker meinte. Sie ließen die DDR, da bin ich mit Leonhard einer Meinung, sang- und klanglos aus der Weltgeschichte verschwinden, sang- und klanglos.

Ich möchte nach der Darstellung dieser äußeren Ereignisse auch noch die inneren Zusammenhänge betrachten. Wenn auch das Gesetz der Weltgeschichte anders entschieden hat, so lassen doch die Entwicklungen innerhalb der früheren DDR-Zeit deutlich werden, in welchem Maße – und das wird,

meiner Meinung nach, häufig nicht genügend gesehen – die Ideologisierung der Gesellschaft vorangetrieben und auf Werte verpflichtet werden sollte, die zu einer Zerstörung des Humanum führten.

Nicht die eigentlich humanen Werte wurden verkündet, nicht der Wert der personalen Freiheit, nicht der Wert der sittlichen Selbstbestimmung, nicht der Wert der freien Meinungsäußerung, nicht der Wert der Verantwortung vor dem eigenen Gewissen. Das Wort „Gewissen“ ist ein sehr spätes Wort in der ganzen Geschichte. Verkündet wurden auch nicht die sozialen Werte der uneingeschränkten Solidarität – das Wort „Solidarität“ ist im Philosophischen Wörterbuch nur unter dem Begriff „solidarischer Internationalismus“ zu finden – d. h. „Solidarität“ lehrte den Haß gegenüber allen, die nicht sozialistisch denken. Verkündet wurden nicht die Werte der Mitbestimmung, der freien Vereinigung von Gruppen, von Verbänden, von unabhängigen Gewerkschaften, sondern die Forderung nach unbedingter Ergebenheit gegenüber dem sozialistischen Staat. Dieser aber war nur Werkzeug einer einzigen Partei, die – das ist entscheidend – den Alleinanspruch auf die Wahrheit und auf den ganzen Menschen erhob. Die Betonung „auf den **ganzen** Menschen“ ist hier sehr wichtig, denn „Die Partei, die Partei hat immer recht!“ Sie wußte, was für den Menschen gut und richtig ist; sie setzte ihre Ziele auch durch mit den Mitteln der Überwachung, des Aushorchens, des Vertrauensbruchs, der Lüge und wenn nötig, auch mit den Mitteln des parteilich konzipierten Rechts. Denn auch das Recht war nicht ein unabhängiges Recht, sondern positivistisch parteilich aufgebaut.

Diese Instrumentalisierung aller Werte zu bloßen Dienstwerten und der Mißbrauch der Macht und des Rechts hat in der Bevölkerung schon früh den Verdacht aufkommen lassen, daß es den Mächtigen und ihrer Partei nicht um das Humanum in dem beschriebenen Sinne ging, sondern um die Durchsetzung von ideologisch besetzten Interessen. Sie spürte, daß ihre Meinung, ihre Überzeugung, ihre Eigenverantwortung ideologisch umgebogen werden sollte zu blindem Vertrauen in die von der Partei vorgegebenen Ziele. Selbständiges Denken, kritisches Hinterfragen oder gar Widerstand konnten den Zugang zur Oberschule, zur Hochschule unterbinden; Wahrhaftigkeit konnte existenzgefährdend sein; Treu und Glauben konnten zum eigenen Schaden gereichen.

4. Auswirkungen und Ausblick auf die Zukunft

Wer als Zeitzeuge in einer anderen Lage war als die Menschen, auf die der totalitäre Staat einen stärkeren Zugriff hatte, und ich zähle mich dazu, ich zähle mich zu den Zeitzeugen, auf die der totalitäre Staat nicht einen solchen Zugriff nahm wie auf andere Menschen, tut sich schwer im Zeugnis über andere, in der Bewertung ihres Verhaltens oder gar in der Verurteilung von Personen. Deswegen bin ich vielleicht wenig geeignet, die genaue Wirklichkeit wiederzugeben. Die Wirklichkeit können nur diejenigen wiedergeben, die dort

geboren sind und nie eine Chance hatten, in ihrem Leben jemals aus diesem System herauszudürfen; bis auf die letzten Jahre, wo dann die Rentner reisen durften.

Ich bin gebürtiger Westfale und bin 1953, nach dem 17. Juni, freiwillig in die DDR übergesiedelt und hatte dann, ab 1962 bis heute, einen Lehrstuhl für Moralthologie und Ethik incl. Gesellschaftsethik inne. Daher hatte ich die einzigartige Möglichkeit, christliche Staatslehre zu vertreten. Auf mich nahm die DDR also nicht einen solchen Zugriff wie auf andere, die sie völlig in der Hand hatte und die nicht heraus konnten. Deswegen tue ich mich auch schwer, das Verhalten anderer zu bewerten oder sie zu beurteilen. Was man aber wohl mit einiger Sicherheit sagen kann, ist, daß die ganze Wirklichkeit des Lebens in der früheren DDR etwas von Schizophrenie an sich hatte. Dem weitaus größten Teil der Menschen war bewußt, daß mit dem ganzen System etwas nicht stimmte, aber viele sahen keinen anderen Ausweg und paßten sich einfach an. Sie wußten, was von ihnen verlangt wurde. Es wurde zur Selbstverständlichkeit, daß man zweigleisig lebte. Herr Leonhard hat das herausgestellt. Man denke nur einmal an diese ungeheure Verlogenheit allein in der Weitergabe von Planziffern. Alle Pläne waren zu 105 bis 110 % übererfüllt und jeder wußte, daß er log. Ich denke an die Doppelmoral im öffentlichen Leben und in der Familie. Die Lehrer fragten die Kinder in der Schule „Hast du gestern Abend ferngesehen?“ und ließen die Fernseh-Uhr auf die Tafel malen, und wenn es die Uhr des ZDF oder der ARD war, dann wußte man, dort wurde Westfernsehen geguckt. Ich denke an die Doppelmoral in der Öffentlichkeit und in der Familie, an das Nachbeten von Phrasen in der Schule oder in Seminaren an der Universität, ich denke auch an die Weitergabe von formelhaften Phrasen im Genitiv, der russischen Sprache entsprechend, durch Lehrer und Professoren, ich denke an die Untertänigkeit, die hilflose, die machtlose, gegenüber Behörden und Staatsapparat.

Kann die geistige und ethische Bewältigung der Vergangenheit, und um die geht es mir vornehmlich, uns die Bilder vergessen lassen, die zeigen, daß die Herrschenden bei Vorbeimärschen nicht nur von Stasi und Partei, sondern millionenfach bejubelt worden sind? Was macht einer heute mit den Bildern, die ihm zeigen, wie er in Uniform, mit Fahne, Transparent, mit Orden und Ehrenzeichen geschmückt, mit einem makaber fähnenschwenkenden Kind auf den Schultern, den Mächtigen zujubelt, und was macht er mit den Bildern, die ihn später, in Leipzig, in Berlin oder sonstwo das Gegenteil bejubelnd zeigen? Ist das schon aufgearbeitet oder wird das einfach verdrängt? Ein Problem, das Wolfgang Thierse immer wieder herausstellt.

Zu der Wirklichkeit des Lebens in der früheren DDR gehört auch das Jonglieren zwischen dialektischem und praktischem Materialismus: das öffentliche Bekenntnis zum dialektischen Materialismus von Montag bis Freitag, wo man sagte, was gefordert wurde, und die Flucht aus dem

Sozialismus in einen ganz brutalen privatistischen praktischen Materialismus am Wochenende, dazu noch unter Mitnahme all dessen, was man die Woche durch „organisiert“ hatte.

Schließlich gehört in diesen Rahmen auch das Nachdenken darüber, wie es möglich war, daß ein so rasanter Schwund an sittlicher und religiöser Substanz geschehen konnte. Ist es eine Auswirkung der permanenten ideologischen Indoktrination? Ich denke an den Traum von Raskolnikow, der träumt, daß im nächsten Jahrhundert, in der Mitte des nächsten Jahrhunderts, eine Seuche vom Osten ausgehen wird, die sich wie Trichinen in den Gehirnen der Menschen festsetzt und sich immer weiter ausbreitet, so daß schließlich niemand mehr weiß, was gut und böse, was wahr und falsch ist. Im Traum von Raskolnikow sagt dieser: „Am Ende sind es nur noch die, die reinen Herzens sind, von denen die Rettung ausgeht“. Ähnlich kann man sich die Folgen dieser ständigen Indoktrination vorstellen, auch als eine Folge des Transzendenzverlustes. Dieses Phänomen ist in der europäischen Geschichte einzigartig. Von den 90 % Christen im Jahre 1946 in der Bevölkerung sind 1989 noch 20 bis 25 % übriggeblieben. Hat hier die Umwertung der Werte im Sozialismus und die Leugnung der Transzendenz doch ihre großen Erfolge oder ist der Transzendenzverlust und der Werteverlust einfach ein Phänomen unserer Zeit? Wenn dem so wäre, wäre es höchst dringend, daß man sich damit auch in der geistigen und politischen Kultur befaßte.

Wohl mit Recht hat kürzlich ein evangelischer Superintendent im MDR gesagt: „Wir haben die Schlacht um die Jugendweihe verloren“. Und er fügte hinzu: „Am Ende standen wir als Kirche kurz vor dem Aus“. Als in den siebziger und achtziger Jahren der Glaube, besonders auf den Dörfern, immer mehr ausblutete, rief der Bischof von Erfurt seinen katholischen Christen zu, die dort noch ganz vereinzelt in den Dörfern lebten, sie sollten doch in die Städte ziehen, denn die größere Gemeinschaft mit anderen Christen könne ihnen mehr Halt geben. Zu dieser Zeit lebten die Christen nicht nur in einer sozialistischen Gesellschaft, sondern – und das ist wohl jetzt noch entscheidender – weithin in einer auch säkularisierten Gesellschaft. Das ist auch nach der Wende in hohem Maße so geblieben.

Als ich 1989 kurz vor Weihnachten zum erstenmal wieder nach Westberlin konnte, um dort mit einer Kommission der Deutschen Bischofskonferenz zusammenzutreffen, sie bestand aus Bischöfen, Theologen und Wirtschaftlern, hatten damals schon die Wirtschaftler die neuen Konzepte für die Zukunft in der Hand und wollten uns alles vortragen und uns sagen, wie es jetzt in der DDR weitergehen wird. Ich habe damals über die Zustände in der DDR berichtet. Am Schluß fragten die Wirtschaftler, alles berühmte Professoren, „Ja Herr Professor, was kostet das denn?“ Meine Antwort war: „Ja, in den nächsten drei Jahren vielleicht so um die 600 Milliarden Mark.“ Diese Summe haben wir inzwischen lange überholt. Die Professoren haben damals ihre Pläne

wieder in die Tasche gesteckt. Ein Bischof fragte mich, wenn das alles so zerbrochen sei, dann müßte doch jetzt ein ungeheurer Zulauf zu den Kirchen zu verzeichnen sein. Das Gegenteil ist der Fall. Ich denke, eine tiefgreifende Erneuerung ist nach menschlichem Ermessen nicht zu erwarten, wenn nicht vorrangig zu den notwendigen Aufgaben des Wirtschaftlichen, Ökologischen usw. eine Erneuerung des Denkens und der sittlichen Einsicht einsetzt, in welcher an die Stelle des Habens das Sein tritt – ich wiederhole hier Wörter, die wir alle aus der Literatur kennen – an die Stelle des Strebens bloß nach materiellen Gütern die Suche nach sittlichen Werten tritt, die das Menschsein erst zu einem human gelingenden Menschsein werden lassen.

Die Gesellschaft, in der wir jetzt leben, ist ein freiheitlich und demokratisch verfaßtes Gemeinwesen, eine pluralistische Gesellschaft. Dieser Pluralismus wird in Zukunft auch unser Schicksal sein. Aber auch hier muß jeder nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden, welchen Werten er in seinem Leben den Vorrang geben will. Über die Bewältigung der Vergangenheit hinaus geht es in der einen, aber noch nicht einigen, Gesellschaft um das gemeinsame Suchen nach dem, was uns verbindlich verbindet. Es geht nicht um Beliebigkeit, sondern um ein Leben in verantworteter Freiheit. Das ist ein schwieriger Prozeß. Es ist eine große Herausforderung, aber auch eine große Chance. Wir haben eine solche Herausforderung in unserer Geschichte noch nicht gehabt. Wir haben aber auch eine solche Chance noch nicht gehabt. Und es wäre schlimm, wenn wir sie vertun würden. Ich habe keine Patentrezepte, wie niemand anders auch. Es wäre auch schlimm, wenn man das hätte. Sicher ist nur, daß die Werte, die uns das Leben lebenswert machen lassen, in einem kommunikativen Prozeß gefunden werden müssen, in welchem überzeugend begründete Handlungsmaximen und Orientierungen erstellt werden müssen, die in gelebter Verantwortung zu größerer Freiheit führen. Bei all dem muß eines unverrückbar Geltung haben: Ursprung, Träger und Ziel aller Bemühungen, aller Institutionen, ist und muß immer der Mensch sein. Von höchster Wichtigkeit ist, daß dies alles – und hier sind Defizite – den jungen Menschen vorgelebt und vermittelt wird, so daß sie es auch annehmen und leben können und nicht als etwas Verfremdendes erfahren. Dies gehört zu unserer ethischen und politischen Kultur. Und darum bin ich froh, daß ich zum ersten Mal vor einem solchen Gremium auch von Politikern sprechen darf. Wenn uns das, meine Damen und Herren, nur ein wenig besser gelingt als bisher, als in der Vergangenheit und auch in der Gegenwart, dann dürfen wir sicher darauf vertrauen, daß wir eine gute gemeinsame Zukunft haben.

Ich bin davon überzeugt, daß es vielen Christen in unserem Lande ähnlich geht wie mir, nämlich so: Wir haben immer aus der Überzeugung gelebt, daß das System des marxistischen Sozialismus nicht überdauern würde, aber wir haben nicht damit gerechnet, daß dies, das geben wir zu, so schnell und so ohne jede Würde zusammenbrach. Wie seit der Wende jeden Tag, so bete

ich auch heute noch an jedem Morgen, den Gott mir schenkt: lieber Gott, ich danke Dir, daß ich das noch erleben durfte. Ich danke Ihnen.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Herr Professor Ernst, wir danken Ihnen für diesen Vortrag, mit dem Sie die Sicht eines Menschen geschildert haben, der aus Biographie und sicherlich auch geistiger Verankerung so etwas wie einen archimedischen Punkt in dieser Gesellschaft und gleichwohl außerhalb ihrer gefunden hat. Meine Damen und Herren, wir haben nicht lange Zeit für die Diskussion, denn, bitte verstehen Sie, ich werde sehr auf die Zeit achten, die wir ja in so reichem Maße schon eingebüßt haben, für das Wohl des Volkes. Ich bitte um Wortmeldungen für die Diskussion. Als erster hat sich Herr Faulenbach gemeldet.

Sv. Dr. Bernd Faulenbach: Es stehen alle Referate zur Diskussion. Zunächst zu dem Referat von Herrn Löw. Ich weiß nicht, ob wir tatsächlich weiterkommen, wenn wir Marx so interpretieren, wie Sie das tun. Mich hat Ihre Darstellung erinnert an die Art, wie die SED Marx interpretiert hat. Sie haben bestimmte Zitate zusammengetragen und die jeweiligen historischen Kontexte dabei außer acht gelassen. Ich plädiere dafür, Marx zu historisieren, d. h. ihn im jeweiligen Kontext zu sehen. Es gehört einfach dazu, bei einem Zitat zu sagen, aus welcher Auseinandersetzung etwa ein bestimmtes Votum, eine bestimmte Formulierung stammt. Dieses Vorgehen nur über Dogmen führt jedenfalls bei der historischen Würdigung der Figur von Marx in die Irre. Die historische Würdigung von Marx muß die jeweiligen Diskussionskontexte und die jeweiligen Zeithorizonte vollständig einbeziehen. Natürlich haben Sie dies auch aufgrund der Kürze der Zeit nur bedingt tun können.

Ich will es mal so sagen, es spricht manches dafür zu sagen, daß Marx eben kein Marxist war. Man kann ihn nicht nur von der Warte, was nachher kommt, sehen, sondern man hat ihn auch in die historischen Zusammenhänge zu stellen.

Zweite Bemerkung: Natürlich ist es von Relevanz, wie Marx interpretiert, wie er rezipiert worden ist. Insofern macht es Sinn, die Marxrezeption und den Marxismus aufzuarbeiten, nur führen dann die Linien nicht nur zu Lenin, sondern z. B. auch zu Kautsky. Kautsky hat nie von der Diktatur des Proletariats gesprochen – das spielt im kautskyanischen Marxismus keine Rolle, abgesehen davon, daß Kautsky zu den ausgesprochen pointierten Kritikern der sowjetischen Entwicklung gehört. M.a.W. wir können doch bei einer nüchternen historischen Betrachtung den Marxismus nicht auf diese eine Linie zu Lenin hin verengen. Neben Kautsky wären dann auch Bernstein und andere zu nennen. Das paßt alles nicht in dieses etwas enge Bild. Ich möchte also davor warnen, Marx so eng vom DDR-Marxismus-Leninismus her zu interpretieren, wie das hier gemacht worden ist.

Dritte Bemerkung: Im Hinblick auf die Rolle des Marxismus-Leninismus in der DDR, die im Zentrum des Referats von Wolfgang Leonhard stand, würde

ich, ähnlich wie er, sagen, wir müssen zunächst die legitimatorische Funktion des Marxismus-Leninismus sehen. Zudem hat der Marxismus-Leninismus in der DDR auch eine kontrollierende Funktion gehabt in der Weise, daß er nur bestimmte Positionen zuließ. Er hat ein Feindbild geliefert. Das gehört sicher auch zu den Funktionen des Marxismus-Leninismus. Er hat viertens auch eine gewisse motivierende Funktion für manche Leute erfüllt. Und fünftens hat er sicher auch eine verdrängende Funktion eingenommen, indem er andere Positionen weggedrängt hat. So könnte man etwa die verschiedenen Funktionen beschreiben.

Ist es aber nicht doch so, daß im Laufe der Zeit möglicherweise bestimmte Verschiebungen in den Funktionen eingetreten sind? Anders formuliert, hat nicht die Bedeutung des Marxismus-Leninismus mit der Zeit abgenommen? Man kann etwa im Hinblick auf die Legitimationsbedürfnisse erkennen, daß man auch andere Elemente als Legitimationsmittel herangezogen hat. Man denke an den Antifaschismus, der zum Teil mit dem Marxismus-Leninismus kombiniert wurde, aber eben doch etwas Eigenes war und als Legitimationsmittel diente. Oder an die Erbe- und Traditions-Diskussion in den siebziger und achtziger Jahren. Diese ist doch nur verständlich auf dem Hintergrund des Erlahmens des Marxismus-Leninismus als eines legitimatorischen Mittels.

Insgesamt muß man sagen, daß der Marxismus-Leninismus selbst in seinen legitimatorischen Funktionen im Laufe der Entwicklung an Bedeutung nachläßt. Und wenn dies so ist, worauf würden Sie, Herr Leonhard, dies zurückführen, dieses Nachlassen der Fähigkeit des Marxismus-Leninismus, Legitimation in diesem System zu beschaffen?

Allerletzte Bemerkung zu Herrn Ernst. Die Schwierigkeit der gegenwärtigen Konstellation wird natürlich auch dadurch bestimmt, daß es bestimmte politisch-moralische Krisenphänomene der Gesamtgesellschaft gibt. Das verschärft die Situation. Wir müßten also, wenn wir nach politisch-moralischer Erneuerung fragen, natürlich auch die westliche Gesellschaft etwas kritischer in den Blick nehmen.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Herr Faulenbach hat sich gerade eben an fünf Minuten gehalten. Ich bewerte jetzt alle Diskussionsreden nur danach, wie kurz oder wie lange sie dauern. Ich werde jedem dankbar sein, der diese Zeit auch noch unterschreitet. Ich habe noch fünf Wortmeldungen, jetzt sechs. Sie werden anschließend die Gelegenheit erhalten, sich dazu zu melden. Als nächstes ist Frau Michalk an der Reihe.

Abg. Frau Michalk (CDU/CSU): Ich habe zwei Fragen, ich möchte also keine Kommentare abgeben, sondern lediglich zwei Fragen stellen. Meine erste Frage geht an Professor Leonhard und an Professor Ernst und die zweite hätte ich gern nur von Professor Ernst beantwortet.

Es geht mir um die Jugendweihe. Wir wissen ja, daß die Jugendweihe in der

DDR einen marxistisch-leninistischen Ansatz hatte, und daß man im Laufe der Zeit das Gelöbnis, den Gelöbnisspruch, geändert hat. Man mußte später nicht mehr die marxistisch-leninistische Weltanschauung anerkennen, sondern das Gelöbnis war umfunktioniert worden zu einem allgemeinen Bekenntnis zum Staat, wahrscheinlich um auch christlich orientierten Kindern diesen Weg zu erleichtern, was zum Teil auch gelungen ist. Wie erklären Sie sich auf diesem Hintergrund, daß, nachdem jetzt die Grundlagen völlig zusammengebrochen sind, die Jugendweihe sich nach wie vor großer Beliebtheit erfreut, sogar im zunehmenden Maße?

Und die zweite Frage, sie geht nur an Herrn Professor Ernst. Sie haben gesagt, daß die Kirche am Ende des Sozialismus vor dem Aus stand und Sie schlußfolgerten, und das war ja auch so, daß dann der Zuspuch in der Not sehr groß war. Wie kommt es aber dann, daß der Zulauf zu den Kirchen immer mehr zurückging, so daß wir jetzt eigentlich sagen können, vor allen Dingen in den evangelischen Kirchen, daß der Ausgangspunkt fast wieder erreicht ist. Hat das wirklich nur etwas mit dem Werteverlust der Gesellschaft zu tun bzw. ist das nur ein Phänomen dieser Gesellschaft? Oder hängt es an den Lebensgewohnheiten, hat es also etwas mit Gewohnheiten zu tun, sind die Wurzeln wirklich so tief zu suchen? Von der Antwort auf diese Frage hängt meiner Ansicht nach auch der Ansatz für die Lösung ab, um ein besseres werteorientiertes Verhalten in der Gesellschaft zu erreichen. Vielen Dank.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Danke schön, Frau Michalk, auch dafür, daß Sie so erfreulich kurz gesprochen haben. Herr Professor Wolf.

Sv. Prof. Dr. Herbert Wolf: Wir haben heute mit dieser Anhörung mit dem Themenkreis 2 begonnen, der aus meiner Sicht sehr viel Anforderungen an uns stellt. Es ist richtig, jedes totalitäre System bedarf einer ideellen Maschinerie, es muß anknüpfen an bestimmte Vorstellungswelten, an bestimmte Befindlichkeiten der Menschen, sonst können diese nicht gewonnen werden, und sei es auch nur teilweise oder zeitweise. Das System selbst bedarf natürlich auch einer gewissen Leitlinie, wie es arbeiten will, wohin die Richtung gehen soll usw. Wenn wir uns mit dieser Frage beschäftigen, ist offenkundig, daß ein wesentliches Moment der Aufdeckung des Mechanismus, wie dieses SED-Regime funktioniert hat, in diesen Fragen zu suchen ist. Die Verführung aber ist außerordentlich groß, und ich glaube wir sind ihr hier und heute nicht ganz entgangen. Es ist sehr kurzschlüssig, wenn gesagt wird, in der DDR wurde die marxistische Ideologie praktiziert. Und dann scheint alles klar. Wer oder was war aber nun Marx? Sicher eine Person mit Schwächen.

Ich möchte eher dem Ansatz von Professor Weber und auch von Herrn Leonhard folgen. Man kann ja schließlich das ideelle System, welches hier eine Rolle gespielt hat, nicht herauslösen aus den geistigen Entwicklungen der letzten Jahrhunderte, insbesondere unseres Jahrhunderts. Es macht einen

riesigen Unterschied, ich kann das schon mit einiger Sachkunde sagen, ob man dieses Theoriensystem nur vom Aspekt der Instrumentalisierung sieht oder nur in der Funktion zur nachträglichen Begründung von Politik oder gar zum Zweck ihres vorherigen Entwerfens. Dabei kann dieses theoretische System noch weiter umgesetzt werden im Sinne der Ideologiebildung, der Indoktrinierung usw. usf.

Die Methoden dazu waren unterschiedlich. Es geht hier darum, dies aufzudecken. So haben z. B. Versatzstücke ohne näheren sachlich-zeitlichen Zusammenhang oder die Auswahl von Zitaten, welche gerade passend waren, oder eben subjektive Interpretationen bestimmter Stellen bis hin zur Versimplung, zeitweilig eine große Rolle gespielt. Das entspricht jenen Teilfunktionen, von denen Herr Professor Weber sprach. Meine Meinung ist deshalb: So einfach, wie in einigen Referaten dargestellt, können die Schlußfolgerungen zur Rolle der Theorie nicht gezogen werden. Etwa in der Weise: Das ist also eine Diktatur des Proletariats gewesen und infolgedessen ist die SED im direkten Sinne verantwortlich, oder: die DDR war ein marxistischer Staat. Das ist meiner Meinung nach wirklich ein Unbegriff, „marxistischer Staat“, nebenbei bemerkt. Ich mache mich anheischig, im Sinne unseres Anliegens hier in der Enquete-Kommission, wenigstens sechs bis acht wesentliche Dinge zu nennen, aus denen hervorgeht, daß ganz gezielt zum Zwecke der zeitweiligen Machtbegründung, zur Machterhaltung, genau das Gegenteil von dem getan wurde, was nach Marx geboten gewesen wäre. Herr Professor Weber hat doch recht, wenn er sagt, daß statt historisch, im Sinne des historischen Materialismus, idealistisch an die Sache herangegangen wurde. Viele Dinge, die Gesetzestheorie, die Frage der Demokratie und Diktatur, wurden so extrem entstellt, von der Ausgangsposition her, daß sie mit Marx nicht mehr viel zu tun hatten. Ich glaube, das sollten wir nicht außer acht lassen. Ich will mich jetzt nicht weiter verbreiten. Aber ich möchte doch sagen, weil ich das für wichtig halte, daß die verdrehende Umsetzung der marxistischen Theorie (die eine zeitbezogene Wissenschaft ist, und insofern natürlich Mängel hat), genau untersucht werden muß. Das gilt auch für bestimmte Begriffsbildungen, die wir heute ganz anders verstehen, wie z. B. den Begriff der Demokratie (s. Briefwechsel Marx/Engels). Auch davon wurde manches für die Politikbegründung und noch mehr zur nachträglichen Politikrechtfertigung mißbraucht. Selbst die Beschlüsse der Partei stimmten nicht unbedingt mit dem wirklichen Leben überein, weil sogar die eigenen Beschlüsse nicht eingehalten wurden. Ich halte das für einen ganz wichtigen Gesichtspunkt, der zu beachten ist, damit dieser Themenkomplex 2 seine Funktion erfüllen kann. Danke schön.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Herr Professor Löw, ich kann Ihnen ankündigen, Herr Professor Wolf wird dieses Versprechen wahr machen. Er ist dafür bekannt. Jetzt hat Frau Dr. Wilms das Wort.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Herr Professor Ernst, ich möchte mich

vor allem deshalb bei Ihnen sehr bedanken, weil ich glaube, daß Sie einen entscheidenden Punkt herausgearbeitet haben, der auch für unsere Beratungen insgesamt von großer Bedeutung ist. Sie haben nämlich herausgearbeitet, daß in der DDR, und ganz sicher auch im Marxismus-Leninismus, der Mensch als Person keine Rolle spielt, sondern daß es um das Kollektiv geht, um die Durchsetzung einer Ideologie, die aber eine kollektivistische ist. Und hier, glaube ich, ist der eklatante Gegensatz zwischen der idealtypischen Figur unserer Vorstellung vom Menschen und seiner Würde, wie sie etwa in unserem Grundgesetz formuliert ist, und dem Marxismus-Leninismus. Unsere Staats- und Gesellschaftsordnung stellt den Menschen in den Mittelpunkt und nicht das Kollektiv in Form einer Gesellschaft, einer Partei, eines Staates, einer Diktatur. Vielleicht können Sie noch ein paar Worte sagen, wie sich diese Vorstellung vom Menschen, diese anthropologische Sicht, die ich für das Zentrale halte, auch in der Erziehung widerspiegelt.

Herr Weber, ich möchte Sie noch einmal ansprechen, nach all den Diskussionen auch heute wieder, nach all den Beiträgen. Sicherlich hat die SED nicht den Marxismus-Leninismus in Reinkultur vertreten, wenn es überhaupt eine Reinkultur gibt, das hat Herr Leonhard ja auch noch einmal, wie ich fand, sehr interessant dargestellt. Aber die DDR und das SED-Regime, die SED-Diktatur, waren ja nun sozialistisch und marxistisch. Sie waren ja schließlich nicht christlich und nicht demokratisch. Sie beruhten auf der sozialistischen, marxistisch-leninistischen Ideologie. Das bedeutet natürlich nicht, daß es hier keine eklatanten inneren Widersprüche gegeben hätte. Wogegen ich mich hier jedoch wehren möchte, ist, daß heute zum Teil schon wieder so getan wird, als ob das eine ideologiefreie Diktatur gewesen sei, ein totalitäres System aus einem irgendwie vorhandenem Machtdenken heraus. Ich will auf die ideologischen Wurzeln hinaus. Auch der Hinweis auf das sowjetische System kann meines Erachtens nicht fruchten, denn das sowjetische System ist natürlich in seinem Ursprung auch ein marxistisch-leninistisches. Ich wäre Ihnen dankbar, Herr Weber, wenn Sie vielleicht Ihre Position hierzu etwas verdeutlichen würden. Für mich war das nicht ganz klar, wenn ich das so in allem Freimut sagen darf, welche Position Sie da einnehmen.

Wolfgang Thierse, MdB: Herr Leonhard, Sie haben eine Bemerkung gemacht, die mich zu einer Nachfrage veranlaßt, gerade weil die Bemerkung mich überzeugt. Mit der Durchsetzung des ML als Staatsdoktrin begann auch die Abnahme ihrer Wirkung. Ich weiß, daß ist eine pointierte Beschreibung und sie ist sehr plausibel. Diese Seite könnte man den „hilflosen Marxismus-Leninismus“ nennen. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite war ja der Marxismus-Leninismus in erheblichem Maße wirksam, deswegen komme ich auf die Frage: „Was wirkte?“, „Was wirkt nach?“ und „Was ist der weniger wirksame Teil?“ Ich bin sicher, der ML als Legitimationsideologie war der weniger wirksame Teil und der wirkt auch nicht nach. Er ist in sich

zusammengebrochen. Das heißt, es ist nicht mehr so viel zu legitimieren. Aber der Marxismus-Leninismus war ja auch noch etwas anderes. In dem Selbstverständnis der Marxisten-Leninisten war er Weltanschauung und, ich glaube, in dieser Hinsicht möglicherweise sogar viel folgenreicher. Er war Welterklärung, und zwar manichäisch, dualistisch, monokausal, also damit, Herr Leonhard, einem durchaus verbreiteten menschlichen Bedürfnis nach einfachen Antworten entsprechend.

Es gab den Marxismus-Leninismus ja durchaus auch in unterschiedlichen Ausgaben, die mich interessieren. Es gab den ML als Trivialausgabe der marxistischen Theorie, aber es gibt ihn natürlich auch in der intellektuellen Ausgabe. Der ML beinhaltet auch, um eine Formulierung von Odo Marquard zu verwenden, die er für die deutsche Geschichtsphilosophie generell geprägt hat, „die Kunst, es nicht gewesen zu sein.“ Da genügt der Hinweis auf den Determinismus, auf „die Verhältnisse“. Ich verweise auf den latenten Amoralismus der marxistischen Theorie. Die Trivialausgabe hatte jeder in der Weltanschauung, aber es gibt auch die intellektuelle Ausgabe. Ich fürchte, dieses Muster von Welterklärung, monokausal, dualistisch, manichäisch, das ist viel folgenreicher und wirkt viel länger nach, weil das unmerklicher ist, was sich da in den Köpfen der Menschen festgesetzt hat, vor allem deshalb, weil diese Art von Welterklärungsmodell einem menschlichen Bedürfnis entspricht, einem Bedürfnis nach Vereinfachung.

Abg. Hansen (FDP): Ich möchte auch Herrn Weber und Herrn Leonhard ansprechen, zunächst einmal Herrn Weber. Sie haben, und das schließt auch an das an, was Herr Thierse eben gesagt hat, von verschiedenen Stellen der Instrumentalisierung oder Legitimierung gesprochen. Auch wenn ich Sie so verstanden habe, daß Sie die andere Möglichkeit nicht völlig ausschließen, also nicht im Sinne eines Entweder-Oder argumentieren, hatte ich aber doch den Eindruck, daß für Sie überwiegend folgende Argumentationsschiene gilt: der ML dient zur Legitimation des aktuellen Handelns, des aktuellen Diktierens. Nun sagen Sie andererseits, es habe eine hohe Gläubigkeit gegenüber der Parteiführung gegeben. Dies wäre eine gewisse Exkulpation aller Mitglieder, nur die Parteiführung wäre dann gewissermaßen schuld. Gerade im Blick auf diesen Begriff „Gläubigkeit“ möchte ich doch noch einmal nachfragen: Ist nicht eben doch der Glaube, die Weltanschauung, die Idee als solche Antrieb, Ursprung des täglichen Handelns und des täglichen Diktierens? Sie wirkte dann nicht nur im legitimatorischen Sinne, sondern in der Weise: von hier aus handele ich so. Es wäre also zu unterscheiden zwischen der Gläubigkeit an Personen, an die Parteiführung, die ist jetzt nicht gemeint, und dem Glauben selber. Diese Weltanschauung wirkt eben doch als „Urtrieb“. Da stellt sich tatsächlich verschärft die Frage, ob dieser Glaube so stark wirkte, weil das Bedürfnis nach dem Einfachen, Klaren, nach den so gesetzmäßig erscheinenden Antworten vorhanden war.

Meine zweite Frage geht an Herrn Professor Ernst. Vielleicht ist es falsch, diese Frage an Sie zu richten, weil der Begriff „Kirche im Sozialismus“ nicht unbedingt mit Ihrer Konfession zu tun hat, aber ich nutze jetzt einfach die Gelegenheit, daß Sie da sind. Vielleicht wäre es auch für den Themenbereich 5 „Kirche“, „Rolle der Kirche in vierzig Jahren DDR“, wichtig für uns, mit Ihnen in ein weiteres Gespräch zu kommen. Aber nun zu meiner Frage. Nachdem Sie so beeindruckend dargestellt haben, welche Defizite hier bestehen, und, ich glaube auch nicht nur im Osten, sondern es handelt sich um einen gesamtgesellschaftlichen Prozeß bzw. um ein Problem, vor dem wir alle stehen. Welche Rolle hat die Kirche in diesem vielleicht die Systeme oder die Pakte übergreifenden gesellschaftlichen Wandel gespielt? Hat sie nur, wie Frau Michalk sagt, gewissermaßen in der Not funktioniert und nach dem Motto „Da war eine Gelegenheit, diese Foren wahrzunehmen“? Hat sie nicht in der Vermittlung des Glaubens tiefer gewirkt? Das Rollenbewußtsein der Kirche im Sozialismus ist problematisch.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Herr Gutzeit bitte.

Sv. Martin Gutzeit: Ich möchte mit zwei Begriffen beginnen, die bei Herrn Leonhard eine Rolle spielen. Ich meine den Satz „Die Partei hat immer recht“ und die Ausführungen zur „Gesetzmäßigkeit der Geschichte“. Hier geht es wohl nicht nur um Legitimierung in der Selbstdarstellung. Wie wir jetzt erfahren haben, ist das noch mehr. Weil die Partei aufgrund der Gesetzmäßigkeit der Geschichte recht haben muß, hat sie recht. Dies ist eine zirkuläre Begründung. Aber da ist noch mehr aufzudecken. Die Partei benutzt die Ideologie nicht nur zur Legitimation, sondern sie erfüllt das Gesetz der Geschichte, wie wir hörten. Auf christlichem Hintergrund wird ähnlich argumentiert. Es sei das Handeln Gottes unmittelbar als Gesetz aufzufassen. Diese Art Argumentation ist eine Anmaßung. Meines Erachtens reicht „Legitimation“ nicht aus, um solche Anmaßungen zu erklären. Man muß noch weiter greifen.

Hier setzt meine nächste Frage ein. Der Ansatz von Marx ist doch erst einmal ein kritischer. Es ist ein Ansatz zu einer kritischen Geschichte der Aufklärung, die sich mit den gesellschaftlichen und geistigen Zuständen auseinandersetzt. Nun die Frage: Wie konnte es dahin kommen, daß sich diese Tradition der Kritik, der Aufklärung, zu einer quasi hermetisch geschlossenen zirkulären Selbstbegründung von Macht verfestigte? Das ist das Problem. Das kann man vielleicht nicht alles Marx zuweisen. Aber diese Verfestigung war so stark, daß sie eben auch die Intellektuellen lähmte, die dann nicht mehr kritisch damit umgehen konnten. Einzelne gab es sicher, die das dennoch konnten. Aber insgesamt hat diese Verfestigung die intellektuelle Schicht in der DDR im hohen Maße gelähmt. Wir haben das letztens ja schon im Zusammenhang mit dem Vortrag von Herrn Keller in der Enquete-Kommission diskutiert. Und ich glaube, es wäre noch einmal eine kritische Nachfrage vonnöten, um diese

Distanz zwischen dem kritischen Ansatz, der von der Aufklärung herkommt und dieser Art Verfestigung zu einer Gläubigkeit, die eher größer ist als der Dogmatismus früherer Zeiten, zu erklären.

Sie redeten von Kritik und Selbstkritik. Wir hörten dann, daß man, wenn man die Leute befragt, so etwas wie Schuldbewußtsein nicht finden kann. Jedenfalls gibt es Schwierigkeiten, damit umzugehen. Wie kommt es, daß hier ein Bewußtsein über das, was passiert ist, ein kritisches Bewußtsein also – jetzt in einem anderen Sinne – selbstkritisches Bewußtsein, das Verantwortung deutlich macht, gar nicht zustandekommt? Typisch sind eher Ausflüchte, die ja auch von Herrn Leonhard genannt wurden. Vielen Dank.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Noch zwei Wortmeldungen, eine von Herrn Professor Schroeder und danach von Herrn Jork.

Sv. Prof. Dr. Friedrich-Christian Schroeder: Herr Ernst, Sie haben den Verlust der Werte in der DDR beklagt und haben in ziemlich engem Zusammenhang dazu ausgeführt, daß auf der Suche nach neuen Werten die Bevölkerung der DDR hinsichtlich Recht und Rechtsstaat bereits eine erste schwere Enttäuschung hinter sich hat. Sie haben gesagt, Recht und Rechtsprechung seien nicht in der Lage, Gerechtigkeit zu schaffen. Das ist ja nun eine These, die man sehr häufig hört und die das bekannte Wort von Bärbel Bohley paraphrasiert: „Wir haben Gerechtigkeit erhofft und haben den Rechtsstaat bekommen“.

Meines Erachtens bahnt sich hier eine ganz gefährliche Diskreditierung des Rechtsstaates an und eine Enttäuschung über die Werte des Rechtsstaates, der man meines Erachtens unbedingt entgegenzutreten muß. Sind die Versäumnisse des Rechtsstaates wirklich so, wie sie hier dargestellt werden? In den letzten Monaten sind zwei wichtige Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in diesem Zusammenhang ergangen. Die Verurteilung der Mauerschützen und die Verurteilung der Wahlfälschung wurden vom obersten deutschen Gericht bestätigt. Gegen schwerste Widerstände in der gesamten Rechtstheorie hat der Bundesgerichtshof diese wichtigen Urteile gefällt. Es handelt sich um zwei ganz wichtige Etappen, die vielleicht schon in der Zeit zwischen der Abfassung Ihres Vortrages und der heutigen Diskussion auf dem Wege zur Verwirklichung der Gerechtigkeit gefällt worden sind.

Sie sprechen an, daß die Bevölkerung fragt, welchen Sinn es hat, Repräsentanten des Unrechts in die Freiheit zu entlassen. Damit ist wohl der Fall Honecker gemeint. Ich selber war auch empört darüber, daß diese Freilassung erfolgt ist. Ich bin aber bei näherem Durchdenken des Problems zu der Erkenntnis gekommen, daß hier keine andere Entscheidung möglich war. Unser Gerechtigkeitsgefühl hat eine erhebliche Läuterung durchgemacht. Wir haben nicht nur die Todesstrafe abgeschafft, sondern wir haben auch das bevorstehende Ende eines Menschen als so gravierenden Einschnitt angesehen, daß wir z. B. eine Entlassung aus der Strafhaft dann vorsehen, und meines Erachtens ist

dies die These des Berliner Verfassungsgerichts, daß bei einem Menschen, der das Ende des Prozesses nicht mehr miterleben kann, dieser Prozeß eingestellt werden muß. Diese These muß man bei näherem Zusehen befürworten, so schwer es auch fällt. Man stelle sich nur vor, der Prozeß hätte beendet werden müssen, wenn nur die Zeugen der Anklage zu Wort gekommen wären und der Betreffende in dem Prozeß keine Möglichkeit mehr gehabt hätte, seine eigene Meinung zu Worte zu bringen.

Ich meine also, daß die Leistungen des Rechtsstaates auch hier nicht so schlecht sind, und vielleicht muß man auch fragen, ob nicht, wenn in den neuen Bundesländern Rechtsstaat und Gerechtigkeit so schroff gegeneinander gestellt werden, doch eine gewisse Reduzierung des Gerechtigkeitsbegriffs und des Gerechtigkeitsgefühls vorliegt, eine gewisse alttestamentarische Reduzierung, eine Reduzierung des Gerechtigkeitsgefühls auf Bestrafung und zwar auf möglichst schnelle Bestrafung? Und vielleicht darf man eine etwas boshafte Frage stellen, nämlich, ob hier nicht eine gewisse Gewöhnung an die Strafpolitik des vergangenen Staates mitspielt? Ich meine also, es ist sehr gefährlich, wie hier der Rechtsstaat diskreditiert wird und deswegen möchte ich gerade an Sie appellieren, der Sie Wertlehre an Ihrem Lehrstuhl lesen, die Konzeption des Rechtsstaats offensiv zu vertreten und, so weit es irgend geht, auf die Vorzüge dieses Rechtsstaats hinzuweisen und nicht dieser gefährlichen Diskreditierung Vorschub zu leisten, indem man diese These wiederholt.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Herr Professor Schroeder, Sie können sich denken, wie dankbar ich das empfinde, was Sie gesagt haben. Sie haben mir manches aus der Seele gesprochen. Herr Jork wird das sicher auch tun und deswegen hat er jetzt das Wort.

Abg. Dr. Jork (CDU/CSU): Ich möchte gern an Herrn Leonhard eine Frage stellen, auch wenn der Anlaß für die Frage eigentlich schon bei den ersten beiden Vorträgen heute auftauchte. Es geht mir darum, inwieweit Worte besetzt sind oder besetzt bzw. mißbraucht werden und ob es deshalb Verständnisschwierigkeiten gibt. Ich erinnere mich, daß man in der DDR-Zeit für bestimmte Begriffe DDR-nahe und nur dort so verstehbare Definitionen verwendet hat und daß bestimmte Begriffe auch der Instrumentalisierung dienten, z. B. zum Bekenntnis in der Schule verlangt wurden und daß eine eigene Interpretation dann nicht gefragt war. Ich habe die Sorge, daß genaue Begriffsbesetzungen, die damals üblich waren, jetzt zu Mißverständnissen führen und in der Zukunft zu einer Verwaschung der Bedeutung führen können und zu einer anderen Interpretation, als sie ursprünglich gewollt war.

Mir kam dieser Gedanke auch schon bei der Anhörung zur Wirtschaft. Da ist ja ein ganzes Vokabular von Begriffen festgelegt worden, die für die Betroffenen eine eindeutige Bedeutung haben, z. B. „Plandiskussion“ oder „Vertrauensleutevollversammlung“ oder „sozialistisches Kollektiv“. Oder, das ist mir bei dem Beitrag von Herrn Gutzeit wieder eingefallen, „Kritik“.

Diese Worte hatten eine eigene Bedeutung, ebenso wie „Wahl“, „Freiheit“, „Nation“, „Eigentum“, die Frage der Kriege, „Demokratie“, „Erkennbarkeit“. Diese Begriffe verstehe ich, wenn ich nur das Verständnis aus meiner DDR-Zeit mitbringe, anders, als es ein bundesdeutscher Bürger tut. Jetzt meine Frage: ist hinter dieser Begriffsbildung eine bestimmte Systematik und Strukturierung oder Absicht, Ihrer Erfahrung nach, gewesen? Hat man dergleichen bei der Erstellung des Schulungsmaterials gezielt getan oder waren das eher sporadische Zufälle? Sie sagten ja in Ihrem Vortrag, daß erst eine „gewisse Reife“ nach dem Tod von Stalin erreicht werden mußte, bis man bestimmte Begriffe verbindlich besetzt hatte. Ich entsinne mich aber an meine Schulzeit, daß ohne verbindliche Festlegung bereits Bekenntnisse zu den Begriffen verlangt wurden, ohne daß genau gesagt worden wäre, was man eigentlich darunter zu verstehen hat. Selbst in der Schulzeit meiner Kinder war es noch üblich, daß eine gute Note nur dann erreichbar war, wenn das Bekenntnis zum sozialistischen Staat mit einer bestimmten Wortwahl z. B. in der Zusammenfassung des Aufsatzes formuliert wurde. Ich kann dazu konkrete Beispiele mitbringen.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: In der Erwartung, daß Sie sich ganz kurz fassen, Frau Barbe.

Abg. Frau Barbe (SPD): Ganz kurz zu Herrn Ernst. Ich wollte Sie im Gegensatz zu Herrn Schroeder in Ihrer Äußerung über Gerechtigkeit und Rechtsstaat unterstützen. Ich komme aus der DDR und bin keine Ost-Juristin, Gott sei Dank. Wir empfinden die vergangenen Ungerechtigkeiten, die noch bestehen, sehr massiv, und merken, daß diese mit dem Rechtsstaat nicht aufzuarbeiten sind. Auch die neuerlichen Urteile des Bundesgerichtshofes können doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es einen großen Raum von Ungerechtigkeiten gab und in Zukunft noch geben wird. Und deshalb meine Frage: Warum wird immer wieder noch verdrängt? Oder anders ausgedrückt: Warum wird nicht auf die internationalen Menschenrechte Bezug genommen, die wir ja auch in der DDR ratifiziert hatten, warum werden diese nicht als Rechtsnorm akzeptiert? Warum wird nicht nach diesen Menschenrechtsnormen verfahren? Warum werden diese nicht im Rechtssystem übernommen? Das heißt, es müßte doch eine Bestrafung der Täter nach diesen Normen der internationalen Menschenrechte erfolgen. Das ist das, was die Bevölkerung erwartet.

Ich bin nicht davon zu überzeugen, daß es nur nach den im Gesetz festgeschriebenen Rechtsnormen gehen kann, wenn für uns in der DDR vorher diese Rechts-, die Menschenrechtsnormen auch gegolten haben und sich die Leute auch daran noch immer erinnern. Dies empfinde ich als ein Positivum, worauf wir auch immer Wert legen sollten, nämlich, daß diese Menschenrechtsnormen immer noch verinnerlicht sind. Das ist das eine.

Wir haben weiterhin gesagt, daß die Normen von den Menschen vorgelebt

werden müssen. Meine Frage auch an Sie: Wie sehen Sie dies bei Politikern und bei Leuten in führenden Positionen der Kirche, sollten diese sich nicht auch danach verhalten und kann man da nicht ein großes Stück Verantwortung verlangen? Müssen diese Leute dann nicht bestimmte Konsequenzen ziehen? Danke!

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Ich fürchte, über diese letzte Frage können wir tagelang diskutieren. Wir haben nur keine Tage und deswegen muß ich bei aller Brisanz der Themen, wenn ich jetzt den Sachverständigen das Wort gebe, unbescheiden immerzu um Kürze bitten. Dürfen wir jetzt in umgekehrter Reihenfolge anfangen? Zunächst Herr Professor Ernst.

Prof. Dr. Wilhelm Ernst: Ganz kurz zur Frage nach der „Kirche im Sozialismus“. Die katholische Kirche hat nicht von der „Kirche im Sozialismus“ gesprochen, weil der Begriff des Sozialismus mehrdeutig erschien. Wir verstanden den Sozialismus nicht als ein System, sondern nach seiner Weltanschauung. Wir meinten, es sei dies überhaupt eine säkularisierte Gesellschaft und die Kirche bestünde somit in einer säkularisierten Gesellschaft. Damit ist keinerlei Polemik etwa gegen die evangelische Kirche verbunden gewesen, vielmehr gibt es ja auch in der evangelischen Kirche unterschiedliche Verständnisse über „Kirche im Sozialismus“. Darauf brauche ich hier wohl nicht einzugehen.

Wichtig ist natürlich die Frage: War die Kirche nur noch ein Hort, wohin man floh oder waren die Menschen wirklich nicht mehr da, also nicht mehr in der Kirche? Ich denke, die Menschen waren im größten Maße, wie man es wohl nicht erwartet, nicht mehr da. Sie waren so besetzt, sie waren so umhegt, so umsorgt, so gepflegt, so in Anspruch genommen und dermaßen auf neue Überlegungen und auf neue Werte des sozialistischen Staates hin verpflichtet, daß das Andere einfach wegfiel. Außerdem wurde auch noch gegen die Kirche, gegen den Glauben polemisiert.

Das beantwortet auch Ihre Frage, Frau Michalk. Für mich ist das auch ein Phänomen, das ich mir erklären mußte, daß nämlich jetzt die jungen Menschen weiterhin zur Jugendweihe gehen. Es ist aber wahrscheinlich ganz einfach erklärbar. Wenn man gar nichts mehr hat, nur noch ein Fest, dann feiert man das Fest einfach weiter. Das ist für mich die einfachste Erklärung. Eine Ideologie steht da nicht mehr dahinter. Das ist eine Gewohnheit geworden. Man hat weiterhin ein Fest und das wird weiter gefeiert und man wird beschenkt. Wenn man gar nichts hat, dann schafft man sich etwas oder hält an etwas fest. Dahinter sehe ich keine großen ideologischen Schwierigkeiten.

Wenn ich noch zu Ihrer Frage, Herr Schroeder, etwas sagen darf. Durch meine Äußerung zu Gerechtigkeit und Rechtsstaat habe ich ein Empfinden zum Auszug gebracht, nicht meine Meinung, denn ich bin natürlich gegen jedes politische Recht. Ich bin also für die Unabhängigkeit des Rechts. Ich bin

aber auch nicht für ein rein positivistisches Recht. Deswegen ist die Frage, die vorhin gestellt wurde, durchaus richtig. Wie kann man, ich denke das ist auch rechtstheoretisch nicht geklärt, wie kann man Institutionen bewerten, beurteilen? Können Institutionen einfach verschwinden? Sie sind nicht mehr faßbar und eine Rechtsprechung ist nicht mehr möglich?

Dies ist die erste Frage. Die zweite Frage ist die: Wie schafft man es, nicht darunter zu leiden, nicht nur seelisch, sondern auch materiell, daß Dinge nicht justiziabel gemacht werden können? Bei all den Evaluierungen ist niemand, der schwerstes Unrecht begangen hat, zu fassen. Bei der Medizinischen Akademie und auch bei der Polizei geht es noch eher, weil das Öffentlicher Dienst ist, aber schon nicht mehr in der Wirtschaft. Ich bin auf dem Boden des Rechts, aber ich frage, ob das Recht hier schon ausreicht. Es darf kein politisches Recht sein, aber man muß doch auch nach der Verursachung von schwerwiegenden Schäden fragen können, die nicht nur einzelnen Personen angelastet werden können, sondern auch Institutionen. Deshalb noch einmal die Frage: Wie macht man eine Bestrafung, eine Rechtsbestrafung, eine Sanktion, möglich, für die das Recht offenkundig noch keine Begriffe hat?

Wir haben folgendes bei der Polizeievaluierung im Öffentlichen Dienst gemacht. Wir können ja von uns aus nicht Recht sprechen, sondern nur Empfehlungen an das Ministerium weitergeben. Die Kommissionen sprechen ja kein Recht. Wir haben uns gesagt, wenn sich bei einer Kommission, die keine Rechtskommission ist, bei einer Überprüfung herausstellt, daß einer nicht mehr tragbar ist für die Öffentlichkeit, ohne daß dies vom Recht her faßbar wäre, dann machen wir das zu einem Rechtsprinzip. „Nicht mehr für die Öffentlichkeit tragbar“, das heißt: das ist kein Entschluß von uns, sondern es ist ein Entschluß des Bundesgerichtes. Das heißt, wenn jemand bei der Evaluierung, der Überprüfung der Polizei, entlassen wurde, kann er jetzt einen neuen Antrag stellen auf Wiederaufnahme und wir können uns auf das Rechtsprinzip berufen: das Bundesgericht hat entschieden, wer im Prinzip nicht für die Öffentlichkeit tragbar ist. Das ist ein Rechtsprinzip geworden. Darüber müßte man natürlich noch diskutieren. Aber ich denke, es ist für uns, für die Weitergabe an das Ministerium, schon eine echte Hilfe.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Als nächstes Professor Leonhard.

Prof. Wolfgang Leonhard: Ganz kurz zu den angeschnittenen Fragen. Die erste Frage: Bei meiner historischen Darstellung wurde ein gewisser Widerspruch gesehen. Einerseits habe ich das immer deutlichere Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus im eigenen Parteiprogramm und schließlich sogar, was ich für sehr wichtig halte, die Einführung des Begriffs „marxistisch-leninistisch“ in die Verfassung genannt, andererseits habe ich jedoch betont, daß der Einfluß der Ideologie nachgelassen hat. Das ist kein Widerspruch, im Gegenteil. Ich habe schon bei der Untersuchung der Geschichte der

Sowjetunion immer wieder bemerkt: je deutlicher die Notwendigkeit, etwas festzuschreiben, um so deutlicher die selbsterkannte Schwächung. Die kommunistische Partei der Sowjetunion war am stärksten, als sie in einem kleinen Nebensatz in Artikel 126 der stalinistischen Verfassung erwähnt worden war, nur in einem kleinen Nebensatz. Je schwächer die Partei in der Sowjetgesellschaft wurde, um so mehr wurde sie hervorgehoben, bis sie schließlich bei Breschnew in Artikel 1 der Verfassung stand, mit genauen Funktionen und allem Möglichen. Dasselbe spielte sich dann in der DDR ab, nämlich das scheinbar immer notwendiger dokumentierte Bekenntnis der Rolle der Partei und dessen Einführung in die Verfassung. Die immer ausführlichere Darstellung der Rolle der Partei war kein Stärkezeichen, sondern ein Zeichen des Niedergangs und der Schwäche. Je schwächer die Partei, um so mehr fühlte man sich zu solchem Verhalten veranlaßt.

Dasselbe spielte sich natürlich auch auf der Personenebene ab. Stalin war der absolute Diktator, als er nur Generalsekretär war und sonst überhaupt keine Funktion hatte. Je schwächer dann die Diktatur wurde, je größer die Probleme wurden, um so mehr Funktionen bekam der „erste Mann“. Er kam dann ins Präsidium des Obersten Sowjets und das und jenes und noch mehr und noch mehr. Das ist also für mich kein Widerspruch, sondern ein indirektes Eingeständnis.

Nun zur zweiten Frage: Beim Marxismus stand ursprünglich die kritische Aufklärung im Vordergrund und später wurde er ein Legitimierungs- und Disziplinierungsinstrument. Dies war möglich, weil es eine schrittweise Veränderung der ursprünglichen Auffassungen von Marx und Engels gab, über Lenin, über Stalin, bis zu den Nachfolgern. Dabei wurden alle Nachfolger, nicht nur Kautsky und Bernstein, sondern auch Labriola, Gramsci, Luxemburg, alle anderen, „aussortiert“ und dann vollzogen sich schrittweise diese Veränderungen.

Ich wurde gebeten, zuerst den Marxismus, nur den ursprünglichen, darzulegen, ganz objektiv, und dann die kritische Einschätzung vorzunehmen. Der Haupttenor, glaube ich, der vier sehr interessanten Diskussionsfragen war die Funktion des Marxismus-Leninismus. Diente er nur, wie ich gesagt habe, zur Legitimierung, zur Legitimierung des Regimes, zur Verschleierung des Unterdrückungscharakters, zur Begründung und Rechtfertigung beschlossener Maßnahmen und Oktroyierung von Denkschablonen? Ist das wirklich alles? Hier folgende Klärung: Wenn ich von der Funktion des Marxismus-Leninismus geschrieben habe, dann nur darüber, was die SED-Führung bezweckte. Ein Riesenunterschied besteht zwischen dem Zweck, den die SED-Führung mit dem Marxismus-Leninismus verband, und dem, wie die gläubigen Anhänger das sehen. Ich bleibe dabei, daß der Zweck des Marxismus-Leninismus genau jene Dinge umfaßte, die ich hier genannt habe. Etwas völlig Anderes ist das, was die Menschen, die Anhänger des

Marxismus-Leninismus, empfunden haben und woran sie geglaubt haben. Da gab es selbstverständlich den Wunsch nach klaren Antworten, die Frage nach dem Ursprung des Handelns und nicht nur die nach der Legitimation.

Das Faszinierende am Marxismus waren, wenn ich das für die Anhänger sagen darf, zu denen ich in meinen ganz jungen Jahren auch gehört habe, nicht nur klare Antworten auf alles, sondern zusätzlich das Gefühl der Überlegenheit. Natürlich gab es, nach unserer Vorstellung, bürgerliche Ärzte, die mehr über Medizin wußten als wir, bürgerliche Techniker, die mehr über Technik wußten als wir und Theologen, die wissen vielleicht mehr über Moral, aber alle haben kein klares gesetzmäßiges Weltbild, das sind Nußschalen im Ozean. Wir, die Marxisten-Leninisten, sind die einzigen, die diese Wissenschaft haben. Wir haben den Glauben an die Gesetzmäßigkeit mit dem entscheidenden Zusatz: die Geschichte der Menschheit verläuft gesetzmäßig, aber das Tempo, in dem diese Gesetzmäßigkeit sich verwirklicht, bedeutet nicht, daß die Marxisten-Leninisten zugucken können, bis der endgültige Weltsieg des Sozialismus errungen ist. Nein, das subjektive Handeln besteht darin, auf der Grundlage der Gesetzmäßigkeit den historischen Prozeß der Menschheit zu beschleunigen. Entschuldigen Sie, aber das ist faszinierend. Die anderen jagen da irgendwelchen Interessen nach, aber die Marxisten-Leninisten beschleunigen den historischen gesetzmäßigen Prozeß, weil sie die Einsicht haben, die Festigkeit der Gesetzmäßigkeit, die gegeben ist. Der Weltsieg ist sowieso da, aber wir Anhänger können durch unsere wissenschaftliche Weltanschauung den historischen Prozeß beschleunigen.

Was Herr Thierse gesagt hat, möchte ich noch besonders unterstreichen. Diesen Marxismus-Leninismus gab es in der Trivialausgabe, das war so für die ganz Dummen, das wurde auch in der Agit-Prop-Abteilung gesagt, das machen wir so für die einfachen Parteimitglieder. Es gab acht Stufen, vier unterschiedliche Parteischulen und Kurse neben der Arbeit, und dann noch die fünf Internatsparteschulen. Es wurde unterschieden zwischen Kreisschulebene, Bezirksschulebene, aber wir sind in der Parteihochschule. Das wurde sogar verdeutlicht, für einen Theologen entsetzlich und für mich heute auch, aber das wurde verdeutlicht etwa auf der SED-Parteihochschule „Rudolf Lindau“: wir sind auf der SED-Parteihochschule. Wir beschäftigen uns nur mit Problemen, mit denen mindestens eine Million Menschen befaßt sind. Auf den Landesparteschulen beschäftigt man sich mit Problemen, die Hunderttausende betreffen, und auf den Kreisparteschulen mit solchen, die Zehntausende betreffen. Aber bei uns handelt es sich um eine Million und nur mit historischen Epochen. Diese kurzfristigen Sachen überlassen wir den Kreisparteschulen. Die Langfristigkeit und diese eine Million, das Bewußtsein, daß man ganz große Probleme löst, war schon beeindruckend.

Die letzte Frage war die nach den Begriffen. Die Begriffe sind ganz wichtig. In der ersten Nummer der „Sozialistischen Bildungshefte“, bis Mai 1947 habe

ich sie ja alle geschrieben, in der ersten Nummer also, nach der Gründung der SED, waren die Begriffe das Allerwichtigste. Jedes sozialistische Bildungsheft endete mit Begriffserklärungen.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Original Leonhard.

Prof. Wolfgang Leonhard: ..ja, die ersten. Später wurde das dann noch viel schlimmer. Es hieß: Begriffe sind kein Zufall, sondern werden auf höchster Ebene beschlossen. Ich habe mich immer für diese Begriffe sehr stark interessiert und ich habe in meinem Buch „Dämmerung im Kreml“, beim außenpolitischen Verhandeln und auch bei der Innenpolitik, zwanzig Begriffe definiert. Warum? Besonders interessant ist, daß dasselbe Phänomen unterschiedliche Namen bekommt, je nachdem, ob es im Kapitalismus oder im Sozialismus stattfindet. Alle negativ besetzten Begriffe werden so definiert, daß sie nur für den Kapitalismus gelten, also „Annexion“, „Eroberung“, „Inflation“. Alle diese Begriffe werden so formuliert, daß sie nur für den Kapitalismus gelten. Dasselbe Phänomen im Sozialismus bekommt eine andere Definition. So gibt es z. B. Militarismus nur im Kapitalismus. Militärische Jugenderziehung, also Militarismus im Osten, das nennt man dann „sozialistische Militärerziehung“. So sollten also dieselben Begriffe, um von vornherein die Menschen dahin zu bringen, daß sie das negativ Besetzte nur im Kapitalismus und das Positive im Sozialismus sehen, unterschiedlich formuliert werden.

Mein letzter und wichtigster Satz: die von mir erwähnten Funktionen der Begriffe sind die Intentionen der SED-Führung. Völlig davon zu trennen ist die Denk- und Verhaltensweise der Menschen, die an den Marxismus-Leninismus glauben.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Bevor Herr Professor Löw das Wort erhält, wird Herr Professor Ernst noch einmal gebeten, die Frage von Frau Dr. Wilms zu beantworten. Diese Frage schließt vielleicht an das an, was Herr Leonhard von den Parteihochschulen mit ihren Millionen-Betroffenen erzählte: „Der Einzelne und das Kollektiv“.

Prof. Dr. Wilhelm Ernst: Eine beständige Anfrage an alle Institutionen, besonders aber an die Gesellschaft, lautet: Von welchem Bild vom Menschen, von welcher Gesellschaftsvorstellung, will sie ausgehen? Wie findet sie zu einem solchen Bild? Ich habe gesagt, das sei heute sehr global, aber gibt es nicht einige Grundwerte, über die man sich einig sein kann, die aber auch einer tieferen Begründung bedürfen? Ich kann mich heute nicht hinstellen und sagen: bitte, das sind die Grundwerte, die unantastbaren Grundwerte, die in der Präambel des Grundgesetzes und in seinen ersten Abschnitten verankert sind, sondern ich bin verpflichtet, diese Werte auch zu begründen. Da der Konsens darüber nicht leicht ist, scheint es mir sehr wichtig zu sein, eine neue Wertediskussion innerhalb der Gesellschaft zu beginnen. Wie weit können die Politiker dazu beitragen? So etwas hat es schon einmal gegeben, aber

diese Grundwertediskussion ist ja nie zu Ende gekommen, man hat sie offen gelassen. Ich denke, sie müßte heute wieder aufgegriffen werden, damit wir nicht in Beliebigkeit erstarren und die Gesellschaft völlig auseinander driftet. Einige Grundwerte müßten wir wieder aufgreifen, neu begründen, plausibel machen, denn der Mensch muß nur das tun, was ihm auch wirklich einsichtig gemacht werden kann. Ob er es immer einsieht, das ist eine ganz andere Frage, und ob er es dann tut, eine weitere.

Die Frage nach dem Wert von Erziehung: Wir haben so viele Erziehungsmodelle in der Vergangenheit gehabt, daß man die ganze ältere Generation durcheinander gebracht hat. Die Pädagogen haben antiautoritäre, dann autoritäre, dann dialogische Erziehung propagiert, ich weiß nicht mehr, was noch alles. Die heutigen Pädagogen sind sich völlig uneinig darüber, welchen Anteil Erziehung hat, welchen Anteil der Charakter eines Menschen hat, den einer mitbringt, was genetisch bedingt ist, usw. Ich habe auch kein probates Mittel, wir könne es nur immer wieder versuchen. Nur eines meine ich, ist gültig, was ja auch alle Untersuchungen ergeben: der entscheidende Anteil ist wohl doch der der Eltern. Daraus ergibt sich dann wieder die Rückfrage nach der Ehe, nach dem Verständnis von Ehe usw. usw. Sie sehen also einen Riesenkomplex von Gebieten, der sich hier aufzeigt.

Ich bin natürlich kein Individualist, ich vertrete vielmehr die Grundthese, daß der Mensch ein soziales Wesen ist, denn ohne die Bindung in die Gesellschaft und in Gemeinschaft kann er gar nicht existieren, kann er nicht werden. Beides spielt also eine Rolle: grundsätzliche Anlage, biologische Anlage, Anthropologie, aber auch Soziologie, auch die ganze Frage der Gemeinschaft. Man sollte nicht mehr das Wort „Kollektiv“ verwenden, das ist verkommen, das Wort „Kollektiv“. Wir haben das in der sozialistischen Gesellschaft zu oft gehört. Ich würde hier eher vom Anteil des Einzelnen und vom Anteil der Gemeinschaft sprechen. Nach meiner Meinung steht beides in einem Wechselspiel. Das kann man nicht innerhalb von zwei Minuten erschöpfend behandeln, aber „Kollektiv“ hätte ich nicht so gerne.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Dies ist auch eine Frage der Begrifflichkeit. Herr Professor Löw bitte.

Prof. Dr. Konrad Löw: Herr Soell, mit dem ich ja schon während meiner Ausführungen ganz kurz einen Dialog begann, mußte sich leider entfernen. Aber bevor er ging, meinte er: „Man muß Marx historisch sehen. Marx war ein Kind seiner Zeit.“ Ähnlich hat sich ja auch Herr Faulenbach, wenn ich ihn recht verstanden habe, ausgedrückt. Meine Antwort: Ja, Marx war ein Kind seiner Zeit. Seine Zeit hatte aber mehrere Kinder. Seine Zeit hatte Vorkämpfer für eine freiheitlich-demokratische Ordnung und hatte eben auch Vorkämpfer des Totalitarismus. Und zu letzteren zähle ich Marx, muß ich ihn leider zählen. Ich habe Marx früher anders gesehen, in meinen ersten Publikationen. Ich weiß nicht, ob ich es begrüßen oder bedauern soll, ich habe ihn damals

anders geschildert, weil ich glaubte, ich könnte ihn gegen die DDR ausspielen, bis ich eben der Wahrheit die Ehre geben mußte und ihr resignierend Marx überlassen mußte. Marx war ein Kind seiner Zeit, ohne Zweifel. Auch Hitler war ein Kind seiner Zeit. Und jetzt frage ich Sie: Soll man die Schriften von Marx anders lesen als die Publikationen von Hitler, als beispielsweise „Mein Kampf“? Theodor Heuss hat „Mein Kampf“ gelesen und hat ein Buch verfaßt „Hitlers Weg“. Und in diesem Buch, nun ja, das ist dermaßen windelweich nichtssagend, was Goebbels schreiben konnte. Mit diesem Buch brauchen wir uns wirklich nicht auseinanderzusetzen. Theodor Heuss vergleicht Hitlers Schrift mit Bebels „Frau und der Sozialismus“ und fragt: Was hat die eine Schrift für sich im Vergleich zur anderen? Er vergleicht Hitler mit Lasalle und fragt: Wer von beiden müßte sich nun beleidigt fühlen? Lasalle, wenn man ihn so vergleicht, oder Hitler? Noch schlimmer: Martin Niemöller, er hatte auch „Mein Kampf“ gelesen und war von dem Buch begeistert. Er hat ab 1925 bis 1933 die NSDAP gewählt.

Vor ungefähr fünf Jahren, anlässlich eines höheren Jubiläums unseres Bürgermeisters, überreichte ich ihm mein Büchlein „Kann ein Christ Marxist sein?“ Mein Erstaunen war gewaltig, als er mir im Gegenzug auch ein Büchlein aushändigte, etwa gleich groß, ich schaue rein, und was ist es? Es ist eine Schrift seines Vaters, nämlich: „Kann ein Christ Nationalsozialist sein?“ Veröffentlicht 1932, und anhand von „Mein Kampf“ sagt dieser Hans Rost aus Augsburg: „Ein Christ kann nicht Nationalsozialist sein.“ Ganz knallhart hat er „Mein Kampf“ analysiert und kam zu diesem Ergebnis. Die Nationalsozialisten waren nicht faul, sie haben sofort auf Rosts Schrift geantwortet, und haben gesagt: Ja, so darf man „Mein Kampf“ doch nicht lesen. Da muß man vieles übersehen und da gibt es doch auch wunderbare Stellen und die muß man gleichsam erfassen. Ich frage Sie: Wollen Sie, daß Marx genauso gelesen wird? Es gibt ja auch beim frühen Marx einige Passagen, die ganz hübsch sind und vielleicht auch bei Engels nach dem Tode von Marx.

Wollen Sie ihn lesen, wie etwa Iring Fetscher, der ein Buch herausbrachte „Pressefreiheit bei Marx“, sinngemäß. Wer die Dinge nicht genau durchschaut, entdeckt gar nicht, daß er ausschließlich Marx vor 1843 zitiert. Mit keiner Silbe geht er darauf ein, daß Marx später derartiges nie wieder zu Papier gebracht hat. (Zwischenruf: „Aber auch das Gegenteil!“)

Ich habe genügend Zitate vorgebracht, aus denen zu entnehmen ist, wie mit der Opposition umzuspringen sei, insofern kann ich Ihnen ganz und gar nicht beipflichten. Ich glaube, härtere und kräftigere Zitate als die vorgetragenen kann man ja kaum noch finden. In „Mein Kampf“ finden Sie ja auch keine böstigeren. Ich glaube, daß muß uns ausreichen, um eine historische Persönlichkeit zu würdigen. Ich meine also, man muß alle Gestalten der deutschen Geschichte gleich kritisch analysieren. Freilich, resignierend ist festzustellen: von Theodor Heuss gibt es Briefmarken, von Martin Niemöller

gibt es Briefmarken, von Hans Rost gibt es keine Briefmarken. Das Glück von Marx und das Pech von Hitler war folgendes: Hitler hat nicht nur „Mein Kampf“ geschrieben, er kam auch 1933 an die Macht. Wenn er 1938 gestorben wäre, so meint Sebastian Haffner, wäre er sogar als größter Deutscher in die Geschichte eingegangen. Dieser Gedanke ist furchtbar für mich. Ich zitiere Sebastian Haffner aus dem Gedächtnis, es ist fast wörtlich: „Das Glück für Marx war, daß er nicht an die Macht kam. Wenn er an die Macht gekommen wäre“, so schreibt er irgendwo, „hätten ganze Rassen und ganze Klassen untergehen müssen“. Rassen und Klassen kommen bei Marx vor, die nicht die Fähigkeit haben, die neuen Gegebenheiten zu meistern. Ich kann also nur ganz herzlich an Sie appellieren, sowie ich das mit meinen Studenten tue, und die kann ich natürlich dann auch besser gleichsam mit Beweisen „füttern“: Gehen Sie mit gleichen Maßstäben an die „großen Deutschen“ heran. Ich danke Ihnen.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Professor Weber.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Was war die Zielrichtung meiner Ausführungen? Das wurde ich gefragt. Ich habe von der Instrumentalisierung des Marxismus-Leninismus gesprochen und wollte damit einen Kontrapunkt setzen gegenüber anderen Ansichten, die ja hier auch reichlich zu Worte gekommen sind. Ich bin nicht eingegangen auf Inhalte des Marxismus-Leninismus, weil ich das Papier meines Freundes Leonhard kannte und wir nun seit Jahrzehnten in unseren Überlegungen zu diesem Thema so ähnlich sind, daß das für mich einfach nicht nötig war. Ich will aber doch folgendes sagen: Mir kam es hier nicht so sehr darauf an, das Problem dieser Weltanschauung in den Griff zu bekommen, sondern zu sehen, was die SED-Führung eigentlich vorgehabt hat. Professor Löw hat das eben ja auch betont. Was war der Zweck? Was war das Instrument an diesem Ganzen? Natürlich, wenn man die Weltanschauung nimmt, kann man das auf zweierlei Weise tun. Man kann bestimmte Zitate herausnehmen und damit etwas „beweisen.“ Herr Löw hat uns ein Beispiel dafür gegeben. Ich könnte nun genauso gut ein anderes schönes Zitat von Marx verwenden. Weil vorhin einmal von Kollektivismus gesprochen worden ist: „Der Mensch ist das höchste Wesen für den Menschen, also müssen alle Verhältnisse umgeworfen werden, in denen der Mensch ein verächtliches, ein geknechtetes, ein erniedrigtes Wesen ist.“

Die SED hat gesagt: Die Partei ist das Höchste. Von Marx stammt die Aussage: „Was wollen wir“ – an Engels geschrieben – „in einer Partei, das heißt einer Bande von Eseln, die uns für ihresgleichen hält?“ Ich will damit nur sagen, diese Zitatologie, diese Dogmengeschichte, führt uns, glaube ich, bei unserer Untersuchung nicht weiter, wo es darauf ankommt, zu überlegen: a) Welche Bedeutung hat diese Weltanschauung als Indoktrination gehabt, also als Mittel, um Anhänger zu gewinnen? Das ist zur Genüge gezeigt worden. b) Es kommt mir darauf an, auch zu zeigen, wie es in den Köpfen der SED-Führung zuing.

Herr Gutzeit hat darauf hingewiesen, daß ein langer Weg dazwischenlag, bis es zu dieser Instrumentalisierung kam. Das müßten wir vielleicht konkreter untersuchen, nämlich, wo der Umschwung, der Umschlag eingetreten ist zu einem bloßen Instrument. Nur dafür habe ich ein paar Beispiele angeführt.

Natürlich ist die Frage wichtig: Wie totalitär war Marx? Dies ist eine beliebte Frage, die auch in den Seminaren an unserer Hochschule gestellt wird. Wir fragen heute: War Rousseau ein totalitärer Vordenker oder war er es nicht? Bei all diesen großen Denkern der Theoriegeschichte wird mit Recht die Theorie hinterfragt. Aber das ist doch nicht unser Thema. Unser Thema ist: Welche Rolle spielte der Marxismus-Leninismus in der DDR? Da war eben noch ein wesentlicher Punkt nachzuweisen, nämlich diese eine Seite der Instrumentalisierung, nicht so sehr die der Dogmengeschichte.

Das Letzte, das mir bedeutsam scheint, ist ein Punkt, den Wolfgang Leonhard etwas anders genannt hat und den ich noch ein bißchen zuspitzen möchte: die Überheblichkeit, mit der Anhänger gewonnen werden sollten. Tatsächlich wußte man ja nicht bloß alles besser, es handelte sich schon um echte Überheblichkeit. Gleichzeitig bestand der Absolutheitsanspruch. Diese beiden Momente führten auch zu diesen verheerenden Einstellungen gegenüber den Werten, den Grundwerten, die weggewischt wurden usw.

Über die Grundwerte möchte ich mich nicht äußern. Ich bin in dieser Runde hier eine winzige Minderheit, ich bin nicht Christ. Aber Gott sei Dank: Glücklicherweise schützt ja das Grundgesetz Minderheiten. Wir werden dementsprechend keine gleichen, sondern pluralistische Vorstellungen bekommen. Das war, in aller Kürze dargestellt, was ich sagen wollte. Mir kam es darauf an, dies nicht untergehen zu lassen in der Diskussion über die Rolle der Ideologie. Wir hatten das ja so genannt in unserem Papier, der Gliederung zum Themenfeld 2, als wir von Instrumentalisierung sprachen, schon deshalb mußte es auch erwähnt werden.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Das Schlußwort hat Frau Professor Wisniewski.

Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU): Ich kann an das anschließen, was Herr Weber eben schon sagte, und zwar aus der Sicht der Enquete-Kommission und auch aus der Sicht der Politik.

Es sind, glaube ich, eine Reihe von Dingen heute klar geworden, die uns in der zukünftigen Arbeit beschäftigen müssen. Ich fange einmal mit dem an, was mich besonders bewegt, ich sage das ganz ehrlich.

Wie können Sanktionen gefunden werden für Sachverhalte, für die das Recht noch kein Instrumentarium hat? Das hat, wie Herr Ernst ausführte, wohl in der Tat für die geistige Verfassung der Menschen in den neuen Bundesländern enorme Bedeutung.

Ich glaube, wir sind auch einig darin, daß es hier nicht darum geht, eine

wissenschaftliche Diskussion über eine mehr oder minder richtige, weit verzweigte und in vielen Schattierungen existierende Theorie und Ideologie zu führen. Vielmehr gibt es Charakteristika des Marxismus, die in der politischen Verwirklichung zu gravierenden Veränderungen des gesellschaftlichen Seins führen. Das war es ja in erster Linie, was die Menschen in der Sowjetunion, in der DDR usw. betroffen hat. Die Theorieauseinandersetzung über die Frage, welche Zitate herangezogen werden können, ist da wohl weniger wichtig. Natürlich gibt es eine Fülle von Zitaten, die man verwenden kann, ähnlich wie in der Bibel, die ja auch teilweise widersprüchliche Zitate enthält. Es gibt aber sehr unterschiedliche Marxismus-Interpretationen und -Darstellungen, selbstverständlich, und es gibt vor allem die Frage: wie weit haben die Leute das geglaubt? Und: wie weit haben sie das in der oft genannten „Schizophrenie“ herunterbeten können, andererseits aber ganz anders und vernünftig gedacht? Das alles ist wichtig.

Noch viel wichtiger scheint mir die Frage zu sein, auch für die Zukunft: Wie wurde das gesellschaftliche Sein gestaltet, und zwar mit marxistischen Elementen? Dabei ist nun einmal, hiermit sei es wiederholt, die Enteignung natürlich am wichtigsten. Erwachsen nicht gerade daraus die gegenwärtigen Schwierigkeiten, die ja größer sind als z. B. die Überwindung des Nationalsozialismus vor einiger Zeit? Wie also verhält sich dies? Und schließlich meine ich persönlich, daß sich gerade hier auch eine ganz große Chance eröffnet.

Das möchte ich gerade jetzt zu Ihnen sagen, lieber Herr Ernst: auf Werte kann man, das kann man aus dem, was wir hier heute besprochen haben, schließen, nicht verzichten. Sie sind nichts Beliebigen. Werte können jedenfalls, wenn man diese marxistischen Werte mal heranzieht oder Unwerte, je nachdem, Werte können das gesellschaftliche Sein gestalten und das heißt, sie sind auch für die materiellen Lebensverhältnisse wichtig, sogar entscheidend wichtig. Diese Einsicht könnte, und wir wollen hoffen, daß es so ist, könnte zur Einsicht von der, sagen wir mal frech, zur Einsicht in die „Abhängigkeit des Fressens von der Moral“ oder Ideologie führen. Vielen Dank!

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Herzlichen Dank an alle unsere Berichterstatter heute. Aber jetzt haben wir ein großes Problem. Es rennt uns die Zeit in einer Weise weg, daß wir unsere Zeit wohl kaum noch einhalten können. Wir haben hochinteressante Beiträge noch zu erwarten und ich denke, daß wir das auch wie beschlossen tun sollten. Allerdings sollte sich jeder, der hier zu Worte kommt, wer das ist, können Sie aus Ihrem Programm entnehmen, darum möchte ich herzlich und dringend bitten, auf zehn Minuten beschränken. Wir sind alle MdBs und an Redezeitbegrenzungen gewöhnt.

Jetzt zu einer Ausnahme unter den weiteren Referenten. Herr Noack kann leider nicht unter uns sein, denn sein Flieger wurde durch Nebel gehindert zu starten. An seiner Stelle haben wir sicherlich mit Wolfgang Thierse keinen kümmerlichen Ersatz. Er muß aber seinerseits bald starten mit einem Flieger,

der hoffentlich bei gutem Wetter nach Hause kommt. Deswegen möchte ich Sie sehr bitten, daß wir Herrn Thierse vorziehen dürfen. Die Herrschaften, die nun sprechen werden, bitte ich, alle hier vorn Platz zu nehmen, damit wir Sie Auge in Auge sehen können.

Wolfgang Thierse, MdB: Bei Gründung dieses Staates war ich sechs. Ich war bis zum Ende da und habe nicht den Eindruck, daß ich mich dafür schämen und das entschuldigen müßte. Ich bin aufgewachsen in einer kleinen Stadt. Meine Eltern haben mich als Christ erzogen und ich habe versucht, ein Christenmensch zu werden und zu sein. Das heißt, man ist schon aus diesem Grunde durch Minderheitserfahrungen geprägt.

Mein Vater war Rechtsanwalt. Ich bin also aufgewachsen mit den Niederlagen eines Vaters auch in politischen Strafprozessen. Das machte immun für alles, was folgte. Dies als Vorbemerkung, um zu erklären, daß ich schon von Kindesbeinen an eine heftige habituelle Abwehr gegen alle Formen der Hyperpolitisierung und der Instrumentalisierung des Denkens, der Moral, der Philosophie gehabt habe. Trotzdem habe ich dann etwas studiert, was man in der DDR Gesellschaftswissenschaft nannte, was also Moment der Ideologie war oder eine ideologische Wissenschaft. Ich hatte einfach keine Lust, Medizin zu studieren; Jura wollte ich auch nicht studieren, nach den Erfahrungen mit meinem Vater und nach der Angst, ich könnte etwa Richter oder Staatsanwalt werden müssen. Denn zu dem Zeitpunkt, als ich studieren wollte, hatte man noch die glorreiche Idee, das sozialistische Rechtswesen könne vielleicht auch ganz ohne Rechtsanwälte auskommen. Ich habe also Kulturwissenschaft und Germanistik in Berlin studiert. Das war eine Art Philosophiestudium mit Spezialisierung auf Ästhetik, Kulturtheorie, Kulturgeschichte. Das war die Forcierung dessen, was schon mehrfach beschrieben worden ist.

Wilhelm Ernst hat ausführlich darauf hingewiesen, daß in der DDR ein gespaltenes Bewußtsein forciert wurde. Ich war zugleich Sprecher der katholischen Studentengemeinde in Berlin und dann Sprecher der katholischen Studentengemeinde in der DDR und habe täglich Vorlesungen zur marxistischen Philosophie gehört und zwar, es ist vorhin schon zitiert worden, unter der Losung: „Der Marxismus ist allmächtig, weil er wahr ist.“ Wer unter dieser Drohung sitzt, wird auch immun gegen das, was ihm da unter dieser Losung gesagt wird. Es ist wirklich eine Drohung, unter der man da sitzt. Egal, was da gesagt wird, es kann nicht richtig sein.

Nun zu der Forcierung von „Schizophrenie“. Ich habe darauf hingewiesen, um jetzt einen Akzent hervorzuheben, von dem ich ahne, daß Udo Haschke und Wolfgang Ullmann usw. viele ähnliche Erfahrungen berichten werden, die ich berichten muß. Ich denke schon, Herr Löw, daß es richtig ist, wenn wir mit intellektueller Schärfe danach zurückfragen, was bei Marx selber angelegt ist. Ich habe immer gefunden, daß wir uns davor nicht mit intellektuellen Tricks drücken dürfen. Das ist richtig. Es ist auch

klar, daß es keine Diktatur des Proletariats gibt ohne die Ansätze der Marxschen Theorie. Die konkrete Erscheinungsform hat aber eher mit Lenin zu tun. Aber das ist nicht der Punkt. Das entschuldigt nicht. Es war auch wichtig, daß man irgendwann einmal in der DDR heimlich lesen konnte, wie überzeugend Solschenizyn den Stalinismus auf Lenin zurückgeführt und eine der intellektuellen Ausreden, daß der Stalinismus nur eine radikale Verfälschung des Leninismus war, widerlegt hat, obwohl der Stalinismus auch eine Veränderung und Verfälschung von Leninismus und vom Marxismus war. Dies war er aber auf eine Weise, die die Zusammenhänge noch nicht ganz kannte. Es ist auch richtig, daß in Marx in bestimmter Weise eine Mißachtung der Menschenrechte angelegt ist. Ich will das alles zugestehen. Aber jetzt komme ich auf den Punkt, der mir wichtig ist, damit er als Akzent heute nicht ganz verloren geht.

Ich glaube, wir begreifen im Rückblick nichts, wenn wir nicht auch uns erinnern an die eigentümliche Faszination, die im Marxismus, die in Marx selber liegt. Wir begreifen das nicht. Es wird nicht mehr erklärbar, warum Generationen von Intellektuellen, Generationen von Menschen, daran etwas gefunden haben. Das waren ja nicht einfach nur Verführungen, das war nicht nur Dummheit und das hatte doch auch nicht nur mit sozialen Fragen zu tun, sondern auch mit Marx selber. Es hatte mit diesem Marxismus-Leninismus zu tun, von dem ich vorhin schon gesagt habe, daß es ihn in der dümmsten und die normale menschliche Intelligenz beleidigenden Form gab, aber eben auch in einer anderen Form.

Und ich will auch noch sagen, daß er für mich auch wichtig war. Ich erinnere mich an die Lektüre der Marxschen Frühschriften, an die „Ökonomisch-philosophischen Manuskripte“, die Einleitung zur „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“. Ich bestreite immer noch nicht die intellektuelle Faszination, die einen bei der Lektüre des Kapitels über den Warenfetischismus im „Kapital“ erfaßte.

Das ist doch wichtig. Es war auch deshalb wichtig, weil ich das zu Beginn des Studiums in den sechziger Jahren gelesen habe, wo etwas Wichtiges passiert ist. Dort gab es Ansätze selbst in der DDR durch Einfluß von außen. Das hat mit der Tschechoslowakei, das hat mit Polen zu tun. Es gab also den Versuch einer kritischen Re-Lektüre von Marx gegen die offizielle Legitimationsideologie, zu der der Marxismus-Leninismus verkommen war. Es gab also Adam Schaff: „Marx oder Sartre?“ Es gab die Frage danach, ob eine marxistische Anthropologie möglich ist. Das Fach, das ich studiert habe, Kulturwissenschaft, war der Versuch einer am Schluß mißglückten, aber immerhin ein Versuch einer institutionalisierten Antwort auf das Defizit.

Kulturwissenschaft galt als Disziplin, die sich mit den Entwicklungsbedingungen des Individuums befaßt. So war das mal angesetzt. Es ist nichts daraus geworden. Es gab also den Versuch einer Re-Lektüre von Marx, wenn

man so will, den Versuch, mit Marx den Marxismus-Leninismus und die Legitimationsideologie zu kritisieren. Das war durchaus spannend. Und es gab ja in diesen sechziger Jahren und später Ansätze eines marxistischen Philosophierens. Ich sage das sehr vorsichtig. Ich könnte Namen nennen von Leuten, bei denen ich Vorlesungen gehört habe, deren Bücher ich genau kenne: Wolfgang Heise, Lothar Kühnel, Peter Ruben, um drei zu nennen. Es ist nicht unwichtig, an solche Dinge zu erinnern, weil das Bild einer Einheitlichkeit und Geschlossenheit dann ein bißchen aufgeraut wird.

Es wäre fatal, wenn wir jetzt das Gleiche täten, was Georg Lukacs auf eine faszinierende und höchst gefährliche Weise getan hat mit seinem Buch „Die Zerstörung der Vernunft. Die ideologischen Wurzeln des Nationalsozialismus“. Das war eine so einlinige Erklärung. Wer da alles „ideologische Väter des Faschismus“ waren! Faszinierend war es, weil es zunächst so überzeugend klang und daher war es genauso gefährlich. Es wäre also fatal, wenn wir jetzt im Rückblick auf die Geschichte der marxistischen Tradition dies alles einlinig auf das, was daraus geworden ist, reduzieren würden. Diese Entwicklung ist, glaube ich, widersprüchlich.

Der Bazillus aus Prag, um ein weiteres Thema zu nennen, das Mitte der sechziger Jahre, während ich studierte, wichtig war, weiterhin die Debatte über die Entfremdung. Das war ganz wichtig. Mit meiner beruflichen Erfahrung innerhalb der Disziplin des sog. ML zu tun hatten die Teildisziplinen, die relativ am frühesten und am konsequentesten Differenzierungsversuche unternommen haben, nämlich Ästhetik und Erkenntnistheorie, Logik.

Damit bin ich dann bei meiner letzten Bemerkung. Es gab eben in diesem ideologischen System, das der Legitimation diente, das auf eine katastrophale Weise Vereinfachung war, ich habe das vorhin in eine Frage zu kleiden versucht, das monokausale Erklärungen und damit auch geistige Unfreiheit erzeugte, auch den eigentümlichen, fast schwejschen, Versuch der Wiedereinführung wissenschaftlichen Denkens. In diesem Zusammenhang will ich eine Geschichte erzählen, die anekdotisch ist, aber die fast prototypisch ist.

In den achtziger Jahren war ich an der Akademie der Wissenschaften der DDR. Am Institut für Literaturgeschichte haben wir ein neues umfangreiches wissenschaftliches Projekt konzipiert. Es handelte sich um ein begriffsgeschichtliches Werk. Der Ansatz war gerichtet gegen die Hyperpolitisierung und Ideologisierung auch der ästhetischen Begriffe, des ästhetischen Denkens. Die einzige wissenschaftliche Methode, dagegen anzugehen, erschien uns die konsequente Historisierung. Es gibt keine ästhetischen Begriffe, die nicht zugleich geschichtlich sind. Es gibt keine naturwissenschaftlich mögliche Definition des Schönen. Das haben wir uns damals ausgedacht und mit internationaler Beteiligung in die Wege gesetzt. Und nun kommt das Anekdotische, was nun wirklich für dieses System charakteristisch ist: das, was die Gesellschaftswissenschaften zu forschen und zu planen hatten, mußte

vom Politbüro höchstselbst verabschiedet werden. Es gab alle zwei Jahre einen zentralen Forschungs- und Publikationsplan der Gesellschaftswissenschaften, der vom Politbüro verabschiedet wurde. So absurd war es. Das heißt also, man mußte das eigene Projekt so nach außen hin darstellen, daß man dort sagte: „Donnerwetter, sehr gut, sehr brauchbar“. Also zündete dort nur das Wort „Lexikon“, „Wörterbuch“. Etwas Volkspädagogisches, was nun auf neue Weise den Marxismus jetzt, angewandt auf die Bereiche der Künste usw., unter die Leute bringt. Wir haben sie in diesem Glauben gelassen, kein Wort darüber wirklich gesagt, was wir im einzelnen darüber differenziert meinten. Zwischengeschaltet war ohnehin die berühmte und berüchtigte Akademie, vormals Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Das war das Zensurorgan für die Gesellschaftswissenschaften. Denen mußte man mitteilen, was man vorhatte. Nachdem die Konzeption dort verabschiedet war, war ein Raum relativer Freiheit in der DDR hergestellt. Man war in der großen Nische der Akademie der Wissenschaften, man konnte sein Projekt verfolgen, schon zu DDR-Zeiten mit erheblicher westdeutscher wissenschaftlicher Prominenz, sogar Amerikaner und Franzosen waren dabei. Das war aber nie zum Politbüro gedrungen. Ich erzähle das nur, um zu sagen, daß es selbst innerhalb dieses rigiden Systems, das wir jetzt der Vereinfachung wegen „Marxismus-Leninismus“, „ML“, nennen, Differenzierung gab, Bewegung, es gab Räume, in denen versucht wurde, gegen die Verhältnisse zu denken, auch gegen dieses ideologische System selbst.

Ich habe den Akzent so gesetzt, weil ich weiß, daß sicher noch andere Akzente hier bei den Berichten gesetzt werden.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Danke, Wolfgang Thierse, daß wir die Lücke so haben füllen können. Er hat weiß Gott nicht die Rolle eines Lückenbüßers gespielt. Als nächstes ist Herr Dr. Guttmacher an der Reihe.

Dr. Karlheinz Guttmacher, MdB: Meine Damen und Herren. Als ich gefragt worden bin, ob ich mich hier an diesem Ort als Zeitzeuge Ihnen zur Verfügung stellen möchte, ob ich eine Bewertung vornehmen möchte dessen, was man selber in seiner Jugend als Student, dann aber auch in seinem Arbeitsleben, erlebt hat, wie man dies empfunden hat, und darüber hier zu berichten, war ich sehr gerne bereit.

Ich möchte Ihnen, ähnlich wie Herr Thierse auch am Anfang, ganz kurz berichten, wie ich in die Schule, in eine Grundschule der früheren DDR, eingeschult worden bin. Ich bin noch in Danzig geboren. Mein Vater war Regimentskommandeur und wir siedelten 1945 im Februar nach Wernigerode um. Wir kamen in einen Ort, der dann zwischen der Grenze von Ost und West lag. Aus diesem Ort, Hessen hieß er, bei Wernigerode, wurden wir als erste zwangsausgesiedelt, als 1949 die Deutsche Demokratische Republik gegründet worden ist.

Ich komme aus einem sehr liberalen Haus. Sowohl mein Vater als auch schon mein Großvater, als Begründer einer liberalen Partei in Hessen, ebenso meine Mutter, die ein Studium auch in Danzig als Sportlehrerin absolviert hatte, waren in einer liberalen Partei, und so war es nicht eigentlich nur gradlinig, daß ich dann als Student 1963 auch der früheren LDPD in der DDR beitrug. Dies halte ich für sehr wichtig, damit Sie dann auch meine Wertung verstehen.

Ich danke Herrn Thierse für eine Bemerkung, die ich nachempfinden kann. Es gab Räume, in denen man auch seine Meinung und seine Gedanken äußern konnte. Im wesentlichen aber waren diese Gedanken und auch das eigene Empfinden so stark reglementiert, daß, so glaube ich, viele junge Menschen, die man heute befragt, sehr bitter enttäuscht sind über die Entwicklung, die sie nehmen mußten. Ich meine dies auch in der beruflichen Entwicklung, die sie in Abhängigkeiten brachte. Wichtig war z. B., wie gut sie im Marxismus-Leninismus schon während ihres Studiums waren. Ich komme auf diese einzelnen Prozesse gleich noch zurück.

Ich habe geglaubt, hier seien einige Sachverständige und einige Zeitzeugen, die gehört werden und daß man am besten gleich mit der Allgemeinbildung und der Ausbildung beginnt, die man genossen hat, dem Marxismus-Leninismus. Dies möchte ich hier nicht tun, sondern ich will gleich zu dem Abschnitt übergehen, der die marxistisch-leninistische Ausbildung betrifft, so wie ich sie an einer universitären Lehreinrichtung empfand.

Um das auch substantiell etwas zu verdeutlichen, habe ich mir gestern noch sehr schnell aus dem Universitätsarchiv von Jena die unterschiedlichen Lehrabschnitte im Grundlagenstudium des Marxismus-Leninismus, so wie sie an den Universitäten und Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik gültig waren, wie es auch hier überschrieben ist, faxen lassen, und ich würde sie sehr gerne der Enquete-Kommission in diesem vollen Wortlaut auch übergeben, damit Sie diese in Ihrem Material als Beleg haben.

Ich empfand es ebenso wie Herr Thierse, da kann ich mich meinem Kollegen als Naturwissenschaftler anschließen. Ich habe an der Universität Jena Chemie studiert. Wir führten eine wohlwollende Diskussion im Marxismus-Leninismus, besonders im dialektischen und historischen Materialismus. Es ging darum, solche Begriffe auszufüllen wie „Materie“, „Grundfrage der Philosophie“, „Bewußtsein“, „materialistische Dialektik“, „Entwicklung“, „Determinismus“, „Kausalität“, „Grundsätze der Dialektik“, und ich könnte dies weiter ausführen. Diese Begriffe werden ja nicht nur ausgefüllt durch das Grundlagenstudium im Marxismus-Leninismus, sondern dies hätte man zweifellos auch vor etlichen hundert Jahren so ausfüllen können.

Aber die Zielstellung dieser Ausbildung hat man uns dann auch schriftlich gegeben. Diese möchte ich Ihnen nicht vorenthalten. Da steht, so bekamen wir dies dann auf einem Handzettel in das Seminar gereicht: „Das Ziel des

Studiums ist es, die Wissenschaftlichkeit, Parteilichkeit, den revolutionären Geist und den optimistischen Charakter der philosophischen Theorie des Marxismus-Leninismus und deren gesellschaftliche Funktion als Ausdruck der Interessen der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei bewußt zu machen und Ihr Denken und Handeln philosophisch-weltanschaulich zu motivieren.“ Und so zieht sich dies in gleicher Weise durch die nächsten Abschnitte, durch einen zweiten sehr großen Abschnitt der Politischen Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus und schließlich, als Höhepunkt, den im 6. Semester gelesenen wissenschaftlichen Kommunismus, Grundlagen der Geschichte der Arbeiterbewegung. Ich möchte dies hier nicht so ausführlich vortragen, da ich, wie gesagt, diese Unterlagen der Enquete-Kommission sehr gerne übergeben möchte.

Die Einstellung zum Grundlagenstudium Marxismus-Leninismus war ein wenig dadurch geprägt, daß jeder Student wußte, daß die Note in Marxismus-Leninismus den gleichen Rang, die gleiche Wertigkeit erfuhr, als ob man in der anorganischen, organischen oder theoretischen Chemie einen Beleg einholen mußte. Ich empfand es als nahezu unerträglich, daß dann diese Note in Marxismus-Leninismus mit einer Wertigkeit in die Diplom-Note einging, die Auswirkungen auf die Gesamtbewertung hatte. Viele meiner Kollegen teilen auch heute die Meinung, daß man, wie wir damals, als wir ein Graduiertenstudium absolvierten und an einer Promotion arbeiteten, auch einen Kurs belegen müsse über marxistisch-leninistische Weiterbildung. Wenn es wenigstens ein Thema gewesen wäre aus der Dialektik oder in einem besonderen Programm, etwa zu Lernalgorithmen, in einer vielleicht besseren, abstrakteren Form, mit entsprechenden Anwendungen auf das Fachgebiet, den Wissenschaftsgegenstand, dann würde man dieses möglicherweise noch verstanden haben. Aber man mußte, und das war eben der Zwang, der auch auf ein solches Studium ausgeübt wurde, ein zweijähriges Doktorandenseminar in Marxismus-Leninismus belegen und eine Arbeit abschließen. Diese Arbeit war eine Promotionsnote, eine ausgewiesene Promotionsnote. Ich weiß von einigen Kollegen, daß sie eine ganz ausgezeichnete wissenschaftliche Arbeit verteidigt haben, letztlich dann aber ein „cum“ oder ein „rite“ bekamen, weil die ML-Note nicht den fachlichen Leistungen entsprach.

Ich habe mich dann sehr darüber gefreut, daß wir wenigstens zur Habilitation nicht noch eine derartige Arbeit einreichen mußten. Aber die Freude bezog sich nur darauf, daß man zur Habilitation keine Note in ML brauchte. Wir mußten jedoch alle gleichermaßen an einem Kolloquium Jenense an der Jenaer Universität teilnehmen und mußten hier den Nachweis führen, daß wir auch weiterhin das marxistisch-leninistische Studium betrieben, wie wir dies schon als Student und dann als Promovend getan hatten.

Wir haben das als sehr unangenehm erlebt. Ich möchte an dieser Stelle meinen Kurzbericht beenden. Ich glaube, wenn man das jetzt im Nachhinein

mit Abstand betrachtet, wie wir in diesem marxistisch-leninistischen Studium gefordert wurden, wird verständlich, daß eine Aversion entsteht gegen diese Lehre. Diese Aversion wird umso stärker sein, je stärker man die Lehre des Marxismus-Leninismus zwangsweise an die Studenten und an die Kollegen im Graduiertenstudium herangetragen hat. Mir hat sehr gut gefallen, was Herr Leonhard vorhin in diesem Zusammenhang gesagt hat.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Das Letzte hört sich ja geradezu tröstlich an, so, als ob ein Übermaß an Indoktrination auch eine Art von Immunität erreicht. Herr Dr. Ullmann, Sie sind der nächste. Entschuldigung, bitte Herr Haschke.

Udo Haschke, MdB: Ich bedanke mich für das Wort und möchte eine einleitende Bemerkung machen. Als vorige Woche hier in der Fraktion zwei Berichterstatter vortrugen, war mir klar, daß man das Phänomen der ideologischen Beeinflussung in der damaligen DDR nicht mit Vorträgen, und wären sie noch so klug, heute haben wir sehr gute gehört, erfassen kann. Ich habe mich deshalb entschlossen, ein paar Momentaufnahmen aus dem ideologieträchtigen Alltag der damaligen DDR zu geben. Ich habe deshalb einen Stapel von Ablichtungen von Originalen aus dieser Zeit verteilen lassen.

Ich möchte begründen, wie ich zu diesen Momentaufnahmen gekommen bin. Man hat früh am Morgen, in mehr oder weniger guter Wohnlage, sein Haus verlassen in einer mehr oder weniger schmutzigen, stinkenden Stadt. Man ist in einer überfüllten Straßenbahn gefahren, hat aus dem Fenster geschaut und hat an grauen Fassaden große rote Losungen gelesen. Man ging in den Betrieb oder in die Schule, im Betrieb durch die „Straße der Besten“, wo die Bilder von Aktivisten aufgehängt waren. In der Schule ging man an dem Eingangsspruch des jeweiligen sozialistischen Namensheiligen der betreffenden Schule vorbei. In der Schule wurde zur Begrüßung nicht „Guten Morgen!“ oder „Guten Tag!“ gesagt. Vielmehr brüllte ein Ordnungsschüler, je nachdem Pionier oder FDJler, „Achtung!“ und dann sprangen alle auf und machten ihr Stehmännchen. Danach wurde, bei den Pionieren etwa, begrüßt: „Für Frieden und Sozialismus, seid bereit!“. Die Klasse brüllte zurück: „Immer bereit!“. So ging das ggf. sechsmal am Tag. Das gehörte dazu.

Ich meine, da ist verständlich, daß sehr viele Leute sich in solcher Situation in Nischen, in höchst private Nischen, oft war es der Garten, die Datsche, der Freundeskreis, zu Hause, zurückgezogen haben.

Ich möchte ein paar biographische Zahlen nennen, auch das ist wichtig. Als ich 1950 in die erste Klasse kam, hat meine Klassenlehrerin mich natürlich sofort für die Organisation der Jungen Pioniere begeistert. Ich trug mit Stolz mein blaues Halstuch nach Hause. Mein Vater, gerade erst ein Jahr aus russischer Kriegsgefangenschaft zurück, hat mir sehr handgreiflich beigebracht, daß er das nicht wünscht. In der 8. Klasse hat er mich entgeistert gefragt, es waren

ja dann acht Jahre vergangen, warum ich kein Junger Pionier sei. Das war nämlich eine der Begründungen, warum ich nicht zur Erweiterten Oberschule durfte.

Nach zehnklassiger Schule absolvierte ich dann eine Berufsausbildung mit Abitur, das war damals was Neues, mit dem Ergebnis: „Empfehlung nicht zum Studium, sondern Bewährung in der sozialistischen Produktion.“ Dann hatte ich unheimliches Glück. Ich war nämlich an der Anstalt, von der auch Professor Ernst kommt. Ich habe also drei Jahre katholische Theologie studiert. Das endete damals für mich mit dem Philosophicum. Ich hatte dort relativ viel Marxismus-Leninismus, nicht nur, aber auch dies. Mit Marx haben wir uns jedenfalls auch auseinandergesetzt.

Dann kam der Übergang zur „sozialistischen Universität“, Friedrich-Schiller-Universität Jena. Ich komme zum gleichen Thema, zu dem auch Herr Guttmacher und Herr Thierse gesprochen haben. Es hat Spaß gemacht, noch dazu auf der Grundlage dieses Erfurter Studiums, im philosophischen Grundlagenstudium des ML zu streiten, es hat einfach Spaß gemacht.

Und vieles konnte man mittragen. Ich brauche das nicht noch einmal im Einzelnen zu nennen: die Frage Entfremdung, die Frage „Freiheit des Einzelnen als Voraussetzung für die Freiheit aller“, das sind schon Fragen, die man inhaltlich mittragen wollte.

Aber dann tauchte das auf, was ich die „ideologische Einflußnahme zwischen Verlockung und Druck“ nennen möchte. Der Streit war für den jungen Assistenten nicht immer angenehm und nicht immer siegreich. Der zuständige Prorektor für Erziehung und Ausbildung, „E und A“, nahm mich zur Seite und sagte: „Herr Haschke, wenn Sie so weitermachen, können wir Leute wie Sie nicht mehr immatrikulieren.“ Damit war eigentlich nicht ich bedroht, sondern andere, und das ist ja noch viel schlimmer.

Ich will es damit lassen und nur schnell noch ein paar Sachen zeigen und erläutern. Ich habe hier ein paar schöne Bildchen. Das schöne Bild aus Jean Effels Karikaturenbuch: Gott weiß nicht mehr weiter, schaut nach oben und sieht die Lösung. Da fällt einem gleich das FDJ-Lehrjahr ein. Auch das ist ja bewußt gemacht und gewollt gewesen. Ich habe einige Texte abgelichtet als Lesebeispiele für den, der viel Zeit hat.

Ein nächster Punkt. Ich habe noch mal in meinen Pädagogikhefter geschaut, also in die Mitschriften der Pädagogikvorlesungen. Ich will jetzt nicht daraus zitieren, sondern möchte bloß auf die Pflichtliteraturliste verweisen. Da ist nicht viel von Bildung und Erziehung die Rede, dafür aber von Lenin und Krupskaja und Marx und Engels und wieder Lenin usw. zu lesen. Dann kommen „die Aufgaben der Seminargruppe aus staatlicher Sicht“, dann die eigene kritische Auseinandersetzung in der katholischen Studentengemeinde.

Dann möchte ich nur noch erwähnen, daß wir auf dieser Grundlage mal eine illegale Befragung gemacht haben. Die letzte Frage war: „Könntest Du in einer Seminargruppe, in der jeder jeden kennt, in der freimütig über alles diskutiert wird usw., möglicherweise die Gefahr eines Überwachungsinstrumentes sehen?“ Im ersten Studienjahr haben das alle verneint, im fünften Studienjahr der überwiegende Teil bejaht. Man hatte dann schon seine Erfahrungen gemacht. Und nur als Gag habe ich für zuletzt noch etwas aufgehoben: handschriftlich, darauf ist man dann gestoßen und hat Parallelen erkannt: „Grundzüge betr. Errichtung und Unterricht an der preußischen einklassigen Elementarschule.“ Wer dafür Zeit hat, kann sich das mal anschauen. Das nächste ist aus dem Schulamt, ich habe ein langes Wochenende jetzt dort verbracht, also Akten durchgesehen, den Arbeitsplan eines Fachzirkels Deutsch z. B. Da steht, besonders wichtig sei die Auswertung und die Arbeit mit der „sozialistischen Tagespresse“ und die sofortige altersspezifische Auswertung von wichtigen Partei- und Staatsdokumenten.

Ich kann das jetzt nur übergeben, das ist wieder schriftlich aus einer solchen alten Akte: Einbeziehung der Parteidokumente in den Lehrplan Deutsch, Klasse 7. Zu Schillers „Handschuh“: „Der sozialistischen Gesellschaft sind Handlungsweisen wesensfremd wie Egoismus und Raffgier, Spießertum“, usw. usw. „Die Partei wendet sich entschieden gegen Herzlosigkeit und Rücksichtslosigkeit in den zwischenmenschlichen Beziehungen.“ Das soll der Interpretationsinhalt zu Schillers „Handschuh“ sein. Das ist kein Spaß.

Ich habe noch ein paar weitere Dinge ausgewählt, aus denen das deutlich wird. Das, was da alles an Anweisungen, Sekretariatsvorlagen SED-Kreisleitung Jena-Stadt, Bezirksleitung usw., zutage kommt, spottet jeder Beschreibung. Wem es Spaß macht, wer sich da mal durchquälen will, soll es in Gottes Namen tun. Ich möchte auf die letzten drei Seiten verweisen. Da wird nämlich über besondere Vorkommnisse berichtet. Ein besonderes Vorkommnis: Eine neunte Klasse gerät in einer Jugendherberge mit einer 9. Klasse aus der Bundesrepublik in Berührung. Unverantwortlich von dem Jugendherbergsleiter, der das nicht richtig organisieren konnte. Jedenfalls lesen wir am Schluß: „Der Direktor sichert zu, daß durch die Klassenleiterin in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der FDJ-Leitung, dem Elternaktiv und natürlich den Genossen Eltern eventuell auftretende Briefverbindungen abgebaut werden.“ Ein Stückchen weiter finden wir ein weiteres Vorkommnis, das aber immerhin drei Seiten in diesen Akten umfaßte. Da hat doch tatsächlich jemand am Wahltag an den üblichen Fahnschmuck ein Bildchen aus dem Geschichtsraum gehängt, darstellend eine Szene aus der Sklavenhaltergesellschaft. „Das ist ja eine Provokation!“ Der Direktor macht folgendes. Er untersucht den Stuhl, der zu dieser Fahne führt, man mußte auf den Stuhl steigen, um an diese Fahne zu gelangen, er stellt auf dem Stuhl einen Fußabdruck fest und ist nun bemüht, diesen Schuhabdruck zu konservieren und dann, nicht in einer Aktion,

sondern persönlich in gelegentlicher Kontrolle während der Sportstunden, herauszufinden, wem der entsprechende Schuh gehört. Der Bericht endet hier.

Ich möchte noch folgendes erwähnen. Ich habe für meine Kinder, als sie geboren wurden, am ersten bzw. „nullten“ Geburtstag, alle Zeitungen, die es auf der Post gab, aufgekauft, zusammengerollt und sie aufbewahrt, damit die Kinder sie in die Hand kriegen, wenn sie mal achtzehn sind. Hoffentlich können sie dann darüber lachen. Ich habe diese Woche das erste Mal ein solches Paket wieder aufgemacht. Ich muß Ihnen sagen, ich konnte nicht darüber lachen. Es ist entsetzlich, wer sich das antun will, soll sich das ansehen. Die letzten drei Seiten möchte ich Ihnen wieder zeigen. Dieses Bild z. B., der junge Pionier mit der Trompete und eine herzerreißende Geschichte darunter, war in der Zeitschrift „Bummi“ zu sehen, die für den Kindergarten gemacht wurde, also bei Kindern zwischen drei und sechs Jahren zur Anwendung kam. In der Zeitschrift „Atze“, erste bis vierte Klasse Pflichtlektüre in den Schulen, 1982: auf der einen Seite die heile Welt des Sozialismus, auf der anderen Seite die trostlose Welt des absterbenden Imperialismus. Ich habe das aus diesen Kinderzeitschriften entnommen, weil eine Frage zur Vorbereitung dieser Anhörung lautete: „Wann haben Sie das erste Mal diese ideologische Beeinflussung gespürt?“ Vielleicht haben es die Kinder zunächst nicht so gespürt, aber die Beeinflussung hat in der Kinderkrippe eingesetzt und hat nie aufgehört.

Einen letzten Gesichtspunkt muß ich freilich noch erwähnen. Es gab auch in der damaligen DDR Möglichkeiten, an andere Literatur heranzukommen. Beide Vorredner haben es schon erwähnt. Ich möchte nur darauf hinweisen und habe deshalb das auch abgeleuchtet, es stammt aus dem Hause, aus dem Herr Professor Ernst kommt, später aus einer Einrichtung der Deutschen Bischofskonferenz. Dort gab es etwa jeden Monat ein sog. theologisches Feuilleton. Dort waren Aufsätze aus aller Welt zu Fragen der Theologie und Philosophie gesammelt. Ich habe einen Aufsatz von Konrad Feiereis ausgewählt, der auch in Erfurt lehrte, „Philosophie in der DDR, betrachtet aus christlicher Sicht“. Ich kann diesen guten Gewissens zur Lektüre empfehlen. Da tut man sich nichts an. Ich darf abschließend daraus zitieren: „Bleibt den Christen in dieser Gesellschaft nur die Möglichkeit, durch den gelebten Glauben die Einstellung seiner atheistischen Umwelt positiv zu beeinflussen.“

Ich kürze ab: Der Christ hat zu prüfen, welche Pflichten die Kommune ihm auferlegt, welche Rechte ihm zugestanden werden und welche Grenzen ihm durch Gewissen und Glauben gesetzt sind. Und hier muß ich ein bißchen dem Vortrag von Professor Ernst widersprechen. Es gab eben eine Grauzone, die sich heute auch auf die Prüfmöglichkeiten auswirkt. Ich muß es so sagen. Wer in dem Zwang stand, etwas zu tun, da wird es schwer, zwischen Mitläufer, Mittäter oder Gegner immer genau zu unterscheiden. Manchmal floß alles

zusammen, Mitläufer, Mittäter und Gegner. Heute wurde ja auch gesagt, ich zitiere wieder Professor Ernst: Er sagte, er habe bei Anhörungen noch keinen gefunden, der wirklich auch über Schuld sprach. Zu mir kam ein Parteisekretär, der ehemalige stellvertretende Parteisekretär meiner Schule und beschwerte sich, daß er nun für bedenklich gehalten wird und sagte: „Ich habe doch niemandem was getan“. Ich habe ihm gesagt: „Du hast es gut, das kann ich nicht von mir behaupten.“ Und jetzt zitiere ich abschließend einen Brief eines Weimarer Lehrers, der sagte: „Wir sollten uns daran machen, unsere eigene Vergangenheit zu durchleuchten. Es wird jeder fündig werden, fündig an Versagen, aber auch fündig an Tapferkeit“.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Ich denke, daß wir auch Ihre Worte, auch Ihre letzten, sehr wohl verstanden haben. Das gilt sicherlich nicht nur für die Bürger und Bürgerinnen im Osten, sondern auch manchmal für uns im Westen. Daß Kinderzeitungen „zur Anwendung kamen“, werde ich mir merken. Und jetzt Herr Dr. Ullmann.

Dr. Wolfgang Ullmann, MdB: Danke, Frau Vorsitzende. Ich gehöre ja nun, wenn man mal die Hierarchie von Herrn Leonhard anwendet, nicht einmal zu der untersten Gattung der einfachen Parteimitglieder. Das muß ich ausdrücklich sagen, weil ich diese ganze herrliche Unterrichtung, die meine Vorredner alle genossen haben, nie gehabt habe. Das ist altersbedingt, aber eben auch durch meinen Beruf und meinen Werdegang als Theologe.

Ich will so vorgehen, daß ich den zur Vorbereitung entworfenen Fragenkatalog verwenden werde. Als alter Herr ist man ja in großer Gefahr, sehr viel zu plaudern, zumal dieses Thema unerschöpflich ist. Ich bin Ihnen ausdrücklich dankbar, daß Sie diesen Fragenkatalog aufgestellt haben und will auf sechs der Fragen eingehen. Zunächst einmal möchte ich aber meinen Standpunkt bezeichnen, von dem aus ich antworte.

Die erste Frage lautet: „Wie alt waren Sie, als Sie zum ersten Mal mit dem Marxismus-Leninismus in Berührung kamen?“ Daß ich überhaupt mit ihm in Berührung kam, hing damit zusammen, daß die Sowjetarmee in Dresden einzog, sonst wäre es vermutlich nicht passiert. Dann wäre ich so bürgerlich geblieben, wie ich eben von Haus aus war. Hier möchte ich eine Zwischenbemerkung anekdotischer Art einfügen. Ich hatte einen Kollegen, der nie Professor geworden ist, Herr Weber kennt ihn vielleicht, den Historiker Sielaff an der Humboldt-Universität. Er sagte mal zu mir: „Ja, ich weiß nicht, ich weiß nicht, Herr Ullmann, ob die Überzeugungskraft des Marxismus-Leninismus gegenüber deutschen Professoren u.U. etwas mit der Anwesenheit der Roten Armee im Lande zu tun hat?“

Nun war ich Christ und hatte dadurch, ohne irgendwelche politischen oppositionellen Absichten damit zu verbinden, eine Distanz zum Marxismus-Leninismus, weil ich mir sagte: das geht nicht mit dem Christentum zusammen. Das ist eine Lehre, die der berühmten Versuchung in der Geschichte

entspricht, wo Jesus aus Stein Brot machen soll. Ich denke, auf diesen Versuch lief das etwa hinaus und darum habe ich immer gemeint: das kannst du nie akzeptieren. Außerdem gehörte, ich weiß nicht, ob die Herren Professoren schon darauf gekommen sind, bis zum Ende der marxistisch-leninistischen Herrschaft in der DDR zu den Lehrsätzen, den historischen, immer das Bestreiten der Historizität Jesu. Das konnte ich als Christ natürlich nie mitmachen. Ich habe noch Anfang der achtziger Jahre ein biographisches Lexikon der Weltgeschichte zum Rezensieren gekriegt, in dem Jesus nicht vorkam. Das ging nach dem berühmten, Herr Leonhard kennt das, Erbsatz Lenins aus dem Jahre 1922, wo das stand und seitdem galt es.

Damit komme ich zu meinem zweiten Punkt, der zur Distanz geführt hat. Ich wurde ab 1963 Lehrer. Ich war zeitweise sogar der Kollege von Herrn Ernst für kürzere Zeit in Erfurt und war also dann vom Hauptberuf Historiker. Und da habe ich immer gefunden: irgendwie stimmt da was nicht mit diesen Bewegungsgesetzen der Geschichte. Ich hatte mich immer mit dem Mittelalter zu befassen und das hat mich sehr interessiert. Da las ich nun bei den Marxisten immer, das sei das Zeitalter des Feudalismus gewesen. Ich dachte, aber wieso denn. Der Feudalismus ist nur ein Ausschnitt aus der Geschichte des Mittelalters. Im Byzantinischen Reich hat es nur in sehr unvollkommener Weise Feudalismus gegeben. Und die katholische Kirche, deren Struktur ich einigermaßen gut gekannt habe, auch in der mittelalterlichen Zeit, die war keine Feudalorganisation. Sie wurde aber immer so behandelt. Und da ich nun mich auch mit den Kirchenvätern befassen mußte, also auch mit antiker Geschichte, las ich dann immer, daß sei eine Sklavenhaltergesellschaft gewesen. Ja, es gab natürlich Sklaven in der Antike, aber das macht doch eine Gesellschaft noch lange nicht zu einer Sklavenhaltergesellschaft. Und dann, das ist vielleicht jetzt etwas burschikos gesagt, habe ich mir überlegt, es ist doch merkwürdig, wenn Leute wie Marx und Engels, die nie hauptberuflich Historiker gewesen sind, irgendwie auf irgendeine Weise die Bewegungsgesetze der Geschichte entdeckt haben sollten. In normalen Wissenschaften ist das nicht so. Das kam mir so vor, als wenn ein Nichtchemiker Grundgesetze der Chemie entdeckt haben sollte. Zufälligerweise ist das natürlich möglich, aber ist nicht die Regel. Von daher konnte für mich der Marxismus-Leninismus immer nur interessant sein als ein politisches Handlungskonzept. Als solches war er natürlich für mich als einem Menschen, der in der DDR lebte und dort seine Familie hatte, so interessant, daß ich regelmäßig das Neue Deutschland gelesen haben. Das mag dann vielleicht auch meine jetzigen Bemerkungen gefärbt haben.

Zu Frage 1: „Wie alt waren Sie, als Sie zum ersten Mal mit dem Marxismus-Leninismus in Berührung kamen?“ Ich bin historisch zufällig als Student mit ihm in Berührung gekommen, neunzehnjährig, ich war ein sehr junger Student damals, 1948. Übrigens habe ich in Westberlin an der Kirchlichen Hochschule

studiert und dort angefangen, Lenin zu lesen, und zwar „Materialismus und Empiriokritizismus.“ Ich las das auf dem Hintergrund des Anspruchs, daß das eine philosophische Weltanschauung sei. Also wollte ich irgendein philosophisches Buch lesen und weil der Titel so philosophisch klang, nahm ich also dieses Buch und las es mit wachsender Verwunderung. Diese rührte einmal daher, daß ich so viel nicht verstand, weil es da immer um irgendwelche Parteistreitigkeiten in Rußland ging. Ich hatte keine Ahnung, wer der Herr Plechanow ist und andere Helden dieser Zeit. Außerdem wunderten mich immer mehr an diesem Buch solche Dinge wie z.B. diese wunderbare Definition der Materie, diese sei eben objektiv existent. Da dachte ich: Das ist irgendwie sonderbar, denn das ist genau die Definition, die Platon für die Ideen angibt. Seitdem – bitte sehen Sie mir das nun nach – es war nicht purer Hochmut, sondern es war Widerspruchsgeist, habe ich es nicht ertragen können, daß Lenin als philosophischer Klassiker in unserem Lande betrachtet wurde. Ich muß ehrlich sagen, ich habe das als eine Schande empfunden, das alle an den Universitäten gezwungen wurden zu sagen, er sei ein philosophischer Klassiker. Sie mußten es ja sagen. Soviel zu dieser Frage 1.

Frage 2: „Wie erfolgte die Vermittlung des Stoffes?“ Da haben meine Vorredner eigentlich alles gesagt, was man dazu sagen kann. Ich will nur eine Anmerkung machen. Wir hatten natürlich auch eine Philosophieprüfung in unserem Studium in Naumburg und in Berlin und ich habe mich immer mit meinem Kollegen Richard Schröder etwas gestritten über folgendes. Unsere Studenten durften sich ein Thema wählen für die Philosophieprüfung und Herr Schröder ließ Marx immer zu. Ich hab gesagt: „Also, Herr Schröder, ich finde eigentlich, daß man Marx nicht zulassen darf. In meinen Augen ist er vielleicht ein großer Politökonom und Gesellschaftsanalytiker, aber unter Philosophie stelle ich mir etwas anderes vor.“ Da sehe ich überhaupt ein riesengroßes Problem im Marxismus-Leninismus, wenn ich ihn mal von Marx her betrachten darf. Er hat doch in dem berühmten Text, den Herr Thierse auch zitiert hat, in der Einleitung zur „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“, geschrieben, daß es darauf ankäme, die Philosophie aufzuheben. Dies sollte natürlich dadurch geschehen, daß man sie realisiert. Marx selbst hat ja auch keine philosophischen Bücher mehr danach geschrieben. Wieso gibt es dann eigentlich eine marxistisch-leninistische Philosophie? Darauf habe ich nie eine klare Antwort bekommen.

Es gab ja in der DDR zwei bedeutende Philosophen und es ist interessant, wenn man merkt, daß man aus dem gleichen Milieu kommt. Natürlich habe ich auch Lukacs studiert und genau dieses Buch über die „Zerstörung der Vernunft“, von dem der Titel mich sehr interessierte. Schon beim Untertitel regte sich mein Widerspruch, als ich da las: „von Schelling bis zu Hitler.“ Ich dachte, solche historischen Luftlinien erzeugen erhebliche historische Bedenken. Und

der Fall Lukacs ist natürlich eben, da sage ich ja hier den Marxismus-Experten überhaupt nichts Neues, in meinen Augen ein höchst interessanter, aber auch höchst problematischer Fall. Wie konnte dieser bedeutende Mann, der von Haus aus ja auch kein Philosoph war, sondern ein Literaturwissenschaftler, so gut den Stalinismus und in Moskau überstehen? Das ist eine Frage, auf die ich keine Antwort weiß. Genauso verhält es sich mit dem Fall Bloch. Natürlich habe ich auch mitgekriegt, was sich da in Leipzig abspielte. Der Fall Bloch ist auch ganz schwierig. Ich weiß, welche Rolle Ernst Bloch bei der akademischen Diskreditierung von nichtmarxistischen Philosophen gespielt hat, die es ja in der DDR durchaus gegeben hat. Ich brauche nur daran zu erinnern, daß Hans Georg Gadamer früher in Leipzig gelehrt hat. Bloch hat in meinen Augen eine besonders negative Rolle gespielt. In Jena hat er dazu beigetragen, die letzten Reste der großen Frege-Schule an der Universität zu diskreditieren, und zwar mit den verrückten stalinistischen Auffassungen über Logik. Da gab es ja einen marxistischen Logiker, der es fertigbrachte zu definieren, Logik sei die Denkform des sowjetischen Menschen. Darüber hat sich dann Herr Sinowjew lustig gemacht.

Ich will nun noch eine Einzelheit hinzufügen. Es geht um die Frage, ob die Theologen auch einen solchen ML-Grundkurs machen sollten. Wir haben immer wieder darüber debattiert, nicht, weil wir meinten, daß man dabei soviel lernen könnte, sondern weil wir sagten, daß es eigentlich unnatürlich ist, wenn die Unsrigen das nicht mitmachen, was sonst alle durchmachen mußten. Es ist ja dann im Jahre 1968 durch Eingriffe von außen, über die ich nicht weiter reden will, am Theologischen Seminar in Leipzig, im Unterschied zu den anderen kirchlichen Hochschulen in der DDR, dazu gekommen, daß so ein Grundkurs eingeführt wurde. Die Leipziger mußten an einer Volkshochschule einen solchen Abschluß machen. Wir haben aber dann durch diese Erfahrung nicht gemeint, daß wir das bei uns auch einführen sollten, weil alle, die Kollegen und die Studenten, sagten, das sei so unernst, es lohne sich eigentlich nicht. Es komme nichts dabei heraus.

Frage 4: „Ideologische Auseinandersetzung.“ Hier will ich nur folgendes andeuten. Herr Hilsberg und ich stammen ja von demselben Berliner Hinterhof. Da kriegte man das natürlich mit. Dort ging Wolfgang Templin aus und ein und an das Sprachenkonvikt in Berlin kam dann solch eine Dissidentin wie Frau Wollenberger. Das waren ja alles Nachfolgen des Falles Havemann. Es landeten aber auch bei uns, und daran fühlte ich mich bei Ihrem Bericht erinnert, Physiker. Es wurde nämlich manchmal die These vertreten, in den Naturwissenschaften habe das mit dem Einfluß des Marxismus-Leninismus nicht geklappt. Nein, nein, es war dort genauso schwierig. Ich erinnere mich da an zwei junge Leute. Der eine hatte in einem Spezialgebiet der Physik gearbeitet und geriet mit dem Marxismus-Leninismus aneinander. Er konnte

gerade noch promovieren. Der andere konnte seine Diplomarbeit nur mit Mühe zu Ende bringen, weil es da auch solche ideologischen Probleme gab.

Ich muß zum Schluß kommen. Für mich war mit dem Jahre 1968 klar, was Herr Leonhard gesagt hat, daß der Marxismus-Leninismus keine orientierende Kraft mehr besaß. 1974 kam dann der Marxismus-Leninismus sogar in die Verfassung. Ich habe damals als Dozent in Naumburg Seminare gehalten, natürlich auch über die „Ökonomisch-Philosophischen Manuskripte“, die übrigens damals erst gedruckt werden durften. Vorher mußte man sie sich auf Umwegen aus dem Westen besorgen. Ich habe mit den Studenten auch Lenin gelesen, nicht, um sie dagegen immun zu machen, sondern um einfach mal zu fragen: wer hat denn nun recht, Dubcek oder Breschnew? Das Erschreckende für uns war: auf der Basis der Texte mußten wir sagen, doch, der Breschnew hat recht. Es wird nicht klappen, was die Tschechen sich vorgenommen haben. Und damit bin ich eigentlich bei meiner Antwort auf die Frage, ob der Zusammenbruch der DDR etwas mit dem Marxismus-Leninismus zu tun hat. Ich würde darauf sagen: ja. Wenn Sie mal die zehn Punkte des Kommunistischen Manifestes vergleichen mit dem, was in der DDR passiert ist, muß man sagen: sie haben probiert, das zu realisieren und die Ergebnisse waren so, wie wir es lernen mußten. Ich würde aber auch wie Wolfgang Thierse sagen, daß Engels und auch Lenin nur noch von historischer Bedeutung sind. Die Analyse der Ausbeutung, der Entfremdung und des Fetischcharakters der Ware, das ist, glaube ich, ein Teil der Kultur unseres Jahrhunderts, auf den man wohl nicht verzichten sollte. Ich weiß nicht, ob ich noch einmal mit Intensität „Das Kapital“ lesen werde, aber ich glaube, das irgendwie in mich aufgenommen zu haben und ich sehe eigentlich keinen Anlaß, das zu widerrufen.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Ja, Herr Dr. Ullmann, das war auch wieder eine Mischung aus farbigen Anekdoten und Nachdenklichkeit, auch Abgewogenheit. Herr Dr. Keller, jetzt sind Sie dran.

Dr. Dietmar Keller, MdB: Ja, Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, ich weiß, das ist alles außerhalb Ihrer Arbeitszeit, Ihrer geplanten Arbeitszeit. Ich werde das berücksichtigen. Also, ich fange an.

Ich komme nicht aus einem christlichen Elternhaus, weder katholisch, noch evangelisch. Ich komme auch nicht aus einer liberalen Familie, sondern ich komme aus einem Haus einfacher nichtpolitischer Arbeiter. Im Krieg evakuiert, die Wohnung zerstört, so daß mich relativ zeitig die soziale Zielstellung, die soziale Vorstellung von Menschen, die sich mit Marx und Engels beschäftigten, fasziniert haben. Ich denke, daß für mich dieser soziale Aspekt die eigentliche Faszination Marxschen Denkens und Marxscher Theorie gewesen ist. Ich habe, als Herr Leonhard die fünf Punkte formuliert hat, die aus seiner Sicht eine gewisse Faszination des Marxismus für die Menschen ausgeübt haben, überlegt, was für mich zutrifft. Ich bin zu der

Auffassung gekommen, daß, wie ich bereits sagte, der soziale Faktor für mich das Entscheidende gewesen ist. Mich hat auch, das war der fünfte Punkt bei Herrn Leonhard und wäre mein zweiter Punkt, die „moralische Erhabenheit des Endzieles“ fasziniert und drittens glaubte ich an eine historische Gesetzmäßigkeit im Verlauf der Weltgeschichte. Es war mir klar, daß der Kapitalismus nicht die letztendliche Antwort auf die Fragen der Menschheit ist. Es wird nach dem Kapitalismus etwas anderes kommen.

Da Umbrüche auch mit ideologischen Veränderungen verbunden sind, und das Jahr 1945 war ja ein Umbruch auch in der herrschenden Ideologie, und ich keine andere Ideologie sah und auch keine andere Ideologie kannte, habe ich im Marxismus-Leninismus Ansätze gefunden, die meiner Vorstellung relativ nahe kamen.

Ich meine, und das ist hier heute gesagt worden, an Marx haben sich schon in seinem Jahrhundert manche die Zähne ausgebissen und es werden sich auch in diesem Jahrhundert noch manche die Zähne ausbeißen. An Marx wird man als Theoretiker des 19. Jahrhunderts nicht vorbeigehen können.

Eine Reihe seiner Schriften haben mich, sowohl was die Sprachkraft und die Urgewalt seiner Sprache als auch, was die Methode der Analyse betrifft, angeregt. Ich denke, daß Marx wahrscheinlich auch unser Jahrhundert überleben wird, wenn man über ihn mit Würde und Anstand im nächsten Jahrhundert als Kopf des 19. Jahrhunderts sprechen wird.

Ich habe mir überlegt, warum eigentlich und – die Frage konnte ich mir nicht selbst stellen, da ich damals erst vierzehn Jahre gewesen bin – warum die Absage an den Stalinismus auf dem 20. Parteitag 1956 nicht bei linken Intellektuellen dazu geführt hat, die „Ismen“ überhaupt in Frage zu stellen. Daß – im Prinzip – ein Kopf verschwand, Bücher verschwanden, alles Andere aber kontinuierlich fortgesetzt wurde, und auch das nur ziemlich halbherzig, mußte doch Fragen aufwerfen. Ich muß meiner Generation die Frage stellen, und ich stelle sie mir selbst, und habe mich gleichermaßen dafür mit zur Verantwortung zu ziehen, warum wir Marx immer nur so gebraucht haben, wie wir ihn gerade gebrauchen wollten und nicht den ganzen Marx studiert haben und nicht gerade das in unser Denken einbezogen haben, was Marx auch gesagt hat. Heute ist ja sehr viel von Marx zitiert worden. Je mehr ich nachdenke, desto weniger finde ich eine Antwort, weshalb der Satz „An allem ist zu zweifeln“ in meinem damaligen Bewußtsein, in meinem damaligen Denken und Verhalten, keine Rolle gespielt hat.

Sie werden wissen, daß ich Marxismus-Leninismus studiert habe. Ich gestehe, daß ich als Zwanzigjähriger nicht richtig wußte, was das ist. Ich gestehe auch, ich habe es wohl in einer Sitzung schon gesagt, daß ich eigentlich Journalismus studieren wollte, nicht immatrikuliert wurde, als Zweitfach Geschichte gewählt hatte, aber in der DDR nur alle zwei Jahre Geschichtsstudenten an der Berliner Humboldt-Universität immatrikuliert wurden, und ich mich deshalb für dieses

verkürzte Studium „Geschichte der Arbeiterbewegung“ in Leipzig beworben habe. Die Vorlesungen „Politische Ökonomie, Sozialismus“ und „Politische Ökonomie, Kapitalismus“ sowie „Philosophie“ waren die gleichen Vorlesungen, die alle Geisteswissenschaftler an den Universitäten und Hochschulen gehört haben. Wir haben sie nur zwei Jahr gehört, ansonsten hatten wir eine verkürzte Geschichtsausbildung, die im Prinzip ohne die historischen Hilfswissenschaften und ohne eine solide Bildung über die Arbeiterbewegung nicht hinausging. Zu meinen Lehrern gehörten damals vierzig- bis sechzigjährige Professoren, Walter Markov, Manfred Kossock, Lothar Rathmann, Ernst Werner, Max Steinmetz, Gerhard Zschäbitz, die weit über die DDR hinaus einen internationalen Ruf als Historiographen hatten und denen ich unwahrscheinlich viel verdanke. Sie haben auch Sorge dafür getragen, daß wir relativ gut ausgebildet wurden. Das Problem bestand darin, daß diejenigen, die zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung lehrten und die Philosophie und Ökonomie lehrten, in der Regel manchmal nur zehn bis fünfzehn Jahre älter waren, an der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät drei Jahre studiert hatten und oft schon zwei Jahre nach dem Studium und manche unmittelbar nach der Promotion zu Professoren berufen wurden und über keine solide Bildung verfügten. Dafür konnten sie nichts. Sie hatten ja eine ähnliche Vita, zeitversetzt, wie ich sie selbst gehabt habe. Sie haben nämlich ihre Grundschuljahre zur Zeit des faschistischen Krieges erlebt. Und ich denke mir, daß diese Hochschulgeneration, diese Hochschullehrgeneration, die bei weitem nicht die Bildung besaß wie die älteren Generationen, uns aber mit der Lehre von Marx und Lenin vertraut machte, unser Denken und unser Fehlverhalten und unseren Glauben daran, daß da schon irgendwas war, uns bestärkt hat und uns nicht zu kritischen Köpfen erzogen hat.

Wenn ich heute Bilanz ziehe, sehe ich drei Punkte: Erstens, Marx wurde selektiv gelesen. Ich habe, ich wiederhole, was ich letztes Mal schon sagte, das „Kapital“ nicht gelesen. Ich habe vielleicht im „Kapital“ im Höchstfall hundert Seiten gelesen. Zweitens, es gab bestimmte Gebiete, die mich nicht interessiert haben. Ich hatte kein größeres Interesse für Politische Ökonomie des Sozialismus und des Kapitalismus. Mich interessierten aber die erkenntnistheoretischen Vorlesungen von Dieter Wittich und die philosophiegeschichtlichen Vorlesungen von Helmut Seidel. Und drittens, wir hatten alle ein wahnsinniges Defizit, das hängt zusammen mit unserer Geschichte und für mich auch mit dem Umfeld, in dem ich groß geworden bin, wir hatten riesige Löcher in der humanistischen Bildung. Wir haben gedacht, daß das, was uns als Lehrgebäude, als Theorie vermittelt wurde, daß das schon Theorie, Ideologie, Weltanschauung ist. Vieles von dem, was es in der Welt noch gibt, habe ich erst begriffen, davon habe ich erst gehört und konnte es selbständig zur Kenntnis nehmen, als ich schon so verstrickt war, daß – da ich kein Held war – es kein Entrinnen mehr gab.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Meine Damen und Herren, jetzt haben wir in etwa, in wenigen Minuten, das Ende dieser Sitzung erreicht. Es ist mir aufgetragen worden, ein Schlußwort zu sprechen. Das fällt mir nicht leicht, angesichts der Vielzahl von ausgesprochenen Sachkennern, die hier gesprochen haben und zu denen ich nicht gehöre und derjenigen, die vieles selber erlebt haben, zu denen ich auch nicht gehöre. Ich war also im wahrsten Sinne des Wortes ein Zuschauer, eine Lernende und nicht jemand, von dem man lernen kann.

Wenn ich nun ein kurzes Schlußwort halte und dies nicht von vornherein zurückgewiesen habe, dann mit der Selbstsicherheit, daß das, worüber wir sprechen, immer schon unsere gemeinsame Geschichte war und erst recht nach 1990 geworden ist, daß wir das erkennen müssen, und daß nur in diesem Erkennen, in dem Selbsterkennen im Spiegelbild des jeweils anderen, für uns eine gemeinsame Geschichte überhaupt schreibbar ist.

Ich habe einige Fragen, die ich zusammenstellen will, die mich gerade auch als jemanden aus dem Westen fragen läßt, weil es Fragen auch an unsere gemeinsame Erfahrung, an unsere Erfahrungen, sein könnten. Ich will mich nicht lange aufhalten mit der wahrscheinlich zwischen den einzelnen hier und zwischen den Gruppen endlos zu diskutierenden Frage, was Marx als Person, als Denker für eine Rolle spielte in der gesamten Wirkungsgeschichte des Marxismus. Ich kann dazu nichts sagen und es wird strittig bleiben, nehme ich an, für lange Zeit. Vielleicht kann man sagen, daß Plato deswegen so wichtig ist, weil die „Politeia“ nie in die Tat umgesetzt wurde. Möglicherweise hätte man auch in einem solchen Staat nicht leben können.

Ich kenne den Ausspruch von Herrn Breuning, einem Kollegen Ihrer Zunft, der einmal gesagt hat, Marx sei ein großer Denker und seine Irrtümer seien von seinen Jüngern unter dem Namen Marxismus weiterverbreitet worden. Das ist ein schönes Aporé7u, aber was daran stimmt und was daran aphoristisch zusammengeschnürt ist, vermag ich nicht zu sagen.

Die Frage, die sich mir stellt, ist, was macht ein Denkgebäude, welcher Art auch immer, was macht ein Denkgebäude zu einer instrumentalisierbaren Ideologie und wie geschieht das in den Händen einer Macht, die nicht nur mit Druck und Angst Gehorsam erzwingt, sondern die den einzelnen in ihren Dienst nimmt, so daß ein Prozeß von Einverständnis, von Anpassung bis hin zur Untertänigkeit abläuft, der nicht einmal mehr nach dem Machtmittel in jedem Falle verlangt? Ich denke, daß wir alle darauf Antworten geben müssen, Osten wie Westen. Denn wir haben Gemeinsamkeiten in der Geschichte, die uns alle in dieser Form befragen.

Mich bewegt die Frage, was ist die Hinterlassenschaft? Und davon war auch hier die Rede. Da war die Rede von den Begriffen, die noch existieren, die Verwirrung stiften zwischen Ost und West, die aber auch befrachtet sind mit

Denkstrukturen, über die geredet werden muß und auf die jedenfalls reagiert werden muß.

Mich bewegt die Frage nach dem Wert der Werte. Es ist mir schon aufgefallen bei der Stasi-Diskussion, daß die Frage, was ehrlich ist, was zuverlässig ist, plötzlich einen anderen Klang bekommt. Und auch hier werden wir überlegen müssen, was an Konsens herstellbar ist, was noch da ist. Ob wir das schaffen können, da habe ich große Zweifel. Das ist nicht die Aufgabe der Politik. Komischerweise ist die Demokratie ein Großverbraucher an Werten, aber sie schafft sie vielleicht nicht. Und es ist die Frage, wo wir Strukturen in unserer Gesellschaft fördern, die Werte schaffen. Dazu gehören sicherlich eine ganze Reihe, nicht zuletzt auch die Kirchen, ich sage, **auch** die Kirchen, und nicht „nur“.

Ich frage mich, welche Enttäuschungen in einer Welt auf Menschen warten, die plötzlich in einer Welt leben, die sich nicht mehr einfach erklärt. Das haben wir im Osten, das haben wir im Westen. Die Sehnsucht nach geschlossenen Systemen bedeutet immer die Gefahr der Ausgrenzung und Intoleranz, in welcher Form auch immer. Auf der anderen Seite können Menschen in einer Welt, die nur kalt und kompliziert ist, auch nicht leben. Wie wir darauf reagieren, werden wir zu beantworten haben. Wichtig scheint nach allem, was auch die Biographien gezeigt haben, daß es für Menschen wichtig ist, einen archimedischen Punkt zu haben, aus dem heraus sie Souveränität gewinnen, um sich und die Welt um sie herum auch anders zu erklären als die Konsenssignale ihrer Umgebung. Dieser archimedische Punkt läßt sich wohl nicht verordnen. Ich glaube persönlich nicht, daß der Spruch „de omnibus dubitandum“ dafür ausreicht. Aber er ist jedenfalls ein Anfang.

Zum Schluß eine kleine Geschichte, die mich ganz in meiner frühen Jugend dazu veranlaßt hat, über das nachzudenken, was wir heute besprochen haben. Meine Mutter war Leiterin eines Kollegs für Studenten und Schüler, die aus der DDR geflohen waren und ihr Abitur machen oder nachmachen wollten. Weil sie russisch konnte, ist sie in diese Position gekommen. Ich habe im Jahre 1961, genau in der Zeit des Mauerbaus, in diesem Internat zugebracht. Vier Wochen habe ich das Zimmer geteilt mit einer Studentin aus dem Osten, die etwa in meinem Alter war. Damals hatte ich noch das Gefühl, wer aus dem Osten kommt, ist ein politischer Überzeugungstäter, also ganz was Tolles. Da muß ich voller Bewunderung auf diese Leute mit diesem Schicksal schauen, die etwas riskiert haben, die etwas aufgegeben haben, das sind schon beinahe Märtyrer. Und als ich sie dann erzählen hörte, da kam sie mir so unglaublich normal vor. Da fragte ich sie einmal irgendwann: „Sag mal, warum bist Du eigentlich in den Westen gekommen?“ Darauf hat sie mir etwas gesagt, das ich bis zum heutigen Tage für sehr menschlich halte. Sie sagte: „Ach, weißt Du, man mußte immer so begeistert sein.“

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende eines wichtigen und interessanten

Tages. Wir werden in der Enquete-Kommission bei der demnächst kommenden Aufarbeitung auf viele Fragen versuchen, auch politisch zu reagieren. Es wird ein schwerer Weg sein. Sie werden alle mitbeteiligt sein, die Sie hier zur Linken sitzen und Sie werden alle, also jedenfalls die meisten von Ihnen, werden uns kritisch begleiten und wie ich hoffe, auch freundschaftlich. Herzlichen Dank.

Ende der Sitzung gegen 16.00 Uhr